

**„...zu einer freien
Völkerheimat“**

**Parlamentsreden Wenzel
Jakschs 1929-1938**

Schriftenreihe der Seliger-Gemeinde

8

„...zu einer freien Völkerheimat“

Parlamentsreden Wenzel Jakschs 1929-1938

Inhalt

Vorwort	5
Rede vom 22. Februar 1930 zum Staatshaushalt, Bereich Kultur und Soziales und zur Erklärung des Finanzministers Dr. Engliš vom 8. Januar 1930	7
Rede vom 5. November 1930 über das Pflichtmahlen von heimischem Weizen und Roggen und die Einführung von Weizen- und Roggenmehl	17
Rede vom 20. März 1931 zum Gesetz über den Staatsfonds für wasserwirtschaftliche Verbesserungen und zum Gesetz über den Staatsfonds zur Schiffbarmachung von Flüssen, zum Ausbau von Häfen und Talsperren und die Nutzbarmachung von Wasserkraft	21
Rede vom 14. April 1932 zur Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten Dostálek vom 30. März 1932 zum Bergarbeiterstreik und zu seiner Beileidsbekundung für die Opfer des Blutvergießens im Brüxer Gebiet am 13. April 1932	36
Rede vom 29. November 1933 zum Staatshaushalt für das Jahr 1934 und zur Erklärung von Finanzminister Trapl vom 6. November 1933	51
Rede vom 24. April 1934 zur Immunitätsangelegenheit Stern vs. Jaksch	69
Rede vom 14. Juni 1934 zum Gesetz vom 15. November 1933, mit dem sich das Gesetz über die außerordentliche Weisungsbefugnis ändert	71
Rede vom 11. April 1935 über das Gesetz, mit dem sich das Gesetz über die Unterhaltung öffentlicher Bürgerschulen, ihren Besuch und ihre Verwaltung ändert und ergänzt wird	80

Rede vom 26. Juni 1935 zur Regierungserklärung von Premierminister J. Malypetr vom 18. Juni 1935	91
Rede vom 29. April 1936 zu einem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutz der Republik und zum Gesetz zur Verteidigung des Staates	106
Rede vom 3. Dezember 1937 zum Staatshaushalt, Bereich Wirtschaften, Verkehr und Finanzen sowie zur Erklärung des Finanzministers Dr. Kalfus vom 9. November 1937	118
Rede vom 5. April 1938 zum Gesetz über das Gebührenäquivalent	126
Rede vom 12. Mai 1938 zum Gesetz zur Stationierung von langdienenden Unteroffizieren, ebenso zum Nationalitätenstatut	136

Wenzel Jaksch im Parlament der 1. Tschechoslowakischen Republik

Der Prager Journalist Jan Šícha, der sich seit Jahren intensiv mit der deutsch-tschechischen Geschichte auseinandersetzt, hat einmal über Wenzel Jaksch gesagt, dass dieser eigentlich ein überaus talentierter Politiker gewesen sei. Er sei aber in seiner Zeit auf zwei außergewöhnliche Kontrahenten getroffen, auf Konrad Henlein, der sich geschickt zu inszenieren wusste und auf Edvard Beneš, der durch einen hohen persönlichen Einsatz – sein Arbeitstag dauerte oft 20 Stunden – eine unglaublich große politische Agenda bewältigte.

Die Tatsache, dass Jaksch sowohl in der Auseinandersetzung mit Henlein als auch mit Beneš den Kürzeren zog, mag dazu beigetragen haben, dass das politische Wirken dieses letzten Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) und späteren Bundestagsabgeordneten der SPD heute nahezu vergessen ist.

Die vorliegende Ausgabe der Parlamentsreden Jakschs aus seiner Zeit als Abgeordneter der DSAP in den Jahren 1929 bis 1938/1939 soll einen Beitrag dazu leisten, sein Wirken in der Tschechoslowakischen Republik zu bewerten. Seine Reden lehren uns hierbei zwei Dinge. Zum Einen ist zu erkennen, wie konstruktiv die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei an den Geschicken des Staates mitwirkte. Jakschs Stellungnahmen zu den so unterschiedlichen Themen zeugen davon, dass die sudetendeutsche Sozialdemokratie wirklich gewillt war, eine konstruktive und sachorientierte Politik zu betreiben. Besonders die späteren Reden Jakschs wiederum zeigen aber auch die scharfen Auseinandersetzungen mit den Gegnern der Demokratie. Jaksch und die DSAP setzten sich als Regierungspartei bis zuletzt

für eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen ein, auf dem Boden der demokratischen Tschechoslowakei.

Die hier abgedruckten Parlamentsreden stammen aus dem digitalen Archiv des Parlamentes der Tschechischen Republik. Die dort archivierten deutschen Protokolltexte wurden geringfügig orthographisch überarbeitet. Die Titel der Debatten sowie Zwischenrufe und Anmerkungen wurden aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzt.

Thomas Oellermann

Rede vom 22. Februar 1930 zum Staatshaushalt, Bereich Kultur und Soziales und zur Erklärung des Finanzministers Dr. Engliš vom 8. Januar 1930

Hohes Haus! Die Beratung dieses Voranschlagskapitels ist für uns ein Anlaß, die Schulforderungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft anzumelden. Es ist wahrscheinlich nur ein Zufall, doch von symbolischer Bedeutung, daß die Beratung des Kapitels Schulwesen nach dem Kapitel Heerwesen rangiert. Darin spiegelt sich der wahre Stand der Dinge. Wir können feststellen, daß dieser Staat bisher auf dem Gebiete des militärischen Rüstungswesens wohl Schritt gehalten hat mit den stärksten Militärmächten Europas, wir müssen aber konstatieren, daß wir auf dem Gebiete der kulturellen Aufrüstung selbst von den besiegten Nachbarländern überholt worden sind. Wir stehen vor den Tatsachen, daß im ersten Jahrzehnt unserer Staatlichkeit keine entscheidenden Schritte zum Ausbau des Schulwesens getan wurden, daß die Kluft zwischen Schule und Leben immer größer wird. Darum stellen wir zwei Postulate in den Vordergrund: Schulreform und Schulautonomie. Schulreform an Haupt und Gliedern tut Not. Gestatten Sie mir einige Worte zu dem Zustand unseres Volksschulwesens. Noch haben wir die Wunden nicht verschmerzt, die uns die Sperrung von tausenden Schulklassen geschlagen haben. Jetzt müssen wir unsere ganze Kraft darauf konzentrieren, da und dort wieder die Eröffnung einer neuen Parallelklasse durchzusetzen. Das Gemeindefinanzgesetz schlägt den Gemeinden die Möglichkeiten aus der Hand, in materieller Beziehung für das Schulwesen zu sorgen. Die Schulaufsicht ist bürokratisiert. Der pädagogische Eifer der Lehrerschaft wird durch Nichtbeachtung ihrer Existenzforderungen gelähmt. Die sachlichen und qualitativen Mängel des Schulunterrichtes verschulden unzureichende Lehrerfolge. Wir können das namentlich in den Landschulen feststellen, aber auch in den Schulen unserer Industriegebiete. Darum meldet sich die

Arbeiterschaft als stärkste Interessentin des Schulreformgedankens an und wir haben Grund zur Annahme, daß an der Durchführung einer zeitgemäßen Schulreform ebenso auch die Landbevölkerung interessiert ist. Wenn die Bauernschaft den Anforderungen der Zeit und der Wissenschaft, die an ihren Betrieb in immer stärkerem Maße gestellt werden, gerecht werden soll, dann muß auch der bäuerliche Nachwuchs eine andere Bildung auf den Weg mitbekommen. Wir verlangen Reformen des Volksschulwesens, den Übergang zum System der Arbeitsschule, den Übergang zum Prinzip der Bodenständigkeit des Unterrichtes. Wir fordern eine Reform des Lehrplanes, die dem Lehrer die Möglichkeit gibt, den Unterrichtsstoff an den Erlebniskreis des Kindes anzupassen. Wir fordern eine Bereicherung der materiellen Lehrmittel, einen Ausbau der Schulbibliotheken. Dasselbe gilt auch für unsere Bürgerschulen. Die Bürgerschulen spielen für uns eine ganz bedeutende Rolle und wir müssen sagen, daß wir uns auf dem Gebiete des Bürgerschulwesens ganz deutlich benachteiligt fühlen. In Böhmen allein fehlen uns zur Herstellung des nationalen Schlüssels, wie er durch die Bevölkerungszahl gegeben ist, 30 Bürgerschulen. Die Gemeinden, die sich mit voller Begründung um die Errichtung von Bürgerschulen bewerben, müssen einen wahren Leidensweg, einen mehrjährigen Kampf durchmachen. Es ist vor allem notwendig, daß die Errichtung der vierten Bürgerschulklasse durchgängig gesetzlich geregelt wird, daß man es nicht mehr wie bisher allein den Gemeinden überläßt, ob sie die vierte Bürgerschulklasse einführen wollen oder nicht.

Am meisten reformbedürftig erscheint uns die Mittelschule. Hier wäre es notwendig, den Lehrstoff der Untermittelschulklassen dem Lehrplan der Bürgerschulen anzupassen, damit die Möglichkeit eines leichteren Überganges

für das Kind geschaffen wird. Auf dem Gebiete des Mittelschulwesens sind Bestrebungen im Gange, die unabwendbar notwendige Reform zu beschleunigen und herbeizuführen durch Versuchsschulen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die rührigen Bestrebungen des Leitmeritzer Professors Metzner. Es wäre sehr zu wünschen, daß unser Schulministerium dem Gedanken der Versuchsschulen sowohl auf dem Gebiete der Bürgerschulen wie auf dem des Mittelschulwesens die stärkste Förderung angedeihen ließe. Deutschland verdankt seinen wohlausgebauten Versuchsschulen eine starke Befruchtung des Schulwesens, eine Förderung des Schulreformgedankens überhaupt.

Zum Kapitel Hochschulwesen. Hier stehen wir auf dem Standpunkt, daß den lerneifrigen Schülern in größtem Ausmaße die Lernmöglichkeit geboten werden muß. Wir anerkennen die Notwendigkeit einer raschen Beseitigung der unhaltbaren Unterbringungsverhältnisse, namentlich in den Prager deutschen Hochschulen. Wir verlangen, daß die Studentenfürsorge ohne nationalen Unterschied auf alle bedürftigen Hochschüler ausgedehnt werde. Wir appellieren an das Unterrichtsministerium, bei der Besetzung von Lehrkanzeln, bei der Berufung ausländischer Gelehrter keine fiskalische und bürokratische Engherzigkeit walten zu lassen. Allerdings stellen wir die Gegenforderung an die Hochschulen selbst, daß sie sich in den Dienst des geistigen Aufstieges der ganzen Nation stellen. Momentan steht im Vordergrund der Streit um die Rechtsnachfolge der alten Karlsuniversität in Prag. Wir begreifen, daß auch die Prager deutschen Hochschulen den Zusammenhang mit ihrer ruhmvollen Tradition nicht verlieren wollen. Aber wir würden wünschen, daß sie sich ebenso sehr und mit gleichem Eifer bemühen, den ideellen Zusammenhang mit

der Masse des sudetendeutschen Volkes aufrechtzuerhalten. Da muß konstatiert werden, daß seit den großen bevölkerungsstatistischen Arbeiten Rauchbergs alle größeren Vorgänge im Leben unserer deutschen Bevölkerung, die sozialen Umschichtungen der Nachkriegszeit, die Durchführung der Bodenreform, die kolossalen Veränderungen auf dem Gebiete der industriellen Produktion und des Absatzes, alle diese Lebensprobleme unserer Bevölkerung in den wissenschaftlichen Äußerungen unserer Hochschulen kein Echo gefunden haben. Es ist hier eine vollkommene Isolierung der Hochschule und der Hochschulgelehrten von der Masse der Bevölkerung festzustellen. Auf unseren Hochschulen werden moderne Fächer viel zu wenig gepflegt. Spät genug wurde eine neue Lehrkanzel für Berufskrankheiten errichtet. Wir haben aber keine Lehrkanzel für Soziologie. Das ausgedehnte und erst in Entwicklung begriffene Gebiet des Arbeitsrechtes findet nicht die gebührende Beachtung auf unseren Hochschulen. So stehen unsere Hochschulen vor der Entscheidung, ob sie sich der Entwicklung anpassen wollen, oder ob die Entwicklung über sie hinwegschreiten soll. Zu dem Gebiet des Fach- und Fortbildungsschulwesens noch einige Worte: Auch hier ist die Forderung nach Beistellung ausreichender Lehrmittel berechtigt. Bei den Fachschulen möge auf die Sicherung von erstklassigen Fachkräften für den Unterricht gesehen werden. Man möge diesen eine angemessene Honorierung gewähren. Die Ausdehnung des Fachbildungsschulwesens auf den landwirtschaftlichen Nachwuchs, und zwar die Verpflichtung zum Besuche der Fachbildungsschule, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die Fachschule stellt eigentlich einen idealen Schultyp dar, weil sie die Einheit der Theorie und Praxis herzustellen sich bemüht, weil sie den ständigen Kontakt mit dem Wirtschaftsleben hat. Wir empfehlen daher dem Schulministerium, dem Gebiete der Fachschulen die größte Aufmerksamkeit und stärkste Betreuung zuzuwenden und besonders die Denkschrift des

Vereins deutscher Lehrer und Lehrerinnen an gewerblichen Lehranstalten zu beachten, die eine Reihe ganz ausgezeichneter Vorschläge enthält.

Ein Wort zur Lehrerfrage: Hier kann die sozialdemokratische Partei wohl den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie seit Jahrzehnten bei jeder Gelegenheit für die materielle Besserstellung, aber auch für die Freiheit der Lehrerschaft eingetreten ist, ganz ohne Rücksicht darauf, wie ihr das politisch von der Lehrerschaft vergolten wurde. Es muß gesagt werden, daß die Schulreform, vor die wir gestellt sind, nur im Zusammenhang mit den Lehrerforderungen gelöst werden soll. Wir wenden uns aber vor allem gegen die geplante Verstaatlichung der Lehrerschaft, weil wir der Auffassung sind, daß das zulässige Maß von staatlicher Zentralisation auf dem Gebiete des öffentlichen Dienstes bereits überschritten ist. Die Weltfremdheit der Mittelschullehrer, die unser Koll. Prof. Macek hier vor einiger Zeit im Budgetausschuß konstatiert hat, ist bei einem Großteil der gesamten Lehrerschaft anzutreffen, und es ist nicht immer die Schuld der betreffenden Lehrer, sondern vielfach die der ungenügenden Lehrerausbildung. Es wird also eine durchgreifende Reform der Lehrerbildung und ein Ausbau der Lehrerfortbildung notwendig sein. Die Lehrer rufen mit Recht nach einer Befreiung von den ganz unnötigen überflüssigen bürokratischen Schikanen, sie rufen nach einer Demokratisierung der Schulaufsicht. Der jetzige Zustand, wie Schulinspektoren bestellt werden und amtieren, entspricht nicht ganz den Bedürfnissen des Schulwesens. Es wird bei der Bestellung von Schulinspektoren in den letzten Jahren viel zu sehr auf die sprachliche Qualifikation und zu wenig auf die pädagogische Eignung gesehen. Es ist allerdings notwendig, daß auch die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Schueinspektoren in diesem Zusammenhange

geregelt werden. Grundsätzlich will ich hier sagen: wir erwarten von der Schulreform, daß sie aus Drillanstalten Erziehungsstätten macht, daß sie die harmonische Entfaltung der ganzen Persönlichkeit des Kindes und des heranwachsenden Menschen sichert. Wir erwarten von der Schulreform, daß sie dem Schüler nicht nur Wissen mitgibt, sondern auch die Möglichkeit der Anwendung dieses Wissens zeigt. Wir erwarten von der Schulreform, daß uns Lehrer gegeben werden, die neben Bücherkenntnissen auch Lebenskenntnis besitzen und insbesondere mit dem sozialen Milieu vertraut sind, aus dem ihre Schüler kommen. Wir erwarten von der Schulreform, daß die Schule durch demokratische Verwaltung zum Volkseigentum wird, daß die Mitarbeit vor allem der Eltern in weitestem Umfange an der Neugestaltung des Schulwesens gesichert wird. Unsere ganze wirtschaftliche Zukunft liegt auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit. Unser Staat wird seine 14 Millionen Einwohner in Zukunft nur dann ernähren können, wenn sich in Industrie und Landwirtschaft der Übergang zur Qualitätsarbeit vollzieht. (Sehr richtig!) Geben wir unseren Kindern die Qualitätsbildung auf den Weg, die sie brauchen, um den fürchterlichen Existenzkampf mit den wirtschaftlichen Großmächten der Welt bestehen zu können.

Was das Gebiet der Schulreform anlangt, so haben wir das Vertrauen zu dem Herrn Schulminister Dr. Dérer, daß er auf diesem Gebiete seine ganze Persönlichkeit einsetzen wird, und wir erwarten von ihm, daß er vor künstlichen Hindernissen, die hier aufgetürmt werden, nicht zurückweichen wird. Wenn der Herr Schulminister mit Tatkraft das Schulproblem angeht, wird er die vollste Unterstützung unserer Partei finden.

Ich muß noch ein Kapitel besprechen, das leider ein großes Hindernis der Verständigung der Völker dieses Staates auf dem Gebiete des Schulwesens ist, das Minderheitsschulwesen. Die Konstatierung ist eigentlich überflüssig, daß wir als internationale Sozialdemokraten nicht grundsätzlich gegen die Errichtung von Minderheitsschulen eingestellt sind, im Gegenteil, wir gönnen jedem tschechischen Kind, daß es in seiner Muttersprache unterrichtet wird. Aber wir fordern auch für unsere Kinder in den Minderheitengebieten selbstverständlich die Errichtung von Minderheitsschulen. Wogegen wir uns jedoch mit aller Kraft wehren und wehren müssen, das ist die Errichtung von ausgesprochenen Entnationalisierungsschulen. Wir haben die Überzeugung, daß auf diesem Gebiete das Maß des Zulässigen bereits überschritten ist. Wenn über das Kapitel Minderheitsschulwesen gesprochen wird, so führt man dabei nationale Momente ins Treffen. Man stellt das so dar, als ob hier berechnete nationale Wünsche auf der einen Seite und nationaler Chauvinismus auf der anderen Seite bestünden. Ich will einige Fakten anführen, wie aus dem Minderheitsschulwesen nicht eine nationale Angelegenheit gemacht wird, sondern vielfach ein ganz gewöhnlicher Geschäftsbetrieb. Es finden sich auch Deutsche, die ihre Hand dazu bieten, an der Errichtung von tschechischen Minderheitsschulen mitzuwirken, weil sie dadurch materielle Erfolge ausschlagen. Typisch ist ein Fall aus unserem oberen Böhmerwaldgebiet. In der Gegend des Ronsperger Waldbezirkes war ein kleiner Geschäftsmann darüber erbost, weil sich die Lehrer an der Gründung einer Konsumvereinsfiliale beteiligt haben. Der Mann hat geschworen, er werde den Lehrern, die an der Gründung der Konsumfiliale mitwirkten, schon zeigen, er werde sie von ihren Arbeitsstellen wegbringen, und der Mann, obwohl er ein Deutscher ist, hat sich mit aller Kraft auf die Gründung von Minderheitsschulen geworfen. Er hat sich verbunden mit dem Staatsanwalt Mika aus Hostau - der

Zusammenhang ist gegeben, weil der betreffende Herr bereits vorbestraft ist (Heiterkeit.) - und so bekamen wir eine ganze Reihe von Minderheitsschulen in Orten, wo keine tschechischen Kinder vorhanden sind. Die Fälle sind schon erwähnt worden, ich möchte hier den materiellen Teil der Seite beleuchten.

In Althütten, Gründung einer tschechischen Minderheitsschule, ohne daß tschechische Kinder vorhanden sind. Aber die Gründung wurde ermöglicht, weil man einen für dortige Verhältnisse außerordentlich hohen Mietzins für die Räumlichkeiten geboten hat. Es wurde für eine gewöhnliche Stube ein Mietzins von 5000 Kč, für die Bedienung 2000 Kč jährlich bezahlt, dabei der Mietzins auf 3 Jahre voraus bezahlt. Dieselbe Räumlichkeit hat die deutsche Schule, als sie im Umbau begriffen war, mitsamt der Bedienung um 700 Kč jährlich gehabt. Wir sehen also eine Verzehnfachung des Aufwandes. In Unterhütten ein tschechisches Kind; für diese Minderheitsschule wurde eine Stube für einen Mietzins von 6000 Kč jährlich genommen, der deutsche Lehrer bezahlt für dieselbe Stube 600 Kč jährlich. In Plöß kein einziges tschechisches Kind. Man kauft dort eine Holzhütte um 30.000 Kč, die nach dortigen Verhältnissen vielleicht 15.000 Kč wert ist, man adaptiert sie mit demselben Aufwand und nur zu dem Zwecke, damit dort der betreffende Propagator der Minderheitsschule auf den Posten eines Schuldieners avancieren kann.

Wenn wir derlei Fälle feststellen, müssen Sie uns zubilligen, daß uns dabei nicht nationalistische Momente leiten. Es ist aber einfach nicht erträglich, daß daneben in Bischofteinitz eine Mädchenvolksschule mit 60 Kindern besteht und keine Parallelklasse zu erreichen ist. Es ist Erziehung zur Charakterlosigkeit, wenn man einfach lizitiert: Wenn Du in diese Schule gehst, bekommst du einen

Anzug und ein paar Schuhe mehr, wenn man den Unverstand der Eltern benützt; sie haben einen Streit mit dem deutschen Lehrer gehabt, weil er ein schlechtes Zeugnis gegeben hat, weil er darauf besteht, daß das Kind nicht unentschuldigt dem Unterricht fernbleibe und aus Rache geben die Eltern das Kind in eine andere Schule steckt. Was uns dabei am meisten ans Herz greift, ist, daß es sich da um die Kinder der Ärmsten, des Dorfproletariats handelt, sie kommen in die Welt hinaus, sie werden ihr Leben als Tagelöhner verbringen müssen. Es ist vor dem sozialen und pädagogischen Gewissen nicht zu verantworten, daß man Menschen mit einer so ungenügenden Rüstung in den Existenzkampf schickt. Ich möchte noch einen Fall aus der Umgebung von Pilsen erwähnen, ich erlasse es mir aus begreiflichen Gründen den Namen zu nennen. Der Bursche, minder begabt, ist aus einer Schule in die andere mit Hilfe eines derartigen Lizitationsverfahrens geschubst worden, heute dient er beim Militär und kann seinen Eltern keinen Brief nach Hause schreiben. Das minderbegabte Kind muß bei diesem System zu Schaden kommen. Deshalb glauben wir, daß hier ein Wandel unbedingt notwendig ist, daß man zu den Notwendigkeiten zurückkehren soll, die durch die Bedürfnisse der dortigen Eltern und Kinder gegeben sind.

Es ist doch eigentlich ein Anachronismus, daß sich Deutsche und Čechen in diesem Lande wegen der Gründung von Schulen gegenseitig auseinandersetzen müssen. Im Gegenteil, wetteifern sollten wir in der Gründung notwendiger Schulen, da sollte ein edler Wetteifer zwischen uns bestehen. (So sei es!) Aber durch solche Vorgänge, wie die geschilderten, wird das Verhältnis allerdings vergiftet. Es gibt nur einen Ausweg, die Gewährung der Schulautonomie. Möge jedes Volk nach seinen besten Kräften sein eigenes Schulwesen ausbauen. Die

Einführung der Schulautonomie kann in diesem Lande auf keine unüberwindlichen Hindernisse stoßen, weil schon ein Aufbau in den Orts-, Bezirks- und Landesschulräten im Gerippe gegeben ist. Man braucht diesen Körperschaften nur demokratische Funktionen zu geben, sie demokratisch zusammenzusetzen, sie krönen durch den Überbau eines Reichsschulrates. Daneben könnte auch das Ministerium seine Oberaufsicht führen, denn wir begreifen es, daß es eine Stelle im Staate geben muß, die einen Überblick über die ganze pädagogische Arbeit hat. Man sage uns nicht, daß die Gewährung der Schulautonomie den Beginn der Atomisierung des Staates bedeuten würde. Schauen Sie sich doch in der Geschichte um, welch elementaren Drang die Völker nach kulturellem Selbstschaffen haben. Schauen Sie sich unsere Industriegebiete an, das Erzgebirge, Nordböhmen, die einen Kampf auf den Weltmärkten führen müssen. Begreifen Sie, daß wir das Bedürfnis haben, unseren Kindern, die in den schwersten Existenzkampf ziehen, ein Höchstmaß von Bildung zu geben, daß wir selbst Hand anlegen wollen, um unser Schulwesen auszubauen, daß wir das leidenschaftliche Bedürfnis haben, mitzusorgen, wie unser Schulwesen gestaltet wird. Ich glaube sagen zu können, daß die Frage der Schulautonomie der Prüfstein für den guten Willen der jetzigen Mehrheitsparteien sein wird, (Sehr richtig!) ob diese Mehrheit Willen und Fähigkeit hat auf dem Gebiete der nationalen Verständigung einen ersten Schritt zu tun. Wenn wir uns nicht auf dem Gebiete des Schulwesens verständigen können, nicht über das Maß der Fürsorge für unseren Nachwuchs, dann ist die Aussicht für die Zukunft sehr trostlos.

Rede vom 5. November 1930 über das Pflichtmahlen von heimischem Weizen und Roggen und die Einführung von Weizen- und Roggenmehl

Hohes Haus! Wir haben uns heute mit einer agrarpolitischen Vorlage zu beschäftigen, als deren Zweck angegeben wird, daß sie der inländischen Getreideproduktion einen Vorrang einräumen will auf dem inländischen Markt. Dieses Ziel wird angestrebt durch einen gesetzlich statuierten Beimahlungszwang, der bei heimischem Weizen 75% beträgt, bei heimischem Roggen 95%.

Wenn wir zu dieser Vorlage vom Standpunkt des deutschen sozialdemokratischen Klubs Stellung nehmen, so erkennen wir vor allem grundsätzlich an, daß ein Stück wirtschaftliche Zweckmäßigkeit darin liegt, dem inländischen Agrarproduzenten einen Vorrang auf dem inländischen Markt zu sichern. Es ist zweifellos ein ungesunder Zustand, wenn unser Markt mit Auslandsware überschwemmt wird zu einer Zeit, wo die Scheunen unserer einheimischen Landwirte noch voll unverkaufter Vorräte sind. Dieser Zustand ist ungesund nicht nur vom Standpunkt einer guten Agrarwirtschaft sondern auch vom Standpunkt der industriellen Arbeiterschaft. Der inländische Landwirt ist der beste Käufer inländischer Industrieerzeugnisse und die billigste Einfuhr kann uns nichts nützen, wenn die Fabriken stillstehen und die Menschen nichts verdienen, um selbst das billigste Brot kaufen zu können.

Das ist, meine Herren, die doppelte Seite des Kaufkraftproblems. Der Landwirt ist an der Konsumfähigkeit des Arbeiters interessiert, der Arbeiter wieder ist interessiert an der Konsumfähigkeit des Landwirts. Von diesem positiven

Standpunkt aus geht unsere kritische Stellungnahme. Ich muß hier feststellen, daß diese Vorlage mit sozialistischen Lösungen der Agrarkrise nichts gemein hat. Sie ist ein Verlegenheitsprodukt des Agrarismus. Wir sind der Überzeugung, daß das angestrebte Ziel viel einfacher zu erreichen wäre. Es ist der Grundgedanke des Getreidemonopols, daß der Staat als sorgender Hauswirt nur den Zusatzbedarf einführt und vor allem diesen Zusatzbedarf dort kauft, wo unsere Industrieartikel abgenommen werden. Die Scheu der Agrarpartei vor planwirtschaftlichen Lösungen führt zu derartigen Halbheiten, wie sie in der zur Diskussion stehenden Vorlage verkörpert sind. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß der hier zur Beschlußfassung stehende Mehlmischungszwang für die Landbevölkerung ebenso eine Enttäuschung bringen wird wie die bisherigen Gesetze über Zollerhöhungen und Einfuhrscheine. Es ist eine Frage, wieviel Mißgriffe in der Agrarpolitik noch geschehen sollen, bis sich die Agrarparteien zu neuen Methoden der Krisenbekämpfung durchringen. Diese neuen Methoden sind nach unserer Anschauung: planmäßige Organisation der Produktion und Distribution, Demokratisierung und Intensivierung der Landeskulturarbeit. Dazu kommt noch die zwingende Notwendigkeit zur Schaffung größerer Wirtschaftsgebiete in Zentraleuropa. Das Heil der aus dem Boden des alten Österreich-Ungarn entstandenen kleinen Staaten kann nicht in Autarkiebestrebungen liegen. Es ist ein Glück, daß diese Vorlage in ihrer gesetzlichen Geltung zeitlich befristet ist, denn sonst besteht doch die Gefahr, daß beispielsweise das benachbarte Ungarn auf die Idee kommt, die Einfuhr und Verwendung unserer Industrieerzeugnisse mit den gleichen Methoden und nach dem gleichen Schlüssel zu kontingentieren. Es wäre eine der großen Aufgaben der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik, mitzuarbeiten an den Zusammenschlußbestrebungen wirtschaftlicher Natur, die in Südosteuropa in

den Konferenzen von Bukarest und Sinaia ihren Ausgang genommen haben. Diese Herstellung einer Austauschgemeinschaft zentraleuropäischer Agrar und Industriestaaten ist ein Gebot der Stunde. Wir müssen aber davor warnen, daß diese natürliche und gesunde Entwicklung wiederum in das Prokrustesbett politischer Bündnisverpflichtungen gezwängt wird. Die Voraussetzung wirtschaftlicher Gesundheit Mitteleuropas ist ein Fallen der Schranken zwischen Sieger und Besiegten. Ein zentraleuropäischer Wirtschaftsblock kann nicht im Rahmen der Kleinen Entente realisiert werden, er ist und wird ohne gleichberechtigte Mitarbeit Ungarns, Österreichs und Deutschlands ein Torso bleiben. Deswegen richten wir anläßlich der Beratung dieser Vorlage an die verantwortlichen Faktoren in diesem Lande den Appell, daß die Čechoslovakei ihre naturgegebene Brückenstellung ausnützen und an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas initiativ mitarbeiten möge.

Zur Vorlage selbst muß noch gesagt werden, daß die Durchführung zweifellos administrative Komplikationen hervorrufen wird. Es ist schwer auszudenken, wie der ganze Kontrollapparat beschaffen sein und funktionieren soll. Es ist heute noch nicht auszurechnen, welche Erschwernisse dem Handel dadurch erwachsen werden. Wir überlassen die Sorge für die Überwindung dieser Schwierigkeiten den Initiatoren der Vorlage. Eine schwerwiegendere Besorgnis aber drängt sich bei Behandlung dieser Vorlage in der Richtung auf, daß die Gesetzwerdung der Anlaß zur spekulativen Verteuerung des notwendigsten Lebensbedarfes werden könnte. Ich muß hier erklären, daß der Mahlmischungszwang keine Verteuerung der Mahlprodukte rechtfertigt, denn die Preisspanne zwischen dem Urpreis und dem Konsumpreis ist noch groß genug, um auch die Manipulationskosten mit aufzubringen. Es ist daher notwendig, daß sich die berufenen Ministerien, vor allem das Landwirtschaftsministerium und das Ernährungsministerium zusammenfinden,

um preistreiberische Auswirkungen dieser Vorlage mit drakonischer Strenge zu bekämpfen. Es darf nicht geduldet werden, daß derartige Gesetzgebungsmaßnahmen zu spekulativen Zwecken zum Schaden der Konsumenten ausgenützt werden. Es wäre unerträglich, wenn auf der einen Seite durch diese Maßnahme der Landwirtschaft, wie leider vorauszusehen ist, keine wirksame Hilfe gewährt wird und auf der anderen Seite den Konsumenten eine Mehrbelastung aufgebürdet würde.

Einige Worte möchte ich der Kritik widmen, die hier mit ganz besonderer Heftigkeit von kommunistischer Seite geübt worden ist. Ich möchte dazu sagen, daß diese zweifellos unzulängliche Vorlage noch immer ein Standardwerk darstellt gegenüber der Agrarpolitik, wie sie heute in Sowjetrußland betrieben wird. (Sehr richtig!) Wir können uns nicht für eine Agrarpolitik begeistern, die auf der einen Seite die Bauern an den Galgen bringt und auf der anderen Seite den Arbeitern Lebensmittelkarten beschert. (Sehr gut!) Der Hungerexport des Zarismus, der seine Auferstehung unter dem Regime Stalins feiert, kann nicht ein Vorbild sozialistischer Wirtschaftspolitik für uns sein. Wir bedauern sehr, uns von kommunistischer Seite hier keine Ratschläge geben lassen zu können.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir verweigern der Landwirtschaft den geforderten Krisenschutz nicht, unter der Voraussetzung, daß auch dem Arbeiter Krisenschutz gewährt wird. Wir haben volles Verständnis für die mißliche Lage der Landbevölkerung, aber wir fordern auch gleiches Verständnis für die Opfer der Industriekrise. Wir müssen von dieser Tribune aus sagen: Die Not der Arbeitslosen ist die schwerste Not im ganzen Lande. Darum stimmen wir für dieses Gesetz, trotz kritischer Vorbehalte, unter der Voraussetzung, daß

die Regierung ihre ganze Kraft auch in den Dienst der Bekämpfung der industriellen Krise stellt und ihre Pflicht erfüllt, die Arbeitslosen im kommenden Winter vor den Schrecken des Hungers zu schützen. (Applaus).

Rede vom 20. März 1931 zum Gesetz über den Staatsfonds für wasserwirtschaftliche Verbesserungen und zum Gesetz über den Staatsfonds zur Schiffbarmachung von Flüssen, zum Ausbau von Häfen und Talsperren und die Nutzbarmachung von Wasserkraft

Hohes Haus! Diese Vorlage bringt zwei Gedanken zum Ausdruck, die im Laufe der Diskussion über die Krisenbekämpfungsmöglichkeiten in den Vordergrund getreten sind, und zwar erstens einmal der, daß in den Zeiten der Stagnation der internationalen Wirtschaftsbeziehungen jedes Land seine technische Ausrüstung für die kommenden Konkurrenzkämpfe verbessern muß, zweitens daß ein elastisches System der öffentlichen Arbeitsbeschaffung notwendig ist, welches die alljährlichen Aufwendungen des Staates auf eine längere Dispositionsfrist verteilt und es ermöglicht, innerhalb eines weitgesteckten Programmes den Schwerpunkt der öffentlichen Investitionstätigkeit mehr auf die Krisenjahre zu verlegen. Im Rahmen der letzten Krisenbekämpfungsvorlagen, mit denen sich dieses Haus zu beschäftigen hat, berührt die Vorlage betreffend die Errichtung eines landwirtschaftlichen Meliorationsfonds mehr landwirtschaftliche Interessen. Es werden darin die bisherigen Jahresaufwendungen des Staates für kleinere Fluß- und Bachregulierungen, für Flächenmeliorationen etc. im Betrage von 67 Millionen zu einer Fondsgebarung zusammengefaßt. Durch weitere Einnahmen, und zwar aus dem Ertrage der Wasserkraftsteuer, aus den Ersätzen von 15 bis 20 Millionen für den Entgang der Grundsteuererhöhung bis zum Jahre 1938, durch

eine weitere Budgetdotations von 30 Millionen sowie durch Kreditoperationen erhofft man in zehn Jahren ein Bauprogramm von rund 3 1/2 Milliarden erledigen zu können.

Dieses Programm interessiert uns zunächst vom Standpunkte der Arbeitsbeschaffung für unsere arbeitslosen Menschen, aber auch vom Standpunkte der speziellen Wirtschaftsinteressen des deutschen Gebietes. Wenn für kleinere Flußregulierungen, Wildbachverbauungen, sonstige Sicherungen gegen Hochwasserschäden aus dem Teil A des Fonds jährlich 135 Millionen vorgesehen sind, wenn davon ungefähr 40 Millionen in Böhmen, ungefähr 48 Millionen in Mähren-Schlesien verwendet werden sollen, so bedeutet das zweifellos eine teilweise Entlastung des Arbeitsmarktes, die um so stärker in Erscheinung treten kann, als die Fondsverwaltung in der Lage ist, durch Kreditoperationen ihre Aufwendungen in Krisenjahren zu steigern. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Sprachgebiete Böhmens und Mährens ganz besonders von der Arbeitslosigkeit heimgesucht sind und es daher verdienen, bei den Regulierungsarbeiten gebührend berücksichtigt zu werden. Schon der mehr gebirgige Charakter des deutschen Randgebietes bringt es mit sich, daß der Meliorationsfonds dort ein großes Arbeitsfeld finden wird. Wir erwarten auf das bestimmteste, daß er sich bei der Aufstellung seiner Arbeitspläne nicht von nationalen Gesichtspunkten leiten lassen wird. Die Gefahr ist vorhanden, daß auch bei diesen Arbeiten sich wiederum nationale Momente in den Vordergrund drängen. Das will ich nur an einem Beispiel illustrieren, soweit es sich um die Miesaregulierung in der Umgebung von Pilsen handelt.

Soweit wir informiert sind, soll zunächst die Miesaregulierung nur in dem Bereiche des politischen Bezirkes Pilsen durchgeführt werden und es besteht die Gefahr, daß das anschließende Gebiet der Gerichtsbezirke Tuschkau und Mies außer Betracht gelassen wird, gerade jene Gebiete, welche durch die Überschwemmungen in den letzten Jahren sehr viel gelitten haben. Wir halten es für einen unmöglichen Zustand, daß bei solchen Projekten an der Sprachgrenze halt gemacht wird. Ich verweise in diesem Zusammenhange auch darauf, daß gerade im gebirgigen Böhmerwaldgebiet einige sehr gefährliche Wildbäche bisher ihrer Schädlichkeit nicht entzogen wurden, daß gerade der Lossnitzbach und der Zollerbach im Gebiete von Bergreichenstein, die schon ungeheuere Verheerungen angerichtet haben bei den Wolkenbrüchen in den vergangenen Jahren, bisher nicht in diesen Arbeitsbereich einbezogen wurden. Es wäre notwendig, daß gerade in den deutschen Gebirgsgegenden diese Wildbachverbauungen, diese Bach- und Flußregulierungen mit aller Energie und in großzügiger Weise in Angriff genommen werden.

Die zweite Aufgabengruppe ist dem Fonds Teil B vorbehalten. Ihm obliegt die Subventionierung von Flächenmeliorationen und von landwirtschaftlichen Wasserleitungen. Die Subventionierung von Flächenmeliorationen soll im Jahre einen Bauaufwand von 140 Millionen ergeben, bei den Wasserleitungen ist mit einem Jahresaufwand von 80 Millionen gerechnet. Über die Notwendigkeit von Flächenmeliorationen sowohl im Flachland als auch in Gebirgsgegenden ist kein Wort des Streites zu sagen. Wir bedauern nur, daß in dieser Vorlage das Programm der Rekultivierung der Bergbauschäden nicht in großzügiger Weise gelöst worden ist. Es ist unbestritten, daß in den Bergbaugebieten, namentlich in Nordwestböhmen, aber auch im Staab-Nürschaner Revier kolossale

Verheerungen an landwirtschaftlichen Nutzflächen angerichtet worden sind. Diese Gebiete bieten den Anblick eines Schlachtfeldes, wo ein Granattrichter sich an den anderen reiht und es wäre an der Zeit, wenn die Schäden, die da angerichtet wurden durch kapitalistische Profitsucht der Bergherren, endlich wieder einmal in Ordnung gebracht würden, und zwar nicht nur durch Leistungen der öffentlichen Hand, sondern auch durch die Heranziehung derer, die die Nutznießer der Bergbaugewinne gewesen sind, nämlich der Bergbauunternehmer und jener Grundbesitzer, die durch hohe Ablössungssummen entschädigt worden sind. Es wäre zu wünschen, daß die deutsche Landwirtschaft von den Meliorationssubventionen ausgiebigen Gebrauch macht, daß man die vorliegenden und in Aussicht genommenen Projekte ohne Berücksichtigung kleinlicher Sonderinteressen mit aller Beschleunigung durchführt, solange infolge der Arbeitslosigkeit Arbeitskräfte in großer Zahl vorhanden sind.

Ich muß hier darauf verweisen, daß, wie auf allen Gebieten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung, so auch auf dem Gebiete des Meliorationswesens ununterbrochen berechtigte Beschwerden einlaufen, daß die geplanten Arbeiten durch den schleppenden Gang der bürokratischen Tätigkeit um Jahre und abermals Jahre verzögert werden. Hier muß ferner darauf verwiesen werden, daß die Klagen über die Überbürdung der Ämter und Beamten was uns auf solche Angriffe immer wieder erwidert wird - solange keine Stichhältigkeit besitzen, als unsere Ämter ihr Hauptaugenmerk den Prestigeangelegenheiten in den Sprachenfragen zuwenden. Ich bin überzeugt davon, daß das ganze Problem der Ämterüberbürdung in erheblichem Maße gelöst werden könnte in dem Augenblicke, wo man die Sprachenfrage als eine rein praktische

Angelegenheit und nicht als eine Angelegenheit nationalen Prestiges betrachtet. Ich will das hier mit einer Tatsache begründen.

Im Zuge der unseligen Verwaltungsreform ist das technische Bureau der Landeskulturräte der Landesverwaltung einverleibt worden. Es wird nun versucht, eine neue Praxis einzuführen, und zwar in folgendem Sinne: Bisher konnten die Ingenieurgutachten zu Parteieingaben aus deutschen Gebieten auch in deutscher Sprache beigebracht werden. Das war vollkommen richtig und in dem Sprachengesetz begründet, weil diese Ingenieurgutachten tatsächlich ein Bestandteil der Parteieingaben sind. In letzter Zeit ist nun verfügt worden, daß diese Ingenieurgutachten sowie auch die Revisionsberichte ausschließlich in tschechischer Sprache vorgelegt werden müssen. Das bedeutet erstens einmal eine Schädigung der Interessenten, denen dadurch weitere Kosten erwachsen. Das bedeutet aber auch eine weitere Komplizierung des ganzen Vorganges. Man muß sich doch fragen, wer denn an einer solchen Verfügung ein Interesse hat. Es wird doch nicht mehr Gras auf einer solchen meliorierten Fläche wachsen, die durch ein Gutachten, sagen wir in der einen oder in der anderen Sprache in Angriff genommen wird. Es werden hier die kleinlichsten Schikanen angewendet und ich möchte von dieser Stelle aus an den Herrn Landwirtschaftsminister, den wir bisher als national unvoreingenommenen Menschen kennen gelernt haben, appellieren, damit er ein Machtwort spreche, daß solche bürokratische Erschwerungen, die aus rein chauvinistischen Erwägungen entspringen, in Zukunft hintangehalten werden.

Nun ein Wort zur Wasserleitungsfrage, die ebenfalls in dieser Vorlage in erheblichem Maße berührt wird. Es ist zu begrüßen, daß es durch den wasserwirtschaftlichen Meliorationsfonds ermöglicht wird, einen Bauaufwand von 80 Millionen für Wasserleitungsbauten zu subventionieren, daß wir von dem bisherigen Zustand erlöst werden, wo zwar Subventionen bewilligt waren, aber wegen Mangels an budgetären Mitteln einfach nicht ausgezahlt werden konnten. Es ist zu begrüßen, daß es auch in den Landgebieten ermöglicht wird, das Problem einer gesunden Wasserversorgung zu lösen. Das ist nicht nur eine Angelegenheit von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, sondern auch vom Standpunkt der Volksgesundheit eine Angelegenheit von großer Wichtigkeit. Nur hat die Textierung der diese Frage betreffenden Bestimmungen große Bedenken hervorgerufen, und zwar in dem Sinne, daß zweierlei Recht geschaffen wird, daß dadurch ein Unterschied statuiert wird zwischen vorwiegend landwirtschaftlichen und vorwiegend industriellen Gemeinden. Der Subventionsanspruch der landwirtschaftlichen Gemeinden ist durch dieses Gesetz zunächst sichergestellt. Dagegen ist wohl noch die Frage offen, von welcher Seite die Industriegemeinden ihre Subventionen erhalten sollen, wenn sie das ebenso lebenswichtige Wasserversorgungsproblem lösen wollen. Es wurde hier vom Herrn Referenten die Zusage gemacht, daß bei der Handhabung dieser Bestimmung nicht kleinlich vorgegangen werden soll, und wir erwarten auch, daß bei der Auslegung gerade dieses Punktes, der den Vorzug landwirtschaftlicher Wasserleitungen statuiert, nicht jene kleinen Landwirte geschädigt werden, die in Industriegemeinden wohnen. Bei der Natur unserer Siedlungsgebiete sowohl im deutschen wie im tschechischen Sektor ist es doch so, daß es doch wohl selten rein landwirtschaftliche und rein industrielle Gemeinden gibt, sondern ein inniger Zusammenhang zwischen beiden Produzentengruppen vorhanden ist und es wäre nur recht und billig,

daß nach dieser Regelung des landwirtschaftlichen Wasserversorgungsproblems die gleiche Regelung auch für die Industriegemeinden erfolgt, und daß dabei dieselben Subventionen bewilligt werden, sei es in Form höherer Dotierung seitens des Gesundheitsministeriums, sei es in anderer Form.

In diesem Zusammenhange ist auch ein Wort über die volkswirtschaftlichen Konsequenzen dieses Gesetzes zu sagen. Es wurde schon im Budgetausschuß darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung der Meliorationsarbeiten in einem gesteigerten Tempo erfolgen soll und man rechnet damit, daß alljährlich rund 45.000 ha weiter melioriert werden sollen, daß die Fortsetzung dieser Meliorationsarbeit die akute Frage der landwirtschaftlichen Überproduktion nicht zu lösen vermag. Es ist so, daß sich unsere Agrarpolitik in diesem Staate bisher vorwiegend mit Maßnahmen der mechanischen Förderung befaßt hat, daß man bisher noch nicht die Methoden einer organischen Gestaltung der Agrarpolitik gefunden hat. Gewiß, es wird jede fortschrittliche Landwirtschaftspolitik ihr Augenmerk auf die Steigerung, auf die Qualität, auf die Verbesserung der Produktion lenken müssen. Aber diese Politik wird erfolglos bleiben, wenn nicht gleichzeitig Bemühungen laufen, um auch das Distributions- und das Absatzproblem zu lösen. Die bestausgerüstete Produktion kann allein keine volkswirtschaftliche Bedeutung haben, kann sich volkswirtschaftlich nicht auswirken, solange nicht die Absatzfrage gerade in der Landwirtschaft geregelt wird. Hier muß man unserer offiziellen Agrarpolitik den Vorwurf machen, daß sie auf ausgefahrenen Gleisen wandelt, daß man sich nicht daran gewagt hat, den Weg zu einer planmäßigen Produktions- und Absatzregelung zu beschreiten. Ich muß hier den agrarischen Parteien den

Vorwurf machen, daß sie namentlich in der Frage der Monopole eine durchaus schwankende Haltung einnehmen, daß sie nicht wissen, ob sie weiter ihre ganzen Hoffnungen auf die Gestaltung der freien Wirtschaft setzen sollen, oder ob nicht doch gewisse planwirtschaftliche Vorkehrungen zu treffen wären.

Ich glaube, man kann mit vollem Rechte sagen, daß unsere Landwirtschaft wie auch die ganze Volkswirtschaft dieses Staates vor der Aufgabe eines gewaltigen Umstellungsprozesses steht, und man kann wohl hinzufügen, daß der Verlauf dieses Umstellungsprozesses unmöglich allein der privatwirtschaftlichen Initiative überlassen werden kann. (Den Vorsitz übernahm der stellv. Vorsitzende Špatný.) Das zeigt sich klar bei den Verhältnissen in der Hopfenproduktion, das zeigt sich gegenwärtig auch beim Rübenbau, daß der Einzelne gar nicht die Übersicht und die Handlungsfreiheit besitzt, um den rechten Weg zu gehen. Man wird über gewisse Zwangsmaßnahmen namentlich bei der Beschränkung der Hopfenanbauflächen, aber auch der Rübenanbauflächen nicht hinwegkommen. Wenn also volkswirtschaftliche Bedenken bestehen, daß man einen so bedeutenden Aufwand an öffentlichen Mitteln zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet in einer Zeit der landwirtschaftlichen Überproduktion, so muß doch gesagt werden, daß man die Sache auch vom bevölkerungspolitischen Standpunkt betrachten muß. Durch planmäßige Meliorationsarbeiten wird es namentlich in den armen Gebirgsgegenden ermöglicht, daß auf der bisherigen Nutzfläche, auf der bisherigen Fläche des Kulturbodens mehr Menschen ernährt und in ihrer Existenz gesichert werden können.

Damit kommen wir zur sozialen Seite des Agrarproblems, über das wohl auch einmal von dieser Stelle aus einige Worte gesagt werden müssen. Die letzten Volkszählungsziffern haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß die Landflucht in vollem Gange ist, obwohl durch die Bodenreform viele Tausende neuer Existenzen geschaffen wurden, obwohl gerade durch die Stagnation unserer Exportindustrien keineswegs die soziale Anziehungskraft unserer Industriegegenden gewachsen sein kann. Die Volkszählungsergebnisse haben die offizielle Agrarpolitik aufgeschreckt und man sucht nun nach Möglichkeiten, nach Maßnahmen, wie man das Abströmen der Menschen von den Dörfern verhindern könnte. Man denkt da zunächst an Zwangsmaßnahmen. Man liest in der Presse, daß sich gerade unsere deutschen Agrarier damit befassen, einen Gesetzesantrag vorzulegen, welcher die Fabriksarbeit für junge Menschen bis zu 21 Jahren verbieten oder hemmen soll. Meine Herren! Mit derartigen Polizeimaßnahmen wird man kaum das Problem der Landflucht lösen können, denn ich stelle mir vor, daß sich z. B. die besser situierten Landwirte sehr dagegen verwahren würden, wenn man diesen Gedanken in der Weise erweitern würde, daß den Söhnen der Landwirte, sagen wir auch das Studium an den Lehrerbildungsanstalten oder an den Mittel- und Hochschulen verboten wird. Nach unserer sozialistischen Auffassung ist die beste Gegenmaßnahme gegen die fortschreitende Landflucht die Sicherung der kleinen Existenzen auf dem Dorfe. Dazu allerdings ist auch notwendig, daß unsere Agrarpolitik durch soziale Gesetze, die den Schutz der Schwachen betreffen, erweitert wird.

Ich verweise hier auf die Pachtschutzfrage. Zehntausende, ja Hunderttausende kleiner Existenzen sind durch die ungelöste Pachtzinsfrage dem Spiele des Zufalles ausgeliefert. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in einer Zeit des

unerhörten Schwankens der landwirtschaftlichen Produktenpreise, daß in einer Zeit solcher volkswirtschaftlicher Unsicherheit die Existenz des Kleinpächters an starre Normen gebunden ist, daß die Kleinpächter z. B. heute an Pachtverträge gebunden sind, die sie abgeschlossen haben in einer Zeit der landwirtschaftlichen Konjunktur. Das wirkt sich beispielsweise im Hopfenbaugebiete geradezu katastrophal aus. Es wurden von den sozialdemokratischen Fraktionen dieses Hauses in der letzten Zeit Anträge betreffend die Schaffung eines neuen Pachtschutzgesetzes vorgelegt und die Behandlung dieser Anträge durch die Mehrheitsparteien wird wohl ein Prüfstein sein, inwieweit unsere offizielle Agrarpolitik auch den schwachen Existenzen auf dem Dorfe Hilfe angedeihen lassen will.

Notwendig wäre in diesem Zusammenhang auch eine gesamtstaatliche Regelung über die Verpachtung der Gemeindegründe. Wir müssen feststellen, daß auch hier eine sehr widerspruchsvolle Praxis in Geltung ist, daß in einzelnen Dörfern die Gemeindegründe vorwiegend den bedürftigen Kleinlandwirten und Häuslern verpachtet werden, wir müssen aber auch feststellen, daß vielfach noch das alte Lizitationssystem in Geltung ist, wodurch einfach dem kleinen Bauer das Stück Wiese, das er für seine Kuh braucht, bei der Lizitation von dem kaufkräftigen Nachbarn weggeschnappt werden kann. Wir fordern also den Grundsatz, daß Gemeindepachtgründe in erster Linie und auf jeden Fall den bedürftigen und schwachen Kleinlandwirten und Häuslern verpachtet werden müssen.

Ein Wort noch über die Frage der Baugründe auf dem Dorfe. Man wundert sich über das Ausmaß der Landflucht und übersieht dabei, daß es bei der Erstarrung

der Verhältnisse auf dem Dorfe heute vielfach einem aufstrebenden Arbeitsmenschen gar nicht möglich ist, sich ein eigenes Heim zu schaffen. Selbst die Wohltat des Bauförderungsgesetzes, welches vorsieht, daß auch die Enteignung von Baugründen, sei es von Gemeinde- oder Privatbaugründen möglich ist, wird in der Praxis illusorisch gemacht. Ich habe einen solchen bezeichnenden Fall miterlebt, und zwar in einer großen Waldgemeinde des Bezirkes Hartmanitz. Dort bewarb sich ein Arbeiter um einen Baugrund, er wurde überall abgewiesen. Er suchte an um Enteignung nach dem Bauförderungsgesetze. Er wollte 400 m² Hutweide von einem Besitzer, der über 200 ha sein Eigen nennt. Was hat sich herausgestellt? Die landwirtschaftlichen Sachverständigen haben bei allen Kommissionen behauptet, daß dieser Besitzer von 200 ha Boden bei einer Hutweidefläche von 15 ha diese 400 m² nicht entbehren kann, daß sie zur Weiterführung seines Betriebes notwendig seien. Das Ergebnis ist, daß der arme Teufel durch Rekurse ungefähr 3000 Kč eingebüßt hat und aus dem Dorfe wegziehen mußte, weil man ihm das Stückchen Baugrund verweigert hat.

In unseren Gebirgsgegenden spielt auch der Zusammenhang zwischen land- und forstwirtschaftlichen Interessen eine große soziale Rolle. Bisher ist der Kampf zwischen land- und forstwirtschaftlichen Interessen namentlich in den Gebieten des großen Waldbesitzes einseitig nach den Interessen des Großgrundbesitzes entschieden worden. Man hat aus Gründen der Jagderhaltung und des reinen Besitzinteresses das arme Volk dieser Waldgebiete immer mehr aus dem Walde verdrängt, die Hirschkuh des Grafen oder Fürsten hat der Kuh des Häuslers das Futter weggefressen. Nach der Waldreform, die große Waldkomplexe in den Besitz des Staates gebracht hat,

wäre einmal eine Nachprüfung dieser Fragen vom landwirtschaftlichen und sozialen Standpunkt aus notwendig, es wäre eine soziale Notwendigkeit und ein Stück Existenzsicherung für die kleinen Menschen unserer Gebirgsdörfer, wenn man ihnen Futterbezugsrechte und im Rahmen der forstwirtschaftlichen Möglichkeiten weitere Rechte einräumen würde. Und noch eine Kleinigkeit die ebenfalls von nicht geringer Bedeutung ist: Wenn man dem armen Teufel Zutritt zum Wald geben würde, damit er sich ein paar Schwämme holen und Beeren pflücken kann. Denn es ist geradezu eine exzessive Auslegung des Begriffes Privateigentum, wenn heute die Großgrundbesitzer auch den Ertrag an Waldfrüchten für sich in Anspruch nehmen wollen, wenn sie die armen Teufel, die ein paar Liter Beeren pflücken und dann verkaufen, mit ihren Hegern aus dem Wald jagen lassen und ein eigenes Handelsgeschäft mit Waldfrüchten installieren, wie es auch Schwarzenberg in Südböhmen zu einem vortrefflichen System ausgebildet hat. Ich richte das an die Adresse der Staatsforstverwaltung, ich muß aber auch sagen, daß hier leider kein Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Forstbesitzern besteht, daß man sich immer mehr darauf einrichtet, die Menschen, die Beeren pflücken oder Schwämme holen, mit der Flinte hinausjagen zu lassen. Es wäre wohl eine sehr bescheidene Forderung, daß die Staatsforstverwaltung hier mit gutem Beispiel vorangehe und durch ihre Praxis zeigen würde, daß sich auch in sozialer Beziehung durch die Waldreform etwas geändert hat.

In diesem Zusammenhange noch ein Wort über die Arbeiterpolitik unserer Staatsforstverwaltung. Es sind die Wälder mit der Zusage übernommen worden, daß die bisherigen Arbeitskräfte weiter beschäftigt werden. Durch das Fallen der Holzpreise ist natürlich kein großes Bedürfnis vorhanden, die

Schlägerungen im bisherigen Umfange fortzusetzen. An der Einhaltung der forstlichen Wirtschaftspläne hängt aber die Existenz von tausenden Forstarbeitern und es ist wohl die Forderung begründet, daß sich der Staat auch bei der Einhaltung der Schlägerungspläne nicht ausschließlich von fiskalistischen Gesichtspunkten leiten läßt. Daß hier auch noch den Forstarbeitern gegenüber vielfach eine wenig verständnisvolle Haltung eingenommen wird, beweist das letzte Vorgehen der staatlichen Forstverwaltung in Eisenstein, wo man den Forstarbeitern das uralte Recht auf den Holzauszug im Winter weggenommen hat, wo diesen Menschen diese alte Winterarbeit entzogen wurde und der Abtransport des Holzes aus dem Walde den Landwirten übertragen wurde. Ich weiß schon, daß sich auch mancher arme Gebirgsbauer im Winter einige Kronen verdienen will, aber es ist wohl keine soziale Arbeiterpolitik, wenn die Forstarbeiter in dieser Zeit der großen Arbeitslosigkeit von ihrem alt innegehabten Arbeitsplatz verdrängt werden.

Ich fasse das, was ich in dieser Beziehung gesagt habe, so zusammen: Das Problem der Landflucht kann nur durch eine soziale Agrarpolitik gelöst werden, die auch auf die wirtschaftlich Schwächeren Rücksicht nimmt.

Es ist auch bei der Behandlung von wirtschaftlichen Vorlagen notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß das Problem der Landeskulturräte dringend der Lösung bedarf. Die Landeskulturräte in ihrer heutigen Form sind Reste des Absolutismus, sind jene Institutionen, in denen der demokratische Geist, der in unserer Staatsverfassung verankert ist, bisher noch keinen Einzug halten konnte. Die Landeskulturräte hätten in der Zeit der jetzigen schweren Agrarkrise eine große Führeraufgabe zu leisten, sie sollten die Pioniere der

notwendigen Lösungen sein, sie sollten die Wegweiser sein und in der fortschrittlichen Agrarpolitik vorangehen. Die Landeskulturräte können aber heute diese Aufgabe nicht lösen, weil ihnen jede territoriale Grundlage fehlt, weil sie auf einem indirekten Wahlrecht aus den Neunzigerjahren aufgebaut sind, welches wert wäre, den Museen als Sehenswürdigkeit einverleibt zu werden. Die Landeskulturräte sind in ihrer heutigen Gestalt Köpfe ohne Füße. Sie haben zwar einen ausgebauten Beamtenapparat und ihre Beratungsausschüsse, aber es fehlen die Vollzugsorgane, es fehlt der Kontakt mit der ländlichen Bevölkerung und deswegen erheben wir immer wieder die Forderung nach Demokratisierung der Landeskulturräte und Ersatz derselben durch demokratische Bezirksgenossenschaften, durch demokratische Landesbauernkammern, die nach dem Prinzip des allgemeinen gleichen Wahlrechtes aller landwirtschaftlich Berufstätigen nach dem Proportionalsystem zusammengesetzt sind. Es ist unhaltbar, daß man auf die Dauer hunderttausende von kleinen Landwirten und Häuslern, die die wahren Träger der landwirtschaftlichen Produktion sind, von dem Mitbestimmungsrecht im Landeskulturrat ausschaltet. Immer wieder wird Dänemark als das große Beispiel fortschrittlicher Agrarpolitik hingestellt, aber es muß gesagt werden, daß man in Dänemark vor dem gleichen Wahlrecht der kleinen Landwirte keine solche Angst hat wie bei uns und jeder kleine Landwirt in seinen Genossenschaften und in den Landeskulturinstitutionen das gleiche Wahlrecht besitzt wie der Großagrariar. Wir sprechen uns aber auch, soweit es sich um die Demokratisierung der Landeskulturräte handelt, für die Beibehaltung der bisherigen erprobten nationalen Sektionen aus.

Damit komme ich zum Schluß und sage: Mit der Zustimmung zu dieser Vorlage drücken wir deutschen Sozialdemokraten unsere positive Einstellung zu den Problemen der Landwirtschaftsförderung aus. Wir müssen aber gleichzeitig erklären, daß wir uns nicht für eine einseitige Agrarpolitik einsetzen können, sondern wir hoffen, daß nach Erledigung dieser Vorlage wiederum die Bahn für sozialpolitische Gesetzeswerke freigemacht werde, für Vorlagen, die auch die Förderung unserer Industrieproduktion zum Ziele haben. All die Förderungsmaßnahmen, die wir mit diesem Gesetz beschließen, werden nur dann von Erfolg sein, wenn gleichzeitig auch die Existenz unserer Industrieproduktion gesichert wird. All das, was durch die Meliorationen und Regulierungen an Mehrproduktion erreicht werden soll, wird nur dann einen Absatz finden, wenn die Schlote unserer Exportindustrie wieder zu rauchen beginnen, wenn die hunderttausenden Arbeitslosen, die heute dahinvegetieren und ein armseliges Hungerdasein führen müssen, wieder in die Betriebe gelangen und wieder Konsumenten werden können. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß die Landwirtschaft neben einer zusammenbrechenden Industrie aufblühen kann. Wenn in diesem Staate bisher zu wenig Wille vorhanden war, um auch der Industrie in ihrem Existenzkampfe beizustehen, möge man hinblicken auf unsere agrarischen Nachbarn, auf Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, mit welchen Opfern sie sich jene Industrien aufzubauen bemühen, die wir in Gefahr bringen, zugrunde zu gehen. Deshalb muß eine wahre gesamtstaatliche Wirtschaftspolitik von dem Gedanken getragen sein, daß keine einseitige Förderung des einen oder des anderen Zweiges Erfolg bringen kann, sondern daß Industrieförderung und Landwirtschaftsförderung, Sozialpolitik und Agrarpolitik Hand in Hand gehen müssen. Es wäre an der Zeit, wenn auch die Herren auf agrarischer Seite sich diesen Gedankengängen nicht länger verschließen würden, wenn auch sie sich

zu einem gewissen universellen Wirtschaftsbewußtsein durchringen würden, daß wir nur durch Einsatz aller schöpferischen Kräfte sowohl der Industriebevölkerung wie auch der schaffenden Landbevölkerung den Weg finden werden, der uns die Schwierigkeiten der heutigen Wirtschaftskrise überwinden läßt und dazu hilft, die Existenz der arbeitenden Menschen in diesem Staate sicherzustellen. (Applaus.)

**Rede vom 14. April 1932 zur Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten
Dostálek vom 30. März 1932 zum Bergarbeiterstreik und zu seiner
Beileidsbekundung für die Opfer des Blutvergießens im Brüxer Gebiet am 13.
April 1932**

Hohes Haus! Die ganze Arbeiteröffentlichkeit dieses Landes steht im Banne der sozialen Tragödie, die sich im Kohlenrevier Nordwestböhmens abspielt. (Ausrufe der Abg. Gottwald und Müller.) Das erste Wort, das ich als Vertreter der deutschen Sozialdemokraten hier ausspreche, gilt den Opfern der gestrigen Zusammenstöße im Duxer Revier. (Verschiedene Ausrufe. – Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Mit wildem Schmerz haben wir die Kunde vernommen, daß es wiederum zu Blutvergießen gekommen ist, daß wiederum wertvolle Menschenleben im Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Staatsgewalt zerstört wurden. (Verschiedene Ausrufe.) Mögen wir die Situation, aus der sich die gestrigen Zusammenhänge ergeben, wie immer beurteilen, unsere Sympathie, aber auch unsere Trauer ist auf Seiten der gefallenen Opfer. (Verschiedene Ausrufe. – Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Ihnen gilt unser tiefstes Beileid. Die traurigen Vorgänge im Kohlenrevier Nordwestböhmens fallen, wenn wir sie aus einer höheren Perspektive betrachten, auf das Schuldkonto des kapitalistischen Systems. (Abg. Gottwald:

Weil Ihr Streikbrecher seid!) Die Vorgänge in Nordwestböhmen sind ein Flammenzeichen der unerhörten Krisennot, welche unsere industriellen Randgebiete heimgesucht hat. Wenn Sie von Streikbrechern reden, Herr Koll. Gottwald, so beschimpfen Sie damit die kommunistischen Bergarbeiter von Kladno und Ostrau, die nicht mitstreiken wollen. (Applaus der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten. - Abg. Gottwald: Dort habt Ihr den Streik abgewürgt!) Euere Leute streiken doch selber nicht mit! Der Ernst der Lage, in der wir uns heute volkswirtschaftlich und sozial befinden, manifestiert sich in dem Gebiet zwischen Aussig und Komotau am klarsten. Bis zur Deflationskrise war das nordwestböhmische Kohlen- und Industriegebiet eine blühende Wirtschaftsprovinz. Seither datiert der Verfall der Glasindustrie, das Einschrumpfen des Kohlenbergbaues. Man muß, um die Dinge zu verstehen, in die Betrachtung einbeziehen, daß die Bergarbeiter, die da in Bewegung sind, seit 10 Jahren unter der Geißel der Kurzarbeit leiden und immer das Damoklesschwert der Entlassung über sich schweben haben. Die arbeitenden Menschen Nordwestböhmens sind Opfer nicht nur dieser Krise, sie sind Opfer einer Dauerkrise, die ihnen durch mehr als ein Jahrzehnt unerhörte Leiden und Opfer aufgebürdet hat. Die Vorgänge im Streikgebiet müssen aber auch beurteilt werden im Zusammenhang mit der dort herrschenden Massenarbeitslosigkeit. Es muß festgestellt werden, daß die Hauptrolle beim Streik und bei den anschließenden Kundgebungen zum großen Teil verzweifelte Menschen spielen, die der Kapitalismus schon seit Jahren zum Streiken zwingt. Daß es sich bei manchen Vorgängen der letzten Zeit dort um einen Verzweiflungsausbruch der Arbeitslosen handelt, beweisen die Ziffern der Arbeitslosenstatistik. Es verzeichnet nach den letzten Ausweisen der Bezirk Dux 6.886 Arbeitslose, der Bezirk Brüx 11.470 Arbeitslose, der Bezirk Teplitz 11.051, der Bezirk Komotau 9.850 und der Bezirk Aussig 10.363 Arbeitslose. Es stehen

also in dieser sozialen Bewegung 50.000 Arbeitslose 22.000 Streikenden gegenüber. Daraus ergibt sich schlüssig der Beweis, daß im Hintergrund der nordwestböhmischen Vorgänge das ungelöste Arbeitslosenproblem steht. Es muß in diesem Zusammenhang angeprangert werden, daß ein Teil der bürgerlichen Presse vor kurzer Zeit die Maßnahmen des Fürsorgeministers Dr. Czech gerade im Hinblick darauf angegriffen hat, daß er angeblich für den Brüxer Bezirk zuviel getan hat. Wenn wir nur diese Stellungnahme vergleichen mit den Resultaten, die der soziale Notstand in Nordwestböhmen zeitigt, können wir wohl sagen, daß das Bürgertum mit Blindheit geschlagen ist, wenn es nach den letzten Vorgängen den Ernst der Dinge nicht sehen will. Diese letzten Schießereien sind die grauenvolle Begleitmusik zu den Behauptungen eines Teiles der bürgerlichen Presse, der dem Fürsorgeminister vorwirft, er treibe Geldverschwendung für die Arbeitslosen. Auf der Suche nach angeblichen Mißbräuchen übersehen die Gegner der Arbeitslosenunterstützung das krasse Drama derer, die täglich mit Not und Verzweiflung, ja mit Selbstmordgedanken ringen müssen, weil sie von 20 Kč nicht leben können. Das Arbeitslosenproblem in diesem Staate wäre leichter zu lösen, wenn man einmal 14 Tage lang einen Rollentausch durchführen könnte zwischen denen, die heute unter dem Fluch der Arbeitslosigkeit leiden und zwischen den anderen, die sich über die Höhe der Arbeitslosenunterstützungen aufregen. Die Brüxer Ereignisse haben den bequemen Standpunkt über den Haufen geworfen, daß man dem Streik und der Arbeitslosigkeit mit verschärfter Kontrolle der Unterstützungen begegnen könnte. (Abg. Gottwald: Wer hat den Kontrollerlaß herausgegeben? Doch Dr. Czech! - Posl. Müller: Koll. Gottwald weiß nicht, was vorgeht!) Ja, Sie haben keine Ahnung, Sie verwechseln nur den Fürsorgeminister mit dem Innenminister.

Diese letzten Vorgänge im Streikgebiet, dieses Übergreifen der Streikbewegung auch auf die Massen der Arbeitslosen ist eine Mahnung an alle ernsten Faktoren in diesem Staate, an die gesamte Öffentlichkeit, daß die Lösung des Arbeitslosenproblems nicht nur eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteien ist, nicht nur eine Arbeiterfrage, sondern eine Frage auf Tod und Leben für die ganze menschliche Gesellschaft. Die Brüxer Bewegung hängt auch zusammen mit der Lage im Kohlenbergbau, mit der Lage der Bergarbeiterschaft. An den Bergarbeitern ist durch die Wirtschaftspolitik dieses Staates schwer gesündigt worden. Nationalistische Wirtschafts- und Handelspolitik haben in den ersten Nachkriegsjahren die besten Auslandsabnehmer unseres Braunkohlenreviers geradezu davongepörmelt. (Ausfrufe des Abg. Gottwald.) Diese Haltung gegenüber den kohlenarmen Nachbarstaaten in der Nachkriegszeit hat diese geradezu herausgefordert, den Ausbau ihrer Wasserkräfte zu forcieren und wir sehen heute die Folge davon in dem Sinken der Kohlenausfuhr, die von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Verschärfend auf die Lage im Braunkohlenrevier hat zweifellos der Protektionismus bei der Vergabe der staatlichen Kohlenlieferungen mitgewirkt, und die dabei geübten Praktiken tragen zweifellos ein vollgerüttelt Maß von Schuld, daß es in Nordwestböhmen soweit gekommen ist. Ich verweise hier auf einige sehr wichtige Konstatierungen, die in diesem Zusammenhange das Organ der Union der Bergarbeiter, der "Glückauf", machte. 1930 betrugen die Staatsbahnlieferungen aus den Braunkohlenrevieren noch 2,928.000 Tonnen, bei Steinkohle 1,578.000 Tonnen. In der Zeit von 1930 bis 1932 hat sich das Verhältnis umgekehrt. Im Jahre 1932 sollten 1,771.000 Tonnen Braunkohle gegen 2,157.000 Tonnen Steinkohle an Staatsbahnlieferungen vergeben

werden. Ich weiß schon, daß zwischen den einzelnen Revieren ein mörderischer Kampf um den Anteil an den Staatsbahnlieferungen tobt, an dem auch Arbeiterinteressen beteiligt sind. Es ist mir auch bekannt, daß die Staatsbahnlieferungen auch unter den Steinkohlenrevieren nicht gerecht aufgeteilt sind. Denn z. B. das Pilsner Steinkohlenrevier beklagt sich mit Recht, daß es zu kurz kommt. Es muß aber wohl gesagt werden, soweit die Relation zwischen Braunkohle und Steinkohle bei den Staatsbahnlieferungen in Betracht kommt, daß es untragbar ist, wenn die Hauptlast der Krise auf ein Revier abgewälzt wird, wenn das Brüx-Duxer Gebiet und das Falkenauer Revier durch Verminderungen der Staatsbahnlieferungen immer mehr in ihren Absatzmöglichkeiten geschädigt werden. Man kann hier nicht allein mit kommerziellen Momenten operieren, und ich betone nochmals, daß es im Brüxer Revier nicht hätte soweit kommen müssen, wenn diese großen Verschiebungen in der Verteilung der Staatsbahnlieferungen in den letzten Jahren nicht erfolgt wären. Wie aus der Darstellung des Organs der Union der Bergarbeiter hervorgeht, war für 1932 noch eine weitere weitgehende Kürzung des Anteils des Brüxer Reviers geplant. Dieser Anschlag konnte durch Eingreifen der Union der Bergarbeiter größtenteils abgewehrt werden. Dieser Stand des Problems des Brüxer Reviers ist eine Mahnung an die entscheidenden Faktoren in diesem Staate, künftighin bei Staatslieferungen nicht nationale Momente oder vielleicht auch kaufmännische Momente, sondern im ausgiebigen Maße auch soziale Momente zu berücksichtigen.

Zur Verschärfung der Lage in Nordwestböhmen haben zweifellos die Bergherren mit ihrer Politik weitgehend beigetragen. Man muß sich vergegenwärtigen, wie die Situation war. Nach dem schrecklichen

Grubenunglück im Kohinoor-Schacht in Bruch waren die Bergarbeiter des ganzen Reviers zu tiefst erregt. Denn jeder einzelne Bergmann hat die Tragödie seiner Kameraden im brennenden Schacht mitempfunden. In diese Stimmung hinein kam die Kündigung der Bergarbeiterschaft des Humboldt-Schachtes, und zweifellos hat diese Kündigung dazu beigetragen, die Erbitterung der Bergleute zu steigern. Ich muß hier feststellen, daß diese Kündigung ungesetzlich war, denn zuerst hätte das Unternehmen die Bewilligung der Bergbehörden zur Einstellung dieses Schachtes einholen müssen und dann erst wäre es berechtigt gewesen, die Kündigungen auszusprechen. Daß dieser Vorgang unter so merkwürdigen Umständen bei gleichzeitiger Abreise des verantwortlichen Direktors in das Ausland erfolgt ist, hat in der Arbeiterschaft des Reviers das Gefühl verstärkt, daß die Unternehmer nur das Bestreben haben, in den Konjunkturjahren die Gewinne einzuheimsen und in den Krisenjahren die Lasten auf die Arbeiter abzubürden. Wir sind nicht so naiv, von den Bergherren soziales Verständnis zu erwarten. Aber wir machen doch darauf aufmerksam, daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, wenn diese Herren glauben, auch eine kapitalistische Produktionsweise könne ganz ohne Rücksicht auf die Arbeiter betrieben werden. Je weniger Menschen dieses System beschäftigen, nähren und kleiden kann, desto früher wird es zur Hölle fahren.

Ein Wort ist auch hier am Platze über die Rolle der Bergbehörden. Sie haben durch ihre Passivität den Stand der Dinge zweifellos verschlimmert. Als Exponenten des Staates sollte ihnen das Schicksal der Bergarbeiter ebenso am Herzen liegen wie die Interessen der Bergbauunternehmer. Die Erfahrungen, die in der letzten Zeit bei den Bergbehörden gemacht wurden, sind wohl ein Anlaß mehr, um ihre durchgreifende Reorganisierung zu fordern. Es genügt

nicht, einen arbeiterfeindlichen Beamten, wie den Rat Heil davonzujagen, es ist notwendig, anstelle derer, die in den staatlichen Ämtern gegen die Arbeiterschaft wirken, sozial fühlende und demokratisch denkende Menschen zu setzen.

Diese Momente haben die Streiksituation vorbereitet, und der Streik selbst ist die Tragödie einer gewerkschaftlich zersplitterten und politisch beispiellos zerrissenen Arbeiterschaft. Wer hundertprozentig auf dem Standpunkt der Bergarbeiterinteressen steht, wie wir, hat das Recht auszusprechen, daß unter so unglücklichen Umständen noch kein Massenstreik begonnen und geführt wurde.

Hohes Haus! Die Bergarbeiter sind nicht gefragt worden, kein Schacht hat abgestimmt, keine Organisation hatte Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Als Streikmacher fungierten kommunistische Stoßtrupps, die die Belegschaften herausholten, soweit sie willig folgten, oder sie herausprügelten, soweit sie nicht folgen wollten. Forderungen, um die der Streik geführt werden sollte, sind erst später aufgestellt worden, als er bereits eingeleitet war. Ich erkläre es offen: es ist begreiflich, wenn ein Großteil der Arbeiteröffentlichkeit, der diese Hintergründe nicht kennt, mit diesem Streik sympatisiert. Aber selbst auf die Gefahr hin, momentan unpopulär zu sein, müssen wir es aussprechen, daß ein Streik kein Mittel gegen die Absatzkrise ist. Man hat den Eindruck, daß den Unternehmern ein Streik noch niemals so willkommen war. (Sehr richtig!) Und ich füge hinzu, wenn man die vollkommen lässige Haltung der Unternehmer in diesem Falle, ihre geradezu zufriedene Haltung betrachtet, dann muß man sagen: umsomehr ist es notwendig, auf die Gefahr hinzuweisen, die daraus der

ganzen Bergarbeiterschaft in diesem Staate und insbesondere den Bergarbeitern des Brüxer Revieres droht. Es droht durch diesen Streik der Verlust eines großen Teiles der restlichen Absatzmöglichkeiten im Auslande, es droht ferner, sowie wir es beim Glasarbeiterstreik in Falkenau erlebt haben, daß die größten Schreier zuerst wieder hineinlaufen und daß die ehrlichen klassenbewußten Gewerkschaftler auf der Strecke bleiben. (Abg. Katz: Und daß die früheren Kommunisten Hakenkreuzler und Nationalsozialisten geworden sind! – Ausrufe kommunistischer Abgeordneter.) Wir müssen in dieser Stunde die Arbeiterschaft davor warnen, ihr Schicksal in die Hände Unverantwortlicher zu legen. Es ist geradezu eine Tollhäuslerei, wenn die Kommunisten in den letzten Tagen versucht haben, im nordwestböhmisches Revier aus dem Bergarbeiterstreik einen Generalstreik zu inszenieren. Ich will hier nicht erörtern, (Ausrufe kommunistischer und deutscher sozialdemokratischer Abgeordneter.) wie die Voraussetzungen eines Generalstreiks in der heutigen Situation beschaffen sind. (Verschiedene Ausrufe. – Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Ich verweise darauf, daß keine geringere als Rosa Luxemburg im Jahre 1913 anlässlich . . . (Ausrufe des Abg. Zápotocký.)

Stellv. Vorsitzender Špatný (läutet): Ich bitte den Abgeordneten Zápotocký, dass er die Ruhe bewahrt.

Abg. Jaksch (fährt fort): . . . der Generalstreiksdiskussion in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt hat, in Zeiten der Wirtschaftskrise sei ein Generalstreik - so sagt Rosa Luxemburg - eine Kavallerieattacke auf sumpfigem Lehm Boden. Diese Worte hat Rosa Luxemburg im Jahre 1913 unter anderen Verhältnissen ausgesprochen als heute, und wer heute in dieser Situation, wo die Unternehmer nur darauf warten, die paar

klassenbewußten Arbeiter und Vertrauensmänner auf das Pflaster werfen zu können, zum Generalstreik aufruft, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. (Ausrufe des Abg. Gottwald.) Sind Sie ruhig, Herr Gottwald, jetzt werde ich einmal von Ihren Anhängern sprechen. Sie beschwerten sich, daß wir für Euren Streik nicht begeistert sind. (Ausrufe der kommunistischen Abgeordneten.) Euere kommunistischen Bergarbeiter von Kladno und Ostrau haben auf Euere Streikparolen gepfiffen, weil (Sehr richtig!) sie ganz gut wissen, daß Ihr zwar einen Streik inszenieren, aber nicht einen Streik gewinnen könnt. (Ausrufe der Abgeordneten Gottwald, Katz, Heeger und Zápotocký.) Es muß hier ausgesprochen werden: Die Kommunisten selbst waren es, die den Streik in Kladno und Ostrau wieder abblasen haben, weil sie sich blamierten. Deshalb habt Ihr kein Recht, uns in diesem Falle anzugreifen. (Abg. Gottwald: Sie Gauner!) Von Gottwald beschimpft zu werden, ist mir nur eine Ehre.

Euch Kommunisten ist ein Streik nicht eine Gelegenheit, Arbeiterinteressen zum Siege zu führen, Euch Kommunisten ist ein Streik nur eine Agitationsgelegenheit gegen die Sozialdemokraten. (Lärm.) Dasselbe gilt für Euere Bundesgenossen, das gilt auch für die Hakenkreuzler, mit denen Ihr in diesem Falle Arm in Arm vorgeht. Es hat eine Zeit gegeben, wo die kommunistische Partei die Parole ausgab: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Diese Parole muß angesichts der letzten Erfahrungen und angesichts auch der kommunistischen Stimmen für Hitler revidiert werden und muß nun lauten: "Packelt mit den Faschisten wo Ihr könnt!" Das ist die neue kommunistische Linie. (Ausrufe des Abg. Zápotocký.)

Stellv. Vorsitzender Špatný (läutet): Ich bitte den Herrn Abgeordneten Zápotocký, die Ruhe zu bewahren.

Abg. Jaksch (fährt fort): Gerade die deutschen Hakenkreuzler haben in diesem Bergarbeiterkampf eine sehr zweifelhafte Rolle übernommen. (Verschiedene Ausrufe. Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Zuerst haben sie sich auch gegen den Streik ausgesprochen, als sie aber dahinter ein politisches Geschäft witterten, haben sie sich mit an die Spitze des Streikes gestellt. Und es ist komisch, wenn dieselben Hakenkreuzler, die uns Sozialdemokraten jahrelang den Vorwurf gemacht haben, daß wir den volkszersetzenden Klassenkampf predigen, wenn dieselben Hakenkreuzler uns heute lehren wollen, wie man den Klassenkampf zu führen hat. (Ausrufe des Abg. Zápotocký.)

Stellv. Vorsitzender Špatný (läutet): Ich erinnere den Herrn Abgeordneten Zápotocký erneut.

Abg. Jaksch (fährt fort): Das muß den Bergarbeitern zeigen, wie viel die Glocke in diesem Falle geschlagen hat, wenn sich hakenkreuzlerische Führer heute als Anwälte der Bergleute ausgeben, die dazu beigetragen haben, die Bergleute während des Krieges in die Fesseln der Kriegsdienstsklaverei zu schmieden. (Verschiedene Ausrufe. Lärm. – Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Die deutschen Nationalsozialisten machen uns zum Vorwurf, daß wir für die Verstaatlichung der Bergwerke eingetreten sind und dadurch den Arbeitsplatz des deutschen Bergmannes in Gefahr bringen. In diesem Punkte brauche ich nur auf die Erklärungen meines Parteifreundes Senator Heller im Senat hinzuweisen, der mit aller Deutlichkeit ausgesprochen hat, daß wir deutschen Sozialdemokraten niemals einer Lösung zustimmen werden, die in irgendeiner Form die Arbeitsplätze der deutschen Bergarbeiter in Gefahr bringt. Aber wenn

wir so demagogisch sein wollten wie die Herren Nationalsozialisten, so könnten wir wohl die Frage aufwerfen, ob der Arbeitsplatz des deutschen Bergmannes etwa am besten durch die Herren Weimann und Petschek gesichert ist. Wir könnten die Frage aufwerfen, ob überhaupt die Garantie der Beschäftigungsmöglichkeit geboten ist für den Bergmann, solange der Bergbau nach kapitalistischen Grundsätzen geführt wird. Wir wiederholen: Es geht uns nicht darum, daß nur eine Besitzverschiebung im Bergbau vorkomme, so wie bei der Bodenreform, es geht uns nicht darum, daß die Bergleute aus der Botmäßigkeit der privatkapitalistischen Bürokratie unter die Botmäßigkeit der staatlichen Bürokratie gelangen. Worum es uns geht, das ist das Recht der Mitregierung des Arbeiters in der Produktion und besonders im Kohlenbergbau, und dieses Recht sehen wir am geeignetsten verwirklicht in der Form einer Sozialisierung des Bergbaues in diesem Staate, nicht einer Verstaatlichungsaktion, sondern einer durchgreifenden Sozialisierung, die auch die Mitverwaltung und die Mitregierung der Arbeitenden in diesem Berufe sichert.

Hohes Haus! Ich muß von dieser Stelle aus auch Verwahrung einlegen gegen die frivole Hetze, die gegen die freigewerkschaftlichen Verbände der Bergarbeiter von den Gegnern der freigewerkschaftlichen Organisationen geführt wird. Die freigewerkschaftlichen Verbände "Union" und "Svaz horníků" haben ihre Pflicht gegenüber den Bergleuten auch in dieser Situation erfüllt. Ich muß hier konstatieren: Am 22. sind Kündigungen auf dem Humboldtschacht erfolgt. Bereits am nächsten Tage, am 23., hat die Union der Bergarbeiter eingegriffen und die Verschiebung dieser Kündigungen erreicht, damit Zeit für Verhandlungen gewonnen werden konnte. Was die Haltung der einzelnen

Organisationen zum Bergarbeiterstreik anlangt, muß auch festgestellt werden: Union und Svaz zahlen ihren Mitgliedern die Streikunterstützung, obwohl sie den Streik nicht mitbeschlossen haben, und die kommunistischen Gewerkschaften, die diesen Streik führten, zahlen ihren Mitgliedern keine Streikunterstützung. (Abg. Zápotocký: Wir haben die Unterstützung ausgezahlt; beweis, dass wir sie nicht ausgezahlt haben! Du bist tein Lügner! Ich bringe dir tausend Hauer, dass wir ausgezahlt haben! Du lügst und bist ein Lügner und tausende Bergleute im Norden bezeugen das. Komm mit mir, ich zeige dir die Auszahlungszettel, dass du lügst! Jedes eurer Worte ist ein Lüge! – Stellv. Vorsitzender Špatný läutet.) Ihr habt höchstens versucht, Bergleute für Euch zu kaufen, aber nicht Euere Mitglieder zu unterstützen; und diese Bestätigungen werden so ausschauen, wie die Bestätigungen der Textilarbeitergewerkschaft bei der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Die Männer, die an der Spitze der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen stehen, haben den Nachweis bereits erbracht, daß sie erfolgreich Kämpfe der Bergarbeiter führen können. Ihre Gegner, die heute die Bergarbeiter gegen die Front der Gewerkschaften ins Treffen zu führen versuchen, haben den Beweis noch nicht erbracht, daß sie Streiks zu führen und auch günstig abzuschließen verstehen. Es ist das ausschließliche und alleinige Verdienst der freien Gewerkschaften, daß bei den schwebenden Verhandlungen im Arbeitsministerium ernsthafte Forderungen der Bergarbeiter zur Grundlage genommen wurden.

Diese Forderungen, die ich ihrer Bedeutung halber hier anführe, lauten: Die Einstellung des Humboldtschachtes ist auf ein Jahr zu verschieben. Neuaufnahmen von Bergarbeitern auf dem nordwestböhmischem Braunkohlenbergbau und Baggerbetrieben sind solange einzustellen, solange

Feierschichten eingelegt werden und Bergarbeiter arbeitslos sind. Der eventuell notwendige Abbau der Belegschaften ist nur durch natürlichen Abbau, d. h. durch Abgang infolge Provisionierung, durch Tod und durch freiwilliges Verlassen der Arbeit herbeizuführen. Die Einrichtung der Subunternehmer, die nur den Zweck hat, den Kollektivvertrag zu umgehen, ist zu beseitigen. Überstunden und Überschichten sind, wenn es sich nicht um besonders dringende Notstandsarbeiten handelt, ausnahmslos zu verbieten. Die notwendigen Reparaturschichten an förderfreien Tagen sollen auf die Belegschaftsmitglieder gleichmäßig aufgeteilt werden. Das noch immer vorkommende Hunteverladen an förderfreien Tagen ist zu verbieten. Durch die Vergebung der Staatsbahnlieferungen für das Jahr 1932 wurde die Braunkohle in unerhörter Weise benachteiligt. Es wird verlangt, daß bei den Staatsbahnlieferungen 1932 der Status quo hergestellt wird, das heißt, daß die verkürzten Lieferungenmengen von Braun- und Steinkohle auf alle Reviere und auf alle Schächte verteilt werden.

Diese Forderungen der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände sind auch unsere Forderungen. Wir stellen uns hinter diese Forderungen und verbinden diese Stellungnahme mit der Aufforderung an das Arbeitsministerium, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um diese Forderungen durchzubringen und einen ehrenvollen Abschluß des Kampfes zu ermöglichen.

Ich werde mir noch abschließend gestatten, einige Worte zu den blutigen Vorfällen zu sagen, die sich gestern im Gebiete von Brüx und Komotau abgespielt haben. Wo immer es bisher Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt gegeben hat, waren unsere Sympathien auf

der Seite der Arbeiter. Diese traditionelle Haltung berechtigt uns aber auch, eine scharfe Demarkationslinie zu ziehen, gegenüber jenen, die mit Arbeiterleben hasardieren. (Sehr richtig!) Bevor die Schuldfrage des Blutvergießens bei Brüx und Komotau klargestellt wird, müssen zwei Punkte bereinigt werden, die ich hier anführen möchte. Erstens einmal muß die Frage klargestellt sein, wer die demonstrierenden Arbeiter gestern durch die telephonische Mitteilung aus Prag irregeführt hat, daß die Kundgebungen gestattet sind! Die Kundgebungen waren verboten, aus Prag wurde aber an die Streikenden die telephonische Mitteilung hinausgegeben, das Innenministerium habe die Kundgebungen erlaubt. Es sind durch diese frivole Irreführung die Demonstrierenden geradezu in die Bajonette hineingejagt worden. (Abg. Müller: Warum meldet sich der Mann nicht, der das telephonierte hat?) Er dürfte nicht weit vom kommunistischen Klubsekretariat zu finden sein. Zweitens muß klargestellt werden, wo sich die kommunistischen Abgeordneten Babel und Frau Hodina gestern befunden haben, als es vor Komotau zu diesen Zusammenstößen kam. Bei den Vorbereitungen waren sie dabei, als aber draußen Blut geflossen ist, hat man die Anstifter wieder einmal nicht gesehen. (Ausrufe des Abg. Heegera.)

Mit Rücksicht auf diese Erfahrungen müssen wir die Arbeiterschaft eindringlich vor einem politischen Verbrechen warnen, welches Arbeiterblut als billigen Agitationsstoff braucht. Unser Appell, den wir an die Arbeiterschaft Nordwestböhmens richten, ist der, sie mögen kaltes Blut bewahren, sie mögen den Weisungen ihrer Organisationen folgen und mögen sich hinter ihre bewährten Vertrauensmänner und Gewerkschaften stellen. Soll unabsehbarer Schaden für die Arbeiterschaft vermieden werden, dann ist für die Arbeitenden

Nordwestböhmens in den nächsten Tagen ein Höchstmaß von Besonnenheit, Kaltblütigkeit und Vernunft notwendig. Die Bergarbeiter können versichert sein, daß die Sozialdemokratie an ihrer Seite sein wird, sowohl in ihrem Existenzkampf gegen die kapitalistische Krisennot, aber auch in der Abwehr faszistisch-bolschewistischen Abenteuerertums. Wir rufen den Arbeitern Nordwestböhmens in dieser ernsten Stunde zu, daß es nur einen Ausweg aus dieser Krisenhölle gibt: wenn die arbeitenden Menschen durch Treue zu ihrer Organisation, durch Geschlossenheit ihres Willens, durch restlose Hingabe an ihre Ideale jene Voraussetzungen schaffen, die wir brauchen, um das fluchbeladene kapitalistische System überwinden zu können.

Die Zeiten sind schwer, die Arbeiterschaft marschiert durch eine Gefahrenzone. Wir werden auch in ihrer schwersten Stunde an ihrer Seite sein. Denn es gilt noch immer das Wort als unser Leitstern, das Josef Seeliger aussprach, als er zum erstenmal von dieser Tribune die Forderungen der deutschen Sozialdemokratie verkündete, indem er sagte: "Der Leitgedanke unserer Politik ist unsere heiße Liebe zur deutschen Arbeiterschaft in diesem Lande, unsere heiße Liebe zum internationalen Proletariat." (Applaus.)

Rede vom 29. November 1933 zum Staatshaushalt für das Jahr 1934 und zur Erklärung von Finanzminister Trapl vom 6. November 1933

Hohes Haus! In den Ziffern dieses Staatsvoranschlags spiegelt sich die Größe der Heimsuchung wieder, welche die Weltwirtschaftskrise über dieses Land gebracht hat und die Schwere der Opfer, die sie der Bevölkerung auferlegt. Diese Ziffern spiegeln aber auch das hartnäckige Bemühen einer disziplinierten Demokratie, mitten im zentraleuropäischen Chaos ein gesundes und geordnetes Staatswesen zu erhalten. Läßt man das Gleichgewicht des Staatshaushaltes als Maßstab für die innere Kraft eines Regimes gelten, dann hat unsere parlamentarische Mehrheit, gestützt auf die parlamentarische Sparkommission, den Diktaturen und Halbdiktaturen rings um uns auch mit diesem Voranschlag ein Armutszeugnis ausgestellt; denn trotz aller Härten, die er beinhaltet, ist der Staatsvoranschlag eine demokratische Anklageschrift gegen den ersten Etat des Hitlerregimes, dessen Detailziffern heute noch als Staatsgeheimnis behandelt werden.

Mit unserer schwer abgerungenen Zustimmung zu diesem Staatsvoranschlag bringen wir zum Ausdruck, daß nach unserer innersten Überzeugung eine konsolidierte Staatswirtschaft, eine feste Währung die Voraussetzungen jeder sozialen Leistung, aber auch jeder ernsthaften Krisenabwehr sind. Wir verhehlen uns dabei nicht die Schattenseiten der Deflationspolitik. Man kann die Augen nicht davor verschließen, daß bei einem stabilen Geldwert und bei sinkenden Warenpreisen das Problem der Privatschulden, das Problem der Kommunalschulden und nicht zuletzt das Problem der Staatsschulden immer schwieriger wird. Wir sind uns dessen voll bewußt, daß die Krise nicht durch Injektionen von der Kreditseite her überwunden werden kann, wir sehen aber

auf der anderen Seite die krisenverschärfende Wirkung der Kreditnot. Deshalb sprechen wir aus diesem Anlaß die Erwartung aus, daß die Finanzverwaltung und die Nationalbank ihre Hilfeleistung für die Selbstverwaltung und für die notleidenden Sparkassen nicht versagen werden. Wir bringen ferner in diesem Zusammenhang zum Ausdruck, daß nach unserer Auffassung ein kleiner Staat sich in der Währungsfrage keine großen Experimente leisten kann und daß bei der Inangriffnahme sowohl des öffentlichen wie des privaten Kreditproblems schon mit Rücksicht auf die kleinen Sparer mit der größten Vorsicht vorgegangen werden muß.

Von dieser positiven Grundeinstellung aus, warnen wir aber vor einer Überschätzung des rein etatmäßigen Ausgleiches der Krisenfolgen. Das wirtschaftliche Gleichgewicht ist mit dem Voranschlag nicht hergestellt. Die Diskrepanz zwischen Produktion und Konsum besteht weiter. Die für unsere Betrachtung bestimmende Tatsache ist jedoch, daß im körperlichen wie im seelischen Haushalt der Arbeitslosen das Defizit immer größer wird. Es tut sich mit der Dauer der Krise eine wachsende Kluft auf zwischen den sinkenden finanziellen Möglichkeiten des Staates und der steigenden Hilfsbedürftigkeit der Krisenopfer.

Schweren Herzens hat Fürsorgeminister Dr. Czech in seinem Exposé im Budgetausschuß auf die Gefahr hingewiesen, daß die Durchführung der Brot- und Kartoffelaktion für die Arbeitslosen im vorjährigen Ausmaß für diesen Winter bedroht ist. Meine Freunde und ich sind davon überzeugt, daß der Fürsorgeminister mit übermenschlichen Kräften gegen jede Einschränkung der Krisenfürsorge gekämpft hat, ja daß er ein Stück seiner Gesundheit

hineingepflastert hat, um die bisherigen Leistungen des Staates aufrechtzuerhalten. Es ist unser Stolz, bei dieser Gelegenheit aussprechen zu können, daß er sein Amt nicht als Parteimann sondern als übernationaler Anwalt aller notleidenden Bürger dieses Staates versieht. Umso größer aber ist unsere Pflicht von dieser Tribüne aus Zeugnis abzulegen von dem tragischen Notstand des deutschen Industriegebietes dieses Landes. Wir haben Zehntausende von Familien verschuldet, aller Reserven bar, außerstande, die Blößen ihrer Kinder zu decken, in der Gefahr, auch noch das Obdach über dem Haupte zu verlieren. So gehen sie wieder einem neuen schrecklichen Krisenwinter entgegen. (Den Vorsitz übernimmt der stellv. Vorsitzende Špatný.)

Meine Damen und Herren! Der Punkt ist erreicht, wo die Arbeitslosenfrage in den Industriezentren des Randgebietes aus einem sozialpolitischen zu einem staatspolitischen Problem geworden ist. Im Erzgebirge grassierte in den Jahren des Krieges Hungerödem, gab es ein Massensterben aus Unterernährung. Mit Erschrecken müssen wir wahrnehmen, daß sich diese Kriegerscheinungen zu wiederholen beginnen. Ich habe hier einen Bericht aus dem Graslitzer Krankenhaus, aus dem hervorgeht, daß die Krankenziffer in dieser Anstalt vom Jahre 1929 gegenüber 1933 von 1423 Fällen auf 2110 Fälle gestiegen ist, daß der Infektionspavillon dieser kleinen Anstalt überfüllt ist. In 19 Betten sind 40 Patienten untergebracht meist mit Infektionskrankheiten, die auf gesteigerte Anfälligkeit der Menschen nach den jahrelangen Entbehrungen zurückzuführen sind. Nicht ein Graslitz gibt es, sondern Dutzende von Bezirken, mit erschreckenden Pauperisierungserscheinungen, mit einem regelrechten physischen Verfall der Menschen. Diese menschliche Seite des Krisenproblems, die immer ernster wird, je länger die Krise dauert, sollte kein Staatsmann

übersehen. Gegen hohlwangige Gesichter, gegen leere Mägen und vor allem gegen die vorwurfsvoll anklagenden Blicke welkender Kiinder gibt es kein finanzpolitisches Argument. Für diese simplen Menschen steht der paradoxe Zustand im Vordergrund, daß in den Zeitungen gelehrte Betrachtungen über die Verwertung unserer Ernteüberschüsse mit Meldungen abwechseln, daß ganze Familien aus Hunger und Elend den Freitod gesucht haben. Ich will keine Drohungen aussprechen und keine falschen Hoffnungen erwecken. Aber ich erfülle eine menschliche Pflicht als Vertreter eines der ärmsten Notstandsgebiete im Lande, wenn ich an alle Verantwortlichen in diesem Staate die Frage stelle: liegen unüberwindliche Hindernisse vor, einen Bruchteil unserer Vorräte von Zucker, Kartoffeln, von Korn, von Kohle in diesem Winter gegen Hunger und Kälte der Arbeitslosen zu mobilisieren? Diese Frage stelle ich, weil wir die tiefe Überzeugung haben, daß menschlich und politisch das Schlimmste nur dann zu verhüten ist, wenn die bestehende unzureichende Arbeitslosenfürsorge durch zusätzliche Naturalleistungen ergänzt wird. Die Hindernisse sind uns wohl bekannt. Die verantwortlichen Faktoren mögen aber bedenken, daß im Falle äußerer Bedrohung ganz andere Leistungen aus dem Boden gestampft werden müssen. Es geht hier im wahrsten Sinne des Wortes um die Sicherheit des Staates, um ein Stück präventiver Landesverteidigung, es geht um Menschen, die am 28. Oktober aus ehrlicher Überzeugung heraus sich zur Verteidigung der demokratischen Republik bekannt haben. Es geht nicht um Konjunkturpatrioten, die aus taktischer Berechnung ihre Fahne diesmal nach dem Prager Wind gehängt haben.

Ich habe bei dieser Gelegenheit auch hinzuzufügen, daß die Forderung nach Brot, die Forderung nach gesteigerter Krisenfürsorge nicht die Hauptforderung

der deutschen arbeitenden Menschen dieses Landes ist. Ihr heißester Wunsch ist, daß Staat und Gesellschaft ihnen die Möglichkeit geben, wieder ein Stück Brot in Ehren selbst zu verdienen.

Bei den fälligen handels- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen geht es um das Schicksal unserer Exportindustrie. Wir melden hiezu den Daseinsanspruch unserer Qualitätsarbeiter an. Diese Fragen können nicht allein entschieden werden zwischen Agrariern und Unternehmern, sondern wir fordern gleichberechtigte Mitbestimmung der Gewerkschaften.

Ein Wort in diesem Zusammenhange an die tschechische Öffentlichkeit: Wer den Exportindustrien die Existenzberechtigung abspricht, der zerstört den Glauben von hunderttausenden deutscher Mitbürger, daß sie in diesem Staate eine wirtschaftliche Zukunft haben. Eine Autarkieproklamation der Tschechoslovakischen Republik wäre das wirtschaftliche Todesurteil für über die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Für die drangvolle Menschendichte auf den Erzgebirgshöhen, im Isergebirge, auf den Hängen des Riesengebirges, des nordmährisch-schlesischen Gebirgsbodens gibt es für Vierfünftel der Einwohner keine anderen als industrielle Existenzgrundlagen. Man spricht von Innenkolonisation - ein Fantom in einer Zeit, wo die Landwirtschaft selbst ihren Geburtenüberschuß noch immer in die Städte abschiebt, wie die Ziffern der Volkszählung beweisen. Innenkolonisation kann für uns kein Ausweg sein, weil in unseren Industriedörfern kaum ein Bauplatz, kaum ein Feldrain für Ziegenfutter frei ist. Wir warnen daher davor, die Bedeutung der Industrie und ihrer Angehörigen rein aus der Tagesperspektive zu messen. Sie müssen noch immer ein wertvoller Besitzstand des Staates sein, sonst würden Japaner,

Chinesen und Ägypter nicht zu uns kommen, um Industriespionage zu betreiben. Wir erinnern heute auch daran, was die deutsche Industrieleistung zum wirtschaftlichen Aufbau dieses Staates beigetragen hat. Wäre Rašins Finanzpolitik erfolgreich gewesen ohne den Devisenzustrom, der über Gablonz, Haida, Asch, Weipert, Reichenberg und Jägerndorf in dieses Land geströmt ist? Wahre Goldgruben sind manche dieser Exportzentren, auch die kleinen Exportzentren, für den Staat gewesen. Hier nur einige Ziffern aus dem Elendbezirk Graslitz, den ich vorhin erwähnte. Im Jahre 1928 haben die kleinen Exportindustrien von Graslitz noch 90 Millionen Kč Ware exportiert, im Jahre 1932 noch immer 37.5 Millionen. Wer will das dem Staate ersetzen, wenn die Exportindustrie vernichtet ist, wer will die Lasten übernehmen, welche früher und bisher diese Industrie getragen hat? Und ich frage noch mehr! In welchem Agrarstaate, sei es Ungarn, Rumänien oder Jugoslawien, gibt es so hervorragende Förderungseinrichtungen für die Landwirtschaft, wie bei uns? Wo gibt es ein solches Prachtgebäude, wie es das landwirtschaftliche Forschungsinstitut in Dejvice ist? Unsere Landwirtschaft ist mit der Industrie emporgeblüht, sie müßte mit dem Verfall der Industrie ebenfalls verfallen. Wollen unsere Landwirte, die sich für die Autarkie begeistern, wenn die industrielle Kaufkraft zerstört ist, in Rotterdam mit ungarischen und kanadischen Produzenten oder in Gdingen mit polnischen Konkurrenten in Wettbewerb treten? Damit will ich sagen, daß die ganze wirtschaftliche, soziale und politische Potenz dieses Landes aufgebaut ist auf seiner gemischtwirtschaftlichen Struktur, daß sie damit steht und fällt. Es müssen daher alle Anstrengungen gemacht werden, unsere Position als industriellagrarischer Veredelungsstaat zu behaupten.

Die strukturelle Krise der Welt wird in Mitteleuropa noch verschärft durch eine regionale Krise. Die Vorteile der alten Wirtschaftsgemeinschaft Österreich-Ungarns sind in entscheidenden Augenblicken verkannt worden. Nun sind Bestrebungen im Gange, diese alte Wirtschaftsgemeinschaft wenigstens teilweise wieder zu erneuern. Ohne die Möglichkeiten zu überschätzen, welche unter der heutigen europäischen Situation gegeben sind, melden wir unsere Bereitschaft zur Mitarbeit an diesem Plane an. Die wirtschaftliche Fundierung der Kleinen Entente mag zunächst der einzige Angriffspunkt gegen die chaotischen Verhältnisse im Donaauraum sein. Wir verkennen aber nicht, daß diese Bemühungen nur dann einen größeren Erfolg zeitigen können, wenn Österreich und Ungarn freiwillig mittun.

Und so habe ich in diesem Zusammenhang einen Wunsch über die Grenzen hinaus auszusprechen: Die friedliebende österreichische Bevölkerung möge wissen, daß die mitteleuropäischen Kooperationspläne unseres Aussenministers Dr. Beneš auch von den Sympathien der Mehrheit der deutschen Bevölkerung dieses Staates getragen sind, daß auch die deutsche Bevölkerung ein Interesse daran hat, diese wirtschaftliche Zerstückelung in Mitteleuropa zu überwinden. Gegenüber der Gefahr, die dem kleinen Österreich droht, durch die Rivalität zweier fascistischer Großmächte zerstückelt zu werden, ist die engere Zusammenarbeit mit der Čechoslovakei für dieses Land der demokratische und friedliche Ausweg, vielleicht die einzige Rettung seiner Selbstständigkeit.

Meine sehr verehrten Herren! Es geht aber nicht nur um allgemeine Kooperationspläne. Wenn wir auf dem Gebiet der außenpolitischen und

handelspolitischen Zusammenarbeit vorwärts kommen wollen, muß zuerst das Werk der inneren Rekonstruktion, der inneren Organisation der Wirtschaft in Angriff genommen werden. Es geht nicht um hochfliegende Pläne, es geht dabei um praktische Dinge, um Gegenmaßnahmen gegen die Krise, die schon längst fällig sind. Wir machen die Gegner der Arbeitszeitverkürzung darauf aufmerksam, daß sie auf einem verlorenen Posten stehen. Es wird langsam eine Prestigefrage, ob eine kleine rechthaberische Gruppe es zuwege bringen darf, den Staat so weit zu bringen, daß er nicht nur bei der Anerkennung Sowjetsrußlands, sondern auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit in letzter Reihe rangiert.

Großes Gewicht legen wir auf die vom Fürsorgeminister im Budgetausschuß erhobene Forderung nach einer öffentlichen Kontrolle der wilden Rationalisierung. Hier besteht eine Lücke in der öffentlichen Verwaltung. Bei jedem Ansuchen um eine neue Schankkonzession wird die Notwendigkeit des Bedarfes überprüft und kontrolliert, ob nicht schon bestehende Existenzen geschädigt werden. Den Unternehmern ist jede Rationalisierungsmaßnahme schrankenlos erlaubt auch wenn sie auf Kosten der Arbeiterschaft und noch mehr auf Kosten der Öffentlichkeit geht. Bei solchen Neuerungen muß unterschieden werden zwischen privatwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Rentabilität. Zu all den Projekten, die heute durch die Öffentlichkeit schwirren, zu den Projekten, von Industriesyndikaten, Agrarmonopolen, zu den Vorschlägen auf Anbauflächenverschiebung ist zu sagen, daß eine wichtige Voraussetzung der Realisierung fehlt, nämlich der Organismus einer wirtschaftlichen Verwaltung. Man ruft nach einem Wirtschaftsparlament, man schwärmt für Korporationen nach italienischem

Muster. Wozu in die Ferne schweifen, wozu ausländische Vorbilder heranziehen? Es würde doch genügen, die Handelskammern, die Landeskulturräte zu regenerieren, Arbeiterkammern zu schaffen. Die Vereinigung dieser Spitzengruppen wäre auszustatten mit öffentlichen Vollmachten, mit Beratungs- und Kontrollfunktionen, und wir hätten neben unserer politischen Administrative auch den Apparat einer wirtschaftlichen Verwaltung. Diese Dinge kann man auch in der Demokratie machen. Deswegen braucht man die Demokratie nicht abzuschaffen. Woran diese Dinge bisher gescheitert sind, ist die Unbelehrbarkeit der Gegner der Arbeiterbewegung, der Anhänger des unbegrenzten kapitalistischen Schaltens und Waltens in der Wirtschaft. Diese Unbelehrbaren würden auch in der Diktatur nicht gescheitert sein. Es sei in diesem Zusammenhange festgehalten, daß die notwendigen Krisenmaßnahmen bisher verzögert wurden, nicht weil der Sozialismus versagt hat, sondern, weil maßgebende bürgerliche Kreise auf die Schwäche der Arbeiterschaft spekulieren. Wie will man von einem Versagen des Sozialismus reden, wenn bisher nicht einmal die Zustimmung zu den bescheidenen Vorschlägen des Fürsorgeministers zu haben war, das Chaos auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, eine Neuregelung der Arbeitsvermittlung mit öffentlicher Kontrolle einzuführen? Wir müssen diesen Kreisen, von denen der Widerstand ausgeht, in Erinnerung bringen, daß die Krise längst nicht mehr das Arbeiterschicksal allein betrifft, sondern daß sie eine Frage von Sein und Nichtsein der ganzen menschlichen Gesellschaft geworden ist. Die Dollarmillionäre, die auf der Kapitalsflucht vor der stolzesten Währung der Welt über den Erdball reisen, sind ein Menetekel eine Warnung für die, die glauben, daß sie unbelehrbar bleiben können.

Wir sehen, daß der Bestand der ganzen menschlichen Zivilisation von der Wiedereingliederung der Arbeiter in den Produktionsprozeß abhängt. Unsere Universitäten, unsere Theater, unsere Schulen, unsere Spitäler, unsere Forschungs-, Pensions- und Sozialinstitute brauchen die Tragkraft eines breit dahinflutenden werktätigen Lebens. Im Kampf um die Budgetziffern zeigt sich das verzweifelte Ringen gegen den drohenden Kulturabsturz. Kultur kann ohne die Basis einer lebenskräftigen Wirtschaft nicht gedeihen. Deshalb ist es an der Zeit, den Interessenten an dem Kulturaufwand des Staates zuzurufen, daß sie ihrer eigenen Sache nicht durch Verärgerung dienen, sondern daß sie in ihrem eigenen Interesse Hand anlegen müssen an eine wirtschaftliche Reorganisation und soziale Erneuerung der Gesellschaft. Hunderttausende stehen im Krisensturm, ausgestoßen aus der Werk- und Kulturgemeinschaft des Volkes. Kann es heute noch ausschließlich Aufgabe der Technik sein, weiter Menschen arbeitslos zu machen? Hat nicht auch die Wissenschaft die Pflicht mitzuhelfen, die Folgen der blinden einseitigen Rationalisierung zu überwinden? Seit dem großen Werk Rauchbergs über den nationalen Besitzstand in Böhmen haben die deutschen Hochschulen dieses Landes noch keinen nennenswerten Beitrag zur Aufhellung der sozialen und bevölkerungspolitischen Probleme beigesteuert. Ein unerträglicher Zustand in einer solchen Zeit schwerster Not und Bedrängnis der arbeitenden Volksmasse, daß, abgesehen von den wenigen rühmlichen Ausnahmen, die Stimme der Wissenschaft nur laut wird, wenn es sich um ihre materiellen Ansprüche an die verarmte Gesellschaft handelt. Dessen ungeachtet vertreten wir den Standpunkt, daß auch im kommenden Jahr heroische Anstrengungen gemacht werden müssen, den Kern unseres hochentwickelten Schulwesens unversehrt durch die schwere Zeit hinüber zu retten. Wir sind nicht zuletzt diese Rettung des Kerns unseres Schulwesens und unserer Schulorganisationen unserer jungen und jüngsten Generation schuldig,

die den heiteren Glanz ihrer Jugendjahre durch die Schatten einer sorgenvollen Gegenwart getrübt sieht.

Ein Überblick über den Problemkreis, den die Ziffern des Budgets umspannen, zeigt, daß auf sozialem, auf kulturellem und auf wirtschaftlichem Gebiete riesenhafte Aufgaben gestellt sind, die nur durch Zusammenfassung aller schöpferischen Kräfte in den Völkern des Landes bewältigt werden können. Ich will hier zum nationalen Probleme keine einzelnen Beschwerden der uns anvertrauten Menschen vorbringen, sondern ich will ein Bekenntnis zur historischen Mission der beiden Völker in diesem Staate ablegen. Die wirtschaftliche Bedrängnis hat Čechen und Deutsche zu einer unlösbaren Schicksalsgemeinschaft verbunden. Nun kommt es darauf an, daß die Erkenntnis dieser Schicksalsgemeinschaft zur tragenden Idee des Zusammenlebens der Völker in diesem Staate wird. Das deutsche Volk in der Čechoslovakei durchlebt nicht nur eine materielle, sondern auch eine seelische Krise. Erdgebunden wie kein zweites, sieht es sich vor die Aufgabe gestellt, im Rahmen dieses Staates sein Schicksal zu meistern. Über die Grenzen her dringen die Sirenenklänge eines gefühlsbetonten Nationalismus. Weise čechische Staatspolitik kann viel dazu beitragen, unter den deutschen Mitbürgern der Vernunft zum Siege über das Gefühl zu verhelfen. Verständigungspolitik, zu der wir uns bekennen, verlangt Einsicht auf beiden Seiten, verlangt Verzicht auf billige agitatorische Erfolge eines überheblichen krankhaften Nationalismus, verlangt, daß auch in den kleinen Entscheidungen des Tages der Grundsatz: "leben und leben lassen" respektiert wird. Der Kampf gegen die Nutznießer des Nationalitätenkampfes, gegen die böswilligen Brunnenvergiftungen der chauvinistischen Presse, gegen die kleinliche

Nadelstichpolitik der Behörden, kann im deutschen Lager nicht von uns allein geführt werden, darf aber auch auf tschechischer Seite nicht ausschließlich auf unsere Bruderpartei beschränkt bleiben. Alle Schichten, die an der nationalen Zusammenarbeit interessiert oder durch ihre religiös kosmopolitische Einstellung dazu verpflichtet sind, müssen sich offen zu ihr bekennen. Einmal muß auch, was das Verhältnis der Völker dieses Staates zu einander anbelangt, mit den Rekrimationen Schluß gemacht werden. Durch Rekrimationen wird niemand satt und es kann vor allem die junge Generation nicht davon leben, weil sie weder im guten noch im bösen an den politischen Entscheidungen, die vor dem Kriege gefallen sind, Anteil hat. In meritorischer Hinsicht habe ich, was die nationale Frage anbelangt, den freundlichen Worten des Herrn Außenministers Dr Beneš, die er den Deutschen im Budgetausschuß gewidmet hat, einen sachlichen Einwand entgegenzustellen. Der Herr Außenminister steht auf dem Standpunkt und hat es so formuliert, daß der Anteil der Deutschen an den öffentlichen Diensten eine Frage des Parteieinflusses, des Durchsetzens innerhalb der Regierungsgewalt, ist. Ich glaube, daß man diese ernste Frage nicht dem Zufall des politischen Kräftespiels überlassen kann. Es geht im wesentlichen nicht um eine Machtfrage, sondern um eine Rechtsfrage, und ich sage mehr: es geht um eine Frage der Staatsraison, die durch eine grundsätzliche Entscheidung gelöst werden muß. Genau so wie sich im Lager des tschechischen Volkes die Mehrheit dafür entschieden hat, daß es im Interesse des Staates liegt, die deutschen Parteien zur Mitarbeit in der Regierung heranzuziehen, so muß diese Erkenntnis des tschechischen Volkes erkämpft werden, daß auch der angemessene Anteil der Minderheitsnationen an der Administrative im Interesse des Staates und des tschechischen Volkes liegt. So kristallisiert sich heraus, daß eine dauernde Zusammenarbeit der Nationen dieses Staates auf dem Boden der vertraglichen Lösung angestrebt werden

muß. Die Forderung nach einer bestimmten Abgrenzung, nach einer gewissen Sicherung des Lebensbereiches der nationalen Minderheiten kann keine deutsche Partei aufgeben. Dabei vertreten wir nach der deutschen Öffentlichkeit hin die Auffassung, daß dieses Ziel nicht in vereisten Schützengräben nationaler Einheitsfronten am frühesten und leichtesten erreichbar wäre, sondern daß dieses Ziel erreicht werden muß durch das mutige Vorgehen, durch die beispielgebende Zusammenarbeit der verständigungsbereiten Gruppen beider Völker. Herr Henlein, der heute in unserem Gebiet die nationale Einheitsfront predigt, möge sich zuerst mit Herrn Stříbrný soweit verständigen, wie sich die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten bereits verständigt haben. Dann wird er vielleicht ein wenig Bescheidenheit gelernt haben, Bescheidenheit vor den großen geschichtlichen Aufgaben, die auf dem Boden dieses historischen Raumes zu lösen sind.

Abschließend will ich betonen, daß es bei der Annäherung der Deutschen und Tschechen nicht um die äußere, sondern um die gegenseitige innere Loyalität geht und um die Erringung eines solchen Maßes von Nächstenachtung, wie sie zwischen den deutschen, französischen und italienischen Bewohnern der Schweiz schon längst errungen ist. Jeder Fortschritt in der nationalen Frage ist bedingt durch den Grad des gegenseitigen Vertrauens. Wir rühmen uns dessen, daß wir im Kampfe gegen die moralische Gleichschaltung des deutschen Bürgertums mit Hitlerdeutschland verhindert haben, daß die Vertrauensbrücke zwischen Deutschen und Tschechen aufs neue zerbrochen wurde. In dem Kampf gegen die drohende europäische Katastrophe, in dem Ringen um neue Wirtschaftsgrundlagen, in der Abwehr der fascistischen Barberei, die über die Grenzen dieses Landes zu fluten droht, liegt die große

gemeinsame Aufgabe der besten Söhne des deutschen und tschechischen Volkes. Zu dieser Aufgabe bekennen wir uns, indem wir diesem Voranschlag zustimmen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für eine weitere staatspolitische Zusammenarbeit der tschechischen und deutschen Arbeiterklasse, dienen wir den Interessen unserer arbeitenden Menschen, dienen wir aber auch den Interessen des europäischen Sozialismus. (Applaus.)

Rede vom 24. April 1934 zur Immunitätsangelegenheit Stern vs. Jaksch

Hohes Haus! (Ausrufe der kommunistischen Abgeordneten.) Der kommunistische Abgeordnete Stern hat beim Immunitätsausschuß ein disziplinäres Einschreiten gegen mich gefordert, mit der Begründung, daß ich ihn im Plenum anläßlich einer scharfen Auseinandersetzung über die österreichischen Ereignisse in beleidigender Form attackiert hätte. In der betreffenden Sitzung des Immunitätsausschusses war er wieder krampfhaft um den Nachweis bemüht, daß unser Zusammenstoß im Plenum eigentlich harmlos und daß insbesondere jene Zeitungsmeldung unrichtig war, wonach ich dem Herrn Stern ins Gesicht gespuckt habe. Der Immunitätsausschuß hatte jedoch für die wechselnden politischen Bedürfnisse des Herrn Stern kein Verständnis und hielt sich an die schriftliche Eingabe des Anklägers, worin er die sozialdemokratische Darstellung des inkriminierten Vorfalles mit keinem Worte bestritt. Der Immunitätsausschuß beantragte dem Hause, mir eine Rüge zu erteilen.

Ich zögere nicht, dem Hohen Hause gegenüber mein Bedauern auszusprechen, daß mein Vorgehen gegen Herrn Stern die Grenzen der parlamentarischen

Sitten überschritten hat (Abg. Stern: Hört! Hört!), wenn auch bei weitem nicht in jenem Ausmaße der groben Ugehörigkeit, welche die kommunistischen Abgeordneten fast in jeder Sitzung an den Tag legen. (Zustimmung.) Dieses kommunistische Monopol auf die ständige ungestrafte Beleidigung anders gesinnter Parlamentskollegen habe ich in der Tat durchbrochen, und ich bitte das hohe Haus, mir noch eine kurze politische Begründung meines Vorgehens zu gestatten.

Ich berufe mich auf die Zeugenschaft des ganzen Hauses (Ausrufe.), daß die kommunistische Fraktion in der Plenarsitzung vom 16. Feber die würdigen und in keiner Weise aggressiven Trauerkundgebungen der sozialistischen Parteien für die proletarischen Opfer des österreichischen Bürgerkrieges in geradezu schändlicher Weise gestört hat. (Zustimmung. - Lärm.) Sie gönnte den toten Schutzbundhelden (Lärm. – Stellv. Vorsitzender Zierhut läutet.) nicht einmal einige Minuten ehrenden Gedenkens (Lärm und Ausrufe.), während die anwesenden Mitglieder der bürgerlichen Parteien trotz ihrer anderen Einstellung vornehme Zurückhaltung bewahrten. (Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Zierhut (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Die Empörung darüber kam bei allen anwesenden Mitgliedern der sozialistischen Fraktionen in elementarer Weise zum Ausbruch, und ich gehörte zu einer Gruppe von Abgeordneten, welche die kommunistischen Zwischenrufer erregt zur Rede stellte. Nicht nur ich habe es als eine Schändung der toten Schutzbündler empfunden, daß sich Leute zu gehässigen Richtern (Lärm.) über einen der größten Heldenkämpfe der

proletarischen Geschichte aufwerfen, die sich bisher nur als Strategen der Niederlage bewährt haben. (Lärm dauert an. - Ausrufe.)

Stellv. Vorsitzender Zierhut (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Dieses kommunistische Geschrei über die Politik und den Verlauf des bewaffneten Aufstandes der herrlichen Sozialdemokratie Österreichs sollte wohl die peinliche Tatsache verdecken, daß man von den Führern der kommunistischen Partei Österreichs während der Feberkämpfe überhaupt nichts gehört hat, daß ihnen kein einziger Polizeibericht die Ehre erwies, ihr harmloses Dasein auch nur zu erwähnen. (Ausrufe.) Es war eine verdiente Rücksichtnahme, daß die Regierung Dollfuss die kommunistische Partei-Buchhandlung in Wien noch wochenlang ungestört bestehen ließ, nachdem jeder sozialdemokratische Kinderverein schon längst aufgelöst und enteignet war. Umso mehr mußte diese Haltung der Kommunisten die tiefste Erregung jedes anständigen Menschen auslösen, als das Verhalten der hiesigen kommunistischen Führer, von dem feigen Benehmen Šmerals bei der Besetzung des Prager "Lidový dům" angefangen bis in die jüngste Zeit, in krassestem Gegensatz zu der heroischen Aufopferung tausender Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft steht. Jener Viktor Stern, der sich kompromißlos für den Heldentod der anderen erklärt, wird durch den Führer des österreichischen Aufstandes Julius Deutsch in dessen Buch "Aus Österreichs Revolution" als jämmerlicher Auskneifer charakterisiert. Julius Deutsch schildert dort den Verlauf einer Sitzung der Vertrauensleute der seinerzeitigen geheimen Militärorganisation der österreichischen Sozialdemokratie, die in der Nacht vom 2. auf den 3. November 1918 stattfand

und wo über die Werbung in den Kasernen beraten wurde, wie folgt: (Lärm. – Ausrufe kommunistischer Abgeordneter.)

Stellv. Vorsitzender Zierhut (läutet): Ich bitte um Ruhe. (Ausrufe kommunistischer Abgeordneter.)

Abg. Jaksch (fährt fort): Gerade die Kollegen von der kommunistischen Fraktion sollten diesem Passus eininige Aufmerksamkeit widmen. (Ausrufe.)

Deutsch schreibt über Viktor Stern Folgendes (liest): "Bei der nun folgenden mit Namensruf vorgenommenen Einteilung der Werber für die Kasernen ergab sich ein Zwischenfall. Alle Anwesenden nahmen die Einladung an, bis auf zwei Reserveoffiziere. Sie schützten vor, prinzipielle Antimilitaristen zu sein, die deshalb bei der Aufstellung eines neuen Heeres nicht mittun könnten. Der eine der bisher den Mehrheitssozialisten nahestand, redete aber auch davon, daß er dem bürgerlichen Klassenstaat nicht dienen wolle, und ließ erkennen, daß er mit einem Male völlig radikal geworden sei. Gerade bei ihm kam es uns aber so vor, als ob seine plötzlichen prinzipiellen Bedenken mehr oder weniger einer uneingestanden persönlichen Angst vor den Folgen unseres Tuns entsprangen.

Einige Tage später kam der weniger Kompromittierte von den Beiden wieder zu mir und bat nachträglich um Aufnahme, weil er sich seiner Haltung in jener Nacht schäme. Der frühere Mehrheitssozialist verließ hingegen alsbald Wien.

Ich hörte erst wieder von - ihm, als ich seinen Namen Viktor Stern unter den - wie denn sonst - ultralinken Agitatoren der deutschen Arbeiter des Ruhrreviers nennen hörte."

Soweit Dr. Deutsch über Viktor Stern.

Nach dieser Kennzeichnung bitte ich das hohe Haus um ein menschliches Verständnis dafür, daß ich dem Verhalten des Herrn Stern in jener Sitzung einen Grad der Verachtung entgegenbrachte, der mit Worten nicht auszudrücken war. Gegen solche Leute, welche die Partei eines Koloman Wallisch revolutionäre Entschlossenheit lehren wollen, während sie selbst der Weltrevolution nur mit billigen Phrasen dienen, ist nach dem Urteil der breitesten Arbeiteröffentlichkeit kein Ausdruck der Verachtung zu stark. Deshalb lehne ich es ab, heute mit den Herrn Viktor Stern über die Einzelheiten des kritischen Vorfalles zu streiten und dadurch den politischen Hintergrund zu verwischen. Gegen einen Viktor Stern brauche ich keine Zeugen. Mir genügt das Bewußtsein einer vollbrachten moralischen Züchtigung. Deshalb nehme ich die vom Immunitätsausschuß beantragte Rüge in Kauf, weil jeder ehrenhafte Arbeiter nicht mich, sondern das Verhalten der Kommunisten in der Plenarsitzung vom 16. Feber verurteilt. (Applaus.)

Rede vom 14. Juni 1934 zum Gesetz vom 15. November 1933, mit dem sich das Gesetz über die außerordentliche Weisungsbefugnis ändert

Hohes Haus! Die zur Beratung stehende Vorlage, betreffend die Verlängerung und Erweiterung des Ermächtigungsgesetzes, hat ihren Ursprung in der außerordentlich schwierigen Situation dieses Staates und seiner Bevölkerung. Sie soll der Regierung die Möglichkeit geben, wichtige Wirtschafts- und finanzpolitische Vorkehrungen, die sich im Zusammenhang mit der Krisenbekämpfung als nötig erweisen, ohne Verzug zu treffen. In der Überzeugung, daß die Abwehr von wirtschaftlichen und politischen Katastrophen im höchsten Interesse der deutschen arbeitenden Bevölkerung dieses Landes liegt, ja nicht nur im Interesse unserer arbeitenden Bevölkerung, sondern im Interesse der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa, stellen wir schwerwiegende formale Bedenken zurück und nehmen zu dieser Vorlage einen positiven Standpunkt ein. (Ausrufe der Abgeordneten Hadek, Babel, Heeger, Katz und Kirpal.)

Bei dieser Haltung lassen wir uns auch nicht durch die wortreiche Kritik der Kommunisten wankend machen. Seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Sowjetrußland . . . (Ausrufe. – Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Roudnický (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): . . . seit der Schaffung eines engen Freundschaftsverhältnisses zwischen der Čechoslovakei und der Sowjetunion müßten die Kommunisten selbst ein Interesse daran haben, daß dieser neue wertvolle Bundesgenosse Sowjetrußlands durch keine inneren Erschütterungen

geschwächt wird. Der Schutz der demokratischen Stabilität dieses Staates bedeutet auch eine Stärkung der Verteidigungsfront der Sowjetunion und ich begrüße es mit Genugtuung, daß die kommunistischen Redner es diesmal wohlweislich unterlassen haben, das Ermächtigungsgesetz als ein Mittel zur Vorbereitung des imperialistischen Feldzugs gegen die Sowjetunion hinzustellen. (Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Roudnický (läutet): Ich verlange, dass der Redner nicht gestört wird.

Abg. Jaksch (fährt fort): Wir können die Kommunisten auch beim besten Willen nicht ernst nehmen, wenn sie sich auf dieser Tribüne heute als Verteidiger der sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft aufspielen. Jahrelang haben die Kommunisten den Arbeitern erzählt, daß die sozialpolitischen Gesetze ein sozialfaszistischer Schwindel seien. Auf einmal haben sie die revolutionäre Bedeutung der Sozialpolitik entdeckt. Nur gestatten wir uns anzumerken, daß die Arbeiter dieses Staates, wenn es auf die kommunistische Partei ankäme, überhaupt keine Alters- und Invalidenversicherung hätten. (Ausrufe der Abg. Hadek, Katz und Dietl. – Stellv. Vorsitzender Roudnický läutet.)

Zur Sache selbst. Was die Handhabung der Vollmachten anbetrifft, welche mit diesem Gesetz der Regierung erteilt wird, haben wir sehr wesentliche und sehr dringliche Wünsche vorzubringen. Wir fühlen uns hier in diesem Hause und auf dieser Tribüne als die Dolmetscher des grenzenlosen Notstandes, der in unseren deutschen Industrie- und Grenzgebieten herrscht. Ich muß darauf

hinweisen, daß die Verhältnisse noch immer besorgniserregend sind. Die industrielle Erleichterung, welche durch die Deflationspolitik geschaffen wurde, ist unzureichend und hat eine wesentliche soziale Entspannung nicht gebracht. Wir stehen noch immer vor einer stabilen Massenarbeitslosigkeit . . . (Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Roudnický (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): . . . vor einer Dauerarbeitslosigkeit, welche die Menschen schon durch 3, 4 und 5 Jahre heimsucht. Wir stehen aber auch vor einer Erschöpfung der Hilfsquellen und vor einer wachsenden Verelendung der betroffenen Menschen. Mit den Mitteln der sozialen Fürsorge ist dem Notstandsproblem in unseren Industriegebieten auf die Dauer nicht mehr beizukommen. Not tun tiefgreifende soziale Krisenlösungen, wie sie der ehemalige Fürsorgeminister Dr. Czech in seinen Exposés vor den Budgetausschüssen der Nationalversammlung Jahr für Jahr entrollt hat und wie er sie immer als dringlichste Aufgabe vor Parlament und Bevölkerung hinstellte.

Wir kommen aus dieser Massenarbeitslosigkeit nicht heraus ohne endliche Durchführung der Fünftagewoche, ohne eine planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes, ohne eine durchgreifende Reorganisation der Industrie. Diese Reorganisation kann nur ihren Zweck erfüllen, wenn sie verbunden ist mit der Statuierung eines erhöhten Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten in der Produktion. Wir sehen in den letzten Jahren Hunderte von Betrieben zugrundegehen. Ich wage aber zu behaupten, daß nur ein Teil zugrunde gegangen ist infolge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, daß aber ein großer Teil von Betrieben zugrunde gerichtet wurde durch die

Unfähigkeit ihrer Leitung, durch das Unvermögen der Unternehmer, sich den neuen Nachkriegsverhältnissen anzupassen.

Man spricht immer von einer Überalterung in der Politik, von einer Überalterung in den Parlamenten. Wir müssen aber einmal das Scheinwerferlicht der Kritik auf die Überalterung unserer Wirtschaftsführung sowohl in den Personen als auch in den Methoden, auf die Überalterungserscheinungen in der Industrie und im Handel hinweisen, welche es bewirken, daß wichtige volkswirtschaftliche Funktionen in ungeeigneten Händen liegen, während daneben ungenützte Intelligenzen haufenweise verfaulen. Der Staat muß ein erweitertes Zugriffsrecht bekommen auf die Konzentrations- und Stillegungspolitik der Industrie. Ich erkläre hier, daß die Bestimmungen der letzten Stillegungsverordnung nicht ausreichen, daß sie auch erweitert werden müssen auf die Möglichkeit einer Sequestration und einer Zwangssyndizierung mutwillig vernichteter Fabriken und Industrieunternehmungen. Wir wünschen auch, daß die Vollmachten dieses Ermächtigungsgesetzes von der Regierung ausgenützt werden zu einer besseren Organisation unseres Exportes. Europa stöhnt heute unter der japanischen Konkurrenz. Die japanische Konkurrenz schöpft ihre Durchschlagskraft jedoch nicht allein aus den Hungerlöhnen der japanischen Arbeiter, sondern auch aus der besseren Organisation des japanischen Exportes. Wir müssen diesem Organisationsvorsprung ebenfalls ein System zielbewußter Exportförderung und Exportorganisation entgegenstellen, schon darum, um zu verhindern, daß die gegebenen beschränkten Ausfuhrmöglichkeiten zerstört werden durch die Schleuderkonkurrenz innerhalb der einzelnen Inlandsfirmen.

Zusammenfassend möchte ich also zu diesem Kapitel sagen, daß wir eine Geltendmachung der hier erteilten Regierungsvollmachten fordern in der Richtung einer Ausgestaltung der Wirtschaftsdemokratie, der Aufstellung und Durchführung eines großzügigen Industrieplanes, welcher unsere industrielle Kapazität vor einem weiteren Verfall schützt.

Die neue Fassung des Ermächtigungsgesetzes schließt auch erweiterte Regierungsvollmachten in Bezug auf die Kreditfragen ein. Hier hat die Regierung noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Was die Kreditbeschaffung anlangt, befinden wir uns derzeit auf dem toten Punkt der Krisenbekämpfung. Unsere Bautätigkeit liegt brach, weil die Kredite für die Baubelebung nicht zu erhalten sind. Wir haben zahllose Fälle, wo mit Mühe und Not öffentliche Subventionen für Straßenbauten und sonstige Nostandsarbeiten herausgeholt wurden, wo aber diese Arbeiten nicht in Angriff genommen werden können, weil es ausgeschlossen ist, ein Durchführungsdarlehen für die betreffende Gemeinde oder für den betreffenden Bezirk aufzutreiben. Die Erwartungen, welche von den Selbstverwaltungskörpern in die Arbeitsanleihe geknüpft wurden, sind ebenfalls nur zum geringen Teile in Erfüllung gegangen und so stehen wir vor dem Faktum, daß die produktive Arbeitslosenfürsorge an dem ungelösten Kreditproblem zu scheitern droht. Deshalb ist die Ergreifung beschleunigter Maßnahmen zur Gesundung der autonomen Finanzen unerläßlich.

Im gleichen Zusammenhang wird das Problem der landwirtschaftlichen Umschuldung zu lösen sein, wobei wir heute schon kategorisch erklären, daß die damit zusammenhängenden Hilfsmaßnahmen auch den Häuslern und den arbeitslosen Kleinhausbesitzern zustatten kommen müssen. Im gleichen Zusammenhang ergibt sich auch die Notwendigkeit der Sicherstellung und Bereitstellung von ausreichenden Industriekrediten, damit es nicht mehr vorkommt, daß Auslandsaufträge aus Mangel an flüssigem Betriebskapital nicht angenommen werden können. Wir möchten also bei dieser Gelegenheit mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Aufgabe einer inneren Wirtschaftsankurbelung noch zu lösen ist, daß alle zweckdienlichen Mittel zu ergreifen sind, um eine Belebung des Binnenmarktes herbeizuführen und um zusätzliche Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Gerade durch die Entwicklung der letzten Wochen sind wir vor eine neue Gefahr gestellt worden. Durch die anhaltende Dürre, welche die Ernte in weiten Landstrichen gefährdet, ist zu befürchten, daß wir schon in den nächsten Monaten zur bisherigen Wirtschaftsnot auch noch eine ausgesprochene Hungersnot hinzubekommen. Die Folgen der Dürre zeigen sich schon allenthalben im Lande. Es wird bereits aus verschiedenen Gegenden Futtermittelmangel gemeldet. Wir haben heute von unseren kleinbäuerlichen Vertrauensmännern den Bericht erhalten, daß im Saazer Lande Angst- und Panikverkäufe von Vieh stattfinden, wobei das Stück Rind um den Schleuderpreis von 160 bis 400 Kč losgeschlagen werden muß. Wie die Dinge liegen, ist in diesem Jahre leider mit einer Mißernte zu rechnen und diese Mißernte bringt die Gefahr einer Verteuerung der Nahrungsmittel und des Mangels an Saatgut und an Futtermitteln mit sich. Es besteht weiter die Gefahr,

daß zu dem Heer der hungernden Arbeitslosen noch das Heer vernichteter kleinbäuerlicher Existenzen stößt. Der im Zusammenhang mit der Krisenbekämpfung aufgestellte landwirtschaftliche Monopolplan des Ministers Dr. Hodža hat infolge dieser Dürre, dieser Gefahr einer Mißernte ganz andere Voraussetzungen erhalten. Es geht jetzt um die Erntesicherung in umgekehrtem Sinne, nämlich darum, daß die Massen der Bevölkerung die notwendigen Landesprodukte zu erschwinglichen Preisen erhalten. Wir stehen positiv zu den landwirtschaftlichen Krisenmaßnahmen, wir sind bereit, auch in eine Diskussion über die vorgelegten Pläne des Landwirtschaftsministers Dr. Hodža einzugehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die zentrale Bewirtschaftung der Lebens- und Futtermittel unter sozialen Gesichtspunkten erfolgt. Dazu ist vor allem notwendig die Sicherstellung des Nahrungsbedarfes für die Krisenopfer, zweitens die Sicherung des kleinbäuerlichen Futtermittelbedarfes, drittens die unentgeltliche Beistellung von Saatgut für die am schwersten getroffenen Notstandsgebiete und viertens die Abwehr einer spekulativen Verteuerung.

Wenn sich herausstellen sollte, daß unsere Inlandsvorräte nicht ausreichen - und das dürfte leider der Fall sein - um die Folgen dieser Mißernte auszugleichen, dann ist es selbstverständlich, daß auch Einfuhrerleichterungen geschaffen werden müssen, sowohl zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, als auch zur Sicherstellung des kleinbäuerlichen Futtermittelbedarfes. In diesem Zusammenhange muß gesagt werden, daß wohl die Landwirte einen vollen und begründeten Anspruch auf einen angemessenen Arbeitslohn besitzen, daß wir diesen Anspruch anerkennen, daß wir bereit sind, ihn zu erfüllen, Voraussetzung aber ist das Vorhandensein einer

entsprechenden Kaufkraft der Bevölkerung und es kann daher das landwirtschaftliche Preisproblem von dem Kaufkraftproblem der industriellen Bevölkerung nicht losgelöst werden. Was diese Fragen anlangt, sind wir zu einem engeren Zusammenarbeiten mit den bäuerlichen Parteien bereit.

Es hat hier in der Debatte der Herr Koll. Böhm einige Forderungen vorgetragen. Er hat ebenfalls auf die Folgen der Dürre, auf die drohende Mißernte hingewiesen und hat daraus eine Reihe von Forderungen abgeleitet. Ich begrüße es mit Genugtuung, daß Herr Koll. Böhm die Behebung der Wirtschaftsnot und die Linderung der Agrarkrise nicht ausschließlich von der Einführung einer ständischen Ordnung abhängig gemacht hat, wie es draußen in den Versammlungen unserer deutschen Agrarpartei leider geschieht. Koll. Böhm hat die entstandenen Probleme der Jugend aufgerollt, er hat nach Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend, nach Inangriffnahme der inneren Kolonisation gerufen. Wir quittieren das mit Anerkennung, betonen aber, daß es sich hier notwendig um eine Frage der sozialen Einstellung und um eine Frage der demokratischen Bereitschaft handelt. Wir bekennen uns zur Pflicht der Demokratie, der Jugend zu helfen, wir betonen aber auch die Pflicht der demokratischen Regierungsparteien, die Jugend zu warnen vor den Sirenenklängen, die aus der faschistischen Nachbarschaft zu uns herüber dringen und die das Denken eines Großteils unserer Jugend bereits vergiftet haben. Es wäre nur zu wünschen, daß sich gerade die deutsche Agrarpartei endlich doch aufrafft, einen klaren Trennungsstrich zwischen ihren demokratischen und ihren faschistischen Elementen zu ziehen. Wir sind bereit, über die berechtigten bäuerlichen Forderungen zu verhandeln, es muß aber auch von Seite der

Bauernparteien ein klarer Standpunkt bezogen werden zu den sozialen Arbeiterforderungen, die man uns bisher allein vertreten ließ.

Wirtschaftliche Lösungen im demokratischen Sinne können nur getroffen werden auf der Basis eines gegenseitigen Verständnisses und auf der Basis gegenseitigen Willens zur Zusammenarbeit. Ich richte nun bei dieser Gelegenheit an die Sprecher des Landstandes die offene Frage: Wollen sie demokratische Krisenlösungen durch eine Zusammenarbeit der Arbeiter und Bauern, oder wollen sie mitmachen die antimarxistische Einkreisungspolitik eines Henlein und die ständisch-faschistische Abenteuerpolitik der Heimatfront? In diesem Punkte tut eine Klarstellung not. Die ernste Situation, in der wir uns befinden, erfordert ein offenes Bekenntnis zur Demokratie. Die Krise der Diktaturen, die sich rings um uns abspielt, bezeugt es, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wunder kann niemand wirken. Das hat am besten das Ergebnis der einjährigen Wirtschaftspolitik des Herrn Hitler und das Ergebnis der zehnjährigen Diktatur des Herrn Mussolini bewiesen. Die Krise ist nur zu bannen durch ehrliche mühevollen Aufbauarbeit und dafür halten wir die Demokratie als den geeignetsten Boden.

Wir wünschen, daß dieses Ermächtigungsgesetz angewendet wird zum Schutze und zur Erhaltung der Demokratie. Wir betonen aber, daß nur eine antikapitalistisch orientierte Demokratie jene Aufgaben erfüllen kann, die uns die Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems gestellt hat.

Es hat hier in der Debatte auch als Vertreter der tschechischen Gewerbspartei Koll. Najman gesprochen. Herr Abg. Najman hat sich seine Argumentation sehr leicht gemacht, indem er einfach in Bausch und Bogen die Sozialdemokraten verantwortlich machte für die Wirtschaftsnot, für den Fall der Demokratie in Österreich und in Deutschland. Ich muß schon sagen, daß mir diese Argumentation doch etwas zu primitiv vorkommt. Der demokratische Wille der Arbeiterschaft kann es allein nicht schaffen, wenn nicht dieser demokratische Wille der Arbeiterschaft die ehrliche demokratische Partnerschaft der bäuerlichen und mittelständischen Schichten vorfindet.

Und ich möchte hier an den Sprecher der tschechischen Gewerbspartei die Frage richten: Was hat der Mittelstand dadurch gewonnen, daß er in Deutschland und in Österreich mitgeholfen hat, die Demokratie zu vernichten? Geht es dem Gewerbetreibenden und kleinen Geschäftsleuten etwa unter Hitler besser? Wenn man die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland von jetzt und einst vergleicht, so muß man sagen, daß das Deutschland Hermann Müllers ein wirtschaftliches Paradies gegen die wirtschaftliche Hölle des Hitlerreiches gewesen ist. Das sollten doch unsere mittelständischen Kreise beobachten und zur Kenntnis nehmen und sie sollten sich fragen, ob sie an einer Balkanisierung des Landes interessiert sind, wie sie sich heute in Österreich abspielt und Handel und Wandel lahmlegt. Wenn der Boden der Demokratie einmal verlassen ist, dann beginnt die Konjunktur der Abenteurer. Die Verfassungen sind bald gebrochen, aber die Konsequenzen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur, die sind schwer zu tragen.

Diejenigen, die hier sozusagen als Anwälte der unverfälschten Demokratie gesprochen haben, die Vertreter der kommunistischen Partei, die mögen zur Kenntnis nehmen, daß sie nur als die Parasiten der Demokratie existieren können. Nur uns habt ihr es zu verdanken, daß es noch eine parlamentarische Tribüne gibt! Ihr hättet den Faschismus nicht aufgehalten und werdet ihn nicht aufhalten, wenn nicht die Demokratie durch unsere besonnene Politik gesichert wird.

Um zu den Ausführungen des Koll. Najman zurückzukehren: Wir könnten auch in der Čechoslovakei in der Krisenbekämpfung schon viel weiter sein, wenn unsere Mittelschichten, unsere Kleingewerbetreibenden und Geschäftsleute soviel Verständnis und Fortschrittsgeist hätten wie ein Präsident Roosevelt und ein General Johnson in Amerika. Hier läuft man Sturm gegen die Sozialpolitik und das wirtschaftlich fortgeschrittenste Reich der Welt muß sich heute den europäischen Erfahrungen anpassen, muß zu großzügigen sozialen Lösungen Zuflucht nehmen, weil sonst die menschliche Gesellschaft zugrunde geht, wenn keine Sicherungsmaßnahmen gegen die sozialen und wirtschaftlichen Zersetzungserscheinungen getroffen werden, die im Gefolge der Krise auftreten. Es müssen einmal auch die Herren im bürgerlichen Lager zur Kenntnis nehmen, daß die Krise mit rein kapitalistischen Methoden nicht mehr zu überwinden ist. Die Entscheidung steht heute zwischen kapitalistischer Katastrophe und sozialer Erneuerung der Wirtschaft und Gesellschaft.

Unsere Zustimmung zu diesem Ermächtigungsgesetz besagt, daß wir Staat und Wirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse vor Katastrophen bewahren wollen. Unsere Zustimmung besagt, daß wir alle Möglichkeiten ausschöpfen wollen,

um diese Republik als Boden der friedlichen Arbeit des sozialen und kulturellen Aufstiegs der arbeitenden Massen zu erhalten und zu sichern. (Applaus.)

Rede vom 11. April 1935 über das Gesetz, mit dem sich das Gesetz über die Unterhaltung öffentlicher Bürgerschulen, ihren Besuch und ihre Verwaltung ändert und ergänzt wird

Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzentwurf findet unsere ungeteilte Zustimmung. Das Abgeordnetenhaus stellt sich selbst ein Ehrenzeugnis aus, wenn es als Schlußstein dieser Legislaturperiode eine kulturelle Tat von so großer Bedeutung setzt. Das Gesetz wird, sobald es in Geltung tritt, einen wichtigen Sektor unseres öffentlichen Schulwesens auf breitere und gesichertere Grundlage stellen. Wenn künftig je ein Drittel des Sachaufwandes im Bürgerschulwesen Bezirk und Land übernehmen, so bedeutet das eine eminente Entlastung jener Gemeinden, die bisher unter heroischen Opfern allein für die Aufrechterhaltung der Bürgerschulen sorgten. Die Konstruktion der Vorlage - und darauf hat auch schon der Berichterstatter Koll. V. Beneš hingewiesen - bedeutet aber auch einen wichtigen Durchbruch zur prinzipiellen Gleichstellung des niederen und höheren Schulwesens innerhalb unserer gesamten Schulorganisation. Wenn das Land die Bereitschaft ausspricht, einen Teil des Sachaufwandes der Bürgerschulen mitzutragen, so unterstützt es damit einen Schultyp, der für die große Mehrheit unseres Nachwuchses die höchste erreichbare Bildungsstufe darstellt. Indem die Vorlage die Begünstigungen auch auf neu zu errichtende Bürgerschulen ausdehnt, bedeutet sie eine Hoffnung für jene Gemeinden und Distrikte, die sich bisher ergebnislos um eine Bürgerschule bemüht haben, bedeutet sie also ein Stück kultureller Demokratie. In unseren verarmten Rand- und Gebirgsgegenden gewinnt die Bürgerschulbildung

steigende Bedeutung. Im Zeichen der Krise wird für die Kinder des Volkes der Besuch von Mittel- und Hochschulen immer schwieriger; soweit sie diesen dornenvollen Leidensweg beschreiten, führt er zumeist in die Aussichtslosigkeit eines arbeitslosen Intellektuellendaseins. Dagegen bewährt sich die Bürgerschulbildung ausgezeichnet als Waffe für den allgemeinen Existenzkampf und sie wird heute bei jeder öffentlichen, aber auch bei jeder halbwegs annehmbaren Privatanstellung als Voraussetzung bei den Bewerbern verlangt. Darum bedeutet die Sicherung und Erweiterung unseres Bürgerschulwesens eine wichtige Aufgabe unserer Schulorganisation. Es wäre daher sehr zu bedauern, wenn die definitive Verabschiedung der Vorlage durch den Senat der nächsten Legislaturperiode vorbehalten bliebe.

Wir benützen diese Gelegenheit, um die Dringlichkeit einer Lösung mit allem Nachdruck zu unterstreichen. Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß eine kurze Resolution, die dem Berichte des Kulturausschusses beigeschlossen ist, von großer Bedeutung ist für unser kulturelles und soziales Leben. Diese kurze Resolution bezieht sich auf die Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht um ein weiteres Jahr. Man wird diese Fragen im Rahmen eines gemeinsamen sozialkulturellen Aufbauprogrammes lösen müssen, welches den kommenden gesetzgebenden Körperschaften zur Bearbeitung und Durchführung vorbehalten bleibt.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir auch erlauben, einige allgemein nationalpolitische und kulturellpolitische Erwägungen anzustellen. Dieses Gestz ist ein Produkt der demokratischen Zusammenarbeit deutscher und tschechischer Parteien. Es legt Zeugnis ab von den kulturschöpferischen Fähigkeiten dieser

Zusammenarbeit. Das zu betonen erscheint umso notwendiger, als es zur Gewohnheit geworden ist, die negativen Seiten der deutschen Mitarbeit grell zu beleuchten, ihre positiven Leistungen aber totzuschweigen. Wir stehen nicht an, in aller Offenheit hier zu sagen, daß die deutsche Bevölkerung dieses Staates in nationalkulturellen Fragen noch viele unerfüllte Wünsche hat, die auch wir als Sozialdemokraten als berechtigt anerkennen.

Auf dem Gebiete des Minderheitenschulwesens konnten bisher nicht alle kränkenden Einseitigkeiten überwunden werden, und ich möchte gleich hier dem Koll. Špaček antworten, daß wir damit sehr zufrieden wären, wenn das Minderheitenschulgesetz gleichmäßig auf deutsche und tschechische Kinder angewendet würde. Auch bei den Restriktionen von Mittelschulen, die im vergangenen Jahre durchgeführt wurden, fühlte sich eine Reihe deutscher Städte nicht ohne Grund zurückgesetzt. Demgegenüber steht aber die respektheischende Tatsache, daß die nationale Zusammenarbeit im Staate, in den Ländern und bis hinab zu den Gemeinden es vermocht hat, in fünfjähriger beispielloser Krise den ganzen Sektor unseres öffentlichen Bildungswesens fast unversehrt zu erhalten, ja, wir können mit Freude konstatieren, daß auf dem Gebiete des Volks- und Bürgerschulwesens trotz der Krise erhebliche Fortschritte erzielt werden konnten. Diese Leistung allein reiht die Tschechoslowakische Republik in die schulfreundlichen, in die kulturell fortschrittlichen Staaten Europas ein. Es ist unser Stolz, an diesem Verdienst einen bescheidenen Anteil zu haben.

Dieses Bekenntnis zu dieser geleisteten Arbeit legen wir in einem Augenblick ab, wo ihre Bewertung im Mittelpunkte einer leidenschaftlichen Diskussion

innerhalb des deutschen Lagers steht. Wir legen dieses Bekenntnis ab gerade angesichts der Fahnenflucht einer Reihe von Repräsentanten der deutschbürgerlichen Politik aus dem aktivistischen Lager. Für uns ist die nationale Friedensarbeit keine Konjunktursache, für uns bedeutet sie die Erfüllung einer historischen Mission, die der deutschen Arbeiterklasse auf dem Boden dieses Staates gestellt ist. (Hervorragend! - Applaus.) Es ist große, aber billige Mode geworden, den sozialistischen Arbeitern ihre internationale Gesinnung vorzuwerfen. Wenn aber dieser Vorwurf aus Zeitungsspalten erklingt, oder wenn er von Leuten erhoben wird, die die Verbrüderung deutscher und tschechischer Industrieller mit Lobeshymnen begrüßen, dann kann er beim besten Willen nicht ernst genommen werden. Was den Herrn Preis und Liebig erlaubt ist, das kann auch für die deutschen und tschechischen Arbeiter nicht verboten sein. (Sehr gut! - Ausgezeichnet!) Weder die deutschen noch die tschechischen Unternehmer haben ein Recht, sich als Vorbild politischer Klugheit und Konsequenz aufzuspielen.

Wir haben von dieser Tribüne aus die Wortführer der deutschen Industrie schon in nationalen aber auch in aktivistischen Tönen vernommen. Herr Koll. Rosche ist vor wenigen Jahren von der deutschen Nationalpartei gekommen, um innerhalb der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft Vorkämpfer übernationaler wirtschaftlicher Frontbildungen zu sein. Damals ist er aus der Front des Nationalismus ausgebrochen, weil er die Fruchtlosigkeit einer rein negativistischen Politik erkannte. Heute kehrt er reumütig in diese Front zurück und ist in den Schoß der Volksgemeinschaft wieder heimgekehrt. "Einmal raus aus den Kartoffeln, einmal rein in die Kartoffeln," das ist die Parole unseres deutschen Bürgertums und die arbeitende Bevölkerung kann diese Zick-Zack-

Politik ohne Ziel, ohne Grundsätze, nur nach den Stimmungen des Augenblickes, nicht mitmachen. Die bürgerliche Sammelpolitik, die wir im deutschen Lager durchleben, ist mit einer Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften verbunden und diese Aufpeitschung wird mit den unbefriedigenden Ergebnissen der nationalen Zusammenarbeit innerhalb dieser Regierungskoalition begründet. Wer dieser Meinung ist, der muß aber den Kampf gegen die Schuldigen führen, der muß uns helfen, die Hindernisse wegzuräumen, die größeren Ergebnissen im Wege sind. Da läßt allerdings das kritische Vermögen unserer nationalen Gegner sehr zu wünschen übrig. Sie weigern sich, zur Kenntnis zu nehmen, daß die nationale Zusammenarbeit in der Čechoslovakei ihre schwerste Belastungsprobe durchgemacht hat, als es Hitler und Göring gelungen ist, Europa in einen nationalistischen Fieberzustand zu versetzen. Gemessen an der Tragödie des deutschen Volkes und der furchtbaren Zerissenheit Europas kann sich die staatspolitische Leistung dieser Koalition sehen lassen. Deutsche und Čechen haben sich in den vergangenen Jahren auf dem Boden dieser Republik besser vertragen, als sich die Deutschen untereinander in Deutschland und Österreich vertragen haben. (Sehr richtig! – So ist es!) Wir haben der Bevölkerung dieses Staates das hohe Glück des Bürgerfriedens erhalten, während neben uns die Kanonen des Bürgerkrieges dröhnten, wir haben keine Galgen und keine Konzentrationslager gebraucht, um die Stabilität zu erhalten, die wir brauchten, um unsere Arbeit leisten zu können.

Wir werfen die Frage nach der innerpolitischen Konzeption der sogenannten Volksgemeinschaft auf, die sich heute unter den Fahnen Henleins formiert. Wir fragen: setzt diese sogenannte Volksgemeinschaft ihre Hoffnungen auf eine

Wiederkehr der allnationalen čechischen Koalition oder hofft sie auf ein Bündnis mit dem čechischen Nationalismus? Für die zweite Version spricht die Rede des Direktors der Živnobank Dr. Preiss, die er unlängst in Teplitz-Schönau vor einem Forum deutscher Industrieller gehalten hat. Es ist sehr sonderbar, wenn der höchste Bank- und Börsenfürst aus dem Lager der čechischen Nationaldemokratie plötzlich der nationalen Zusammenarbeit das Wort redet, wenn er auf einmal jetzt die Deutschen als Gleiche unter Gleichen reklamiert. Bisher sind gerade aus seinem Lager die Stimmen schärfsten Widerspruches gekommen, wenn die geringste Konzession an die nationalpolitischen Forderungen der Deutschen gemacht werden sollte.

Nun einige Worte zu den Ausführungen des Koll. Špaček. Er hat bemängelt, daß wir noch zwei deutsche Techniken innerhalb der Čechoslovakischen Republik besitzen, gleichzeitig aber beschwert er sich über die Vernachlässigung des čechischen Schulwesens in Polen. Als guter Čeche könnte man auch stolz darauf sein, daß wir in diesem Staate ein gutausgebautes deutsches Schulwesen besitzen, welches der Republik außerhalb ihrer Grenzen nur zur Ehre gereichen kann. (Sehr richtig! – So sei es!) Im übrigen eine Richtigstellung, deswegen, weil sie beweist, wie leichtfertig manchesmal nationale Vorwürfe erhoben werden: Koll. Špaček beschwerte sich hier darüber, daß in den nordböhmisches deutschen Theatern nicht čechisch gespielt werden darf. Ich stelle hier fest, daß Koll. Špaček von falschen Informationen ausgegangen ist. Sowohl in Teplitz, als auch in Aussig, Brüx und Reichenberg liegen Vereinbarungen mit den čechischen Minderheiten vor, denen zufolge ihnen eine ganz bestimmte Anzahl von Vorstellungen innerhalb der regulären Spielzeit eingeräumt wird. Ja, es kommt sogar vor, daß die čechischen

Minderheiten diese Vereinbarungen gar nicht in Anspruch nehmen können, weil sie nicht den entsprechenden Besuch zustande bringen, wenn sie diese Vorstellungen veranstalten. Ich kann bemerken, daß gerade die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den Gemeinden es gewesen sind, die auf diese friedliche Lösung hingearbeitet haben. Darauf sind wir stolz und wir ersuchen den Koll. Špaček, diese Richtigstellung zur Kenntnis zu nehmen.

Die Rede des Direktors Dr Preiss in Teplitz-Schönau hätte mehr Gewicht, wenn er nicht nur platonische Worte an die Deutschen gefunden hätte, sondern wenn er für die Gleichberechtigung in concreto eingetreten wäre. Wir würden uns sehr freuen, wenn auch Herr Direktor Dr Preiss und mit ihm die Nationaldemokratie dem guten Beispiel des "Právo lidu" folgen und sich für die Errichtung eines deutschen Senders einsetzen würden. Wir würden es gerne zur Kenntnis nehmen, wenn Herr Direktor Dr. Preiss für eine angemessene Berücksichtigung der Deutschen im öffentlichen Dienst sich ausgesprochen oder wenn er vielleicht die Gesetzwerdung der Entwürfe Dr. Dérers bezüglich der Einführung einer teilweisen Schulautonomie der Minderheiten reklamiert hätte. Aber wir können uns nicht des Eindrucks erwehren, daß hier ein unehrliches Spiel getrieben wird.

Man spricht von einer Krise des deutschen Aktivismus. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß da ein zweiseitiges Problem vorliegt. Stärke und Ansehen des deutschen Aktivismus wird stets von dem Ausmaß ehrlicher Verständigungsbereitschaft im tschechischen Lager abhängen. Wir trauen daher den Gleichheitsschälmeien des Dr. Preiss nicht, solange seine Partei, die er mit

repräsentiert, gleichzeitig die Anführer von deutschfeindlichen Demonstrationen auf der Prager Straße stellt. Hier liegt der Versuch vor, mit billigen und unverbindlichen Redensarten die deutsche Jugend in das Abenteuer eines tschechisch-deutschen Faschismus hineinzulocken. Dagegen können wir mit Stolz hervorheben, daß im Lager des tschechischen Fortschrittes ein wachsendes Verständnis für die materielle Not und die schwere politische Aufgabe der deutschen arbeitenden Bevölkerung sichtbar wird. Das sympathische Echo, das unsere Kundgebungen vom 4. November weit über die Parteigrenzen hinaus in der Öffentlichkeit gefunden haben, ist der beste Beweis dafür. Ja, sogar die "Rundschau" des Herrn Henlein hat es der tschechischen Sozialdemokratie öffentlich bescheinigt, daß sie sich in allen nationalen Fragen der deutschen Bevölkerung gegenüber mustergültig und anständig benommen hat. Umsomehr haben wir die sittliche Berechtigung, auch in der kritischen Stunde unser Bekenntnis zur Bündnispolitik mit der tschechischen Arbeiterklasse und den Trägern des tschechischen Fortschrittes zu erneuern. Mögen die Wellen des Nationalismus hochgehen, wir bleiben Soldaten der Freiheit, Vorkämpfer des Völkerfriedens, grimmige Verteidiger der demokratisch republikanischen Grundlagen dieses Staates. (Ausgezeichnet!) Wir bleiben der lebendige Schutzwall gegen den Ungeist des fascistischen und militaristischen Denkens, der in tausenden Kanälen über die Grenzen dringt, wir bleiben die schärfsten Widersacher jener Spekulanten und Katastrophenpolitiker, die diesen Ungeist in das Fahrwasser ihrer Totalitätsansprüche lenken wollen. Das sagen wir angesichts der kommenden Entscheidungen: An der Granitmauer der deutschen Sozialdemokratie wird der Totalitätsanspruch des Herrn Henlein zerbrechen. (Applaus der Abgeordneten der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei, der Tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei und der Deutschen

Sozialdemokratischen Arbeiterpartei.) Die sudetendeutschen Arbeiter sind keine chinesischen Kulis, die sich für eine Handvoll Reis kaufen lassen! Das sagen wir an die Adresse jener, die die Aktion "Demokratie fürs Kind" sabotierten und den Notfond zur Verbesserung der Arbeitslosenfürsorge abgelehnt haben, während sie heute mit freigebigen Händen Mittel für den Seelenkauf bei den deutschen Arbeitslosen ausstreuen. Das scheint übrigens der einzige Beitrag unserer Unternehmer zur Lösung der sozialen Fragen zu sein, indem sie den Arbeitslosen für einige Sechser ihre Stimme abkaufen wollen.

Die bürgerlichen Klassenkämpfer im deutschen Lager, die den Arbeitslosen bisher jede Czechkarte mißgönnt haben, die zum Kampfe gegen das Genter System aufrufen und für die Zwangsarbeit schwärmen, diese Klassenkämpfer im bürgerlichen Lager wollen heute mit der Hungertragödie ihrer Volksgenossen politische Geschäfte machen. Mit dem Mantel der Unparteilichkeit, den einzelne deutsche Parteien der "Volkshilfe" bereitwillig umgehängt haben, wird schamloser Mißbrauch getrieben. Gerade die überparteilichen Hilfsaktionen der Gemeinden und Bezirke sind durch die Volkshilfe erschlagen worden. Wir werden ja sehen, wie die Volkshilfe nach den Wahlen weiter funktionieren wird. Wer Schindluder treiben will mit der Not unserer arbeitslosen Menschen, der wird der verdienten Anprangerung und Abrechnung nicht entgehen.

Nun zum Schluß noch eine politische Erwägung: Vor die deutsche Bevölkerung und vor die gesamte Bevölkerung dieses Staates ist eine Frage gestellt, die heißt: Nationalistisches Chaos oder planwirtschaftlicher Aufbau. Nationale

Fronten kommen und gehen. Wir haben einen Karl Hermann Wolf auf der Höhe seines Ruhmes und in der Tiefe seines Falles gesehehen. Wir sehen auch die Bedingtheit des Erfolges und des Ruhmes der Heimatfront. Nationale Fronten kommen und gehen, Führer steigen empor und stürzen herab, aber die Aufgabe bleibt bestehen, für 400.000 Menschen neue Lebensgrundlagen zu schaffen und unserer darbenden Jugend eine Hoffnung zu geben, daß sie auch einmal den Weg zu einem menschenwürdigen Dasein finden wird. Die Fronten sind im Aufmarsch begriffen. Henlein geht mit jenen, die die Arbeitszeitverkürzung ablehnen, ja die angesichts des Riesenheeres der Arbeitslosen noch Überstunden schinden lassen. Henlein geht mit jenen, die die Löhne drücken, Henlein geht mit den Doderers, die mutwillig und frevlerisch unsere Industrie vernichtet haben. Wir aber marschieren mit den Bataillonen des sozialen Fortschritts, mit den besten freiheitlichen Kräften des tschechischen Volkes. Wir bekennen uns daher zur Mission, zur historischen Aufgabe, aus diesem Völkerstaat ein Gemeinwesen der nationalen und sozialen Gerechtigkeit zu schaffen. Dabei wissen wir uns eins mit jenen mutigen und freiheitliebenden Deutschen, die am vergangenen Sonntag vor den Toren des Dritten Reiches in Basel die rote Fahne aufgezogen haben (Applaus.), den Deutschen, die in Danzig einen herrlichen Beweis sozialistischer Gesinnungstreue und Unerschrockenheit geliefert haben.

Die Schriftleiterpresse möge sich nicht mit Schätzungen über den Wahlausgang übernehmen, und sie möge das Rätselraten aufgeben, ob die deutschen Sozialdemokraten 5 oder 20 oder 40 % Stimmen verlieren werden. Sie soll sich lieber an die Blamage des 4. November erinnern! Damals hat man uns prophezeit, daß wir im ganzen Land keine 20.000 Menschen auf die Beine

bringen und 100.000 sind aufmarschiert. Deswegen werden wir auch dieser Gerüchtemacherei nicht das Feld räumen, sondern kaltblütig und entschlossen den Kampf aufnehmen. Die Leistungen, die wir in den letzten 5 Jahren innerhalb der Regierung gesetzt haben, sie sind mit goldenen Lettern in die Geschichte dieses Staates und der sudetendeutschen Politik eingetragen. Keine Tinte kann sie auslöschen, kein Geifer kann sie verwischen. Es sind Zeugen aufgestanden, die das Recht haben, im Namen des werktätigen, des leidenden Sudetendeutschtums zu sprechen, die Arbeitslosen von Rothau. Diese Arbeitslosen von Rothau haben vor wenigen Wochen ein überwältigendes Treuebekenntnis zur Sozialdemokratie, zur Demokratie und zur Republik abgelegt, ein Treuebekenntnis, welches für das ganze Land beispielgebend ist. Diese Arbeitslosen von Rothau sind die reinste Verkörperung eines trotzigsten Geschlechts, das sich leidend und kämpfend durch die Sintflut dieser Krise durchschlägt, sie sind die berufenen Ankläger gegen die Verbrechen, welche die deutschen Unternehmer, welche das ganze System des Kapitalismus an der Heimat begangen haben. Wir vergönner dem Herrn Henlein die Schützenhilfe eines Generaldirektors Doderer. Wir stehen an der Seite der Rothauer Arbeitslosen und ihrer Leidgenossen im ganzen Land, von den Dörfern des Böhmerwaldes angefangen bis hinüber in die schlesischen Industrie- und Notstandszentren. Diesen Menschen gilt unsere Sorge, ihnen gilt unsere heiße Liebe, ihnen gilt unsere brüderliche Verbundenheit. Sie hinauszuführen aus der Hölle der Krise auf die Höhen einer freien, einer glücklichen Zukunft, das ist unser Programm. An der Seite der Rothauer werden wir kämpfen, mit ihnen werden wir siegen, damit sich das Dichterwort erfüllt: Das Alte stürzt und neues Leben blüht aus den Ruinen. (Applaus.)

Rede vom 26. Juni 1935 zur Regierungserklärung von Premierminister J. Malypetr vom 18. Juni 1935

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Gesamthaltung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Regierungserklärung und zu den künftigen Aufgaben der Staatspolitik hat bereits mein Kollege de Witte verdolmetscht. Meine Aufgabe ist es, kritisch Stellung zu nehmen zunächst zu den deutschen Debatterednern, welche zur Regierungserklärung gesprochen haben, wobei aber nicht der polemische Zweck im Vordergrund steht, sondern vielmehr das Bemühen nach Klarstellung der strittigen Fragenkomplexe.

Eine Feststellung vorne weg: Das "sudetendeutsche Wunder", welches von dem Auftreten einer neuen Partei erwartet wurde, ist ausgeblieben. Das soll keine Anspielung auf die freiwillige Absenz des Herrn Konrad Henlein sein, obwohl dieses Fernbleiben vielleicht lauter spricht als die Reden seiner Getreuen, die wir von der Tribüne dieses Parlaments gehört haben. Ich meine, das Wunder, welches die Wähler von der sudetendeutschen Partei erwarteten. Wer sich von dem ersten Auftreten dieser Partei etwas Neues, Gewaltiges, noch nie Dagewesenes erhoffte, der hat vergebens zugehört. Statt neuer Ideen haben wir hier eine neue Finanztechnik kennen gelernt, nämlich die Technik der geistigen Anleihe bei der früheren deutschbürgerlichen Opposition, aber auch bei den sonst nicht sehr beliebten Marxisten. Ich erlaube mir, den Herrn Kollegen Sandner in aller Freundlichkeit aufmerksam zu machen, daß der ziffermäßige Vergleich zwischen der Arbeitslosigkeit im sudetendeutschen Gebiet und in Frankreich zuerst in einem von mir signierten Artikel des "Sozialdemokrat" erschienen ist; ich habe nichts dagegen, daß von solchem Material Gebrauch gemacht wird, doch ersuche ich wenigstens bei späteren Gelegenheiten unter Berufung auf das Urheberrecht um Quellenangabe.

Ich will hier kein Werturteil fällen, doch es sei ausgesprochen, daß ein Lodgman, ein Knirsch, ein Jung, sogar ein Kallina die deutschbürgerliche und nationalsozialistische Opposition keineswegs schlechter, aber bestimmt würdiger hier vertreten haben. (Sehr richtig!) Wenn Herr Sandner meint, das sudetendeutsche Problem sei hier in diesem Hause noch nie so richtig aufgerollt worden, dann spricht daraus eine bewundernswerte Großzügigkeit der Selbsteinschätzung, aber auch ein Mangel an politisch-historischem Verständnis. Was die Tätigkeit der deutschen parlamentarischen Delegationen in diesem Hause anlangt, ist dieses Problem noch niemals zusammengerollt in die Schubfächer gelegt worden. Die sudetendeutsche Frage ist hier nicht zum ersten Male erörtert worden, aber - und das sage ich vor allem an die Adresse der sudetendeutschen Partei - hier geht es nicht um eine deklamatorische Aufgabe, hier geht es um die Beeinflussung eines Entwicklungsprozesses. Als die deutschen Parteien im Jahre 1920 dieses Haus betraten, da haben sie einen Wallgraben des Mißtrauens angetroffen. Zwischen den Sudetendeutschen und den Čechen stand das politische Kriegserlebnis, standen die verschiedenartigen Revolutionserlebnisse, standen die Ressentiments, die aus der Vorkriegspolitik zurückgeblieben waren. Zwischen beiden Völkern standen die Schatten der gehenkten Legionäre und die Toten vom 4. März 1919. Es war deutsche Volkspolitik im besten Sinne des Wortes, an der Niederreißung dieser ideologischen und gefühlsmäßigen Schranken zu arbeiten. (Ausrufe auf der Linken)

Hohes Haus! Wir haben in den Jahren unserer Zusammenarbeit mit der tschechischen Bruderpartei, in den Jahren unserer Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien der anderen Seite tausendfache Brücken geschlagen

von Volk zu Volk. Diese harte Pionierarbeit mußte geleistet werden. Wir haben dafür unsere besten Kräfte eingesetzt und unsere besten Männer hingeopfert und diese Leistung kann keine hämische Kritik aus den Blättern der Geschichte auslöschen. Wenn Sie nun, wie es gestern Herr Sandner tat, alle Passivposten der nationalen Zusammenarbeit summieren, um eine möglichst hohe Schuldsomme des deutschen Aktivismus und der tschechischen Gesamtpolitik herauszubringen, dann befolgen Sie nur die absolut sterile Methode des deutschen bürgerlichen Negativismus, dann schwächen Sie aber auch die Stoßkraft der berechtigten deutschen Beschwerden, die wir von Ihnen schon hundertmal in diesem Hause vertreten haben. (Abg. Sandner: Also unser Elend verschweigen!) Davon kann keine Rede sein, Herr Sandner, sondern es kommt auf die geistige und politische Einstellung an und darüber will ich noch reden.

Das mindeste, was wir von der neuen Bewegung verlangen, ist eine realistische Auffassung des sudetendeutschen Schicksals, eine realistische Formulierung der sudetendeutschen Forderungen. Darum haben wir mit Euch vor der Wählerschaft gerungen, wir haben die These vertreten ... (Abg. Sandner: Ihr habt den Prozeß verloren!) Der Prozeß geht weiter. Es ist ganz klar, die Wahl vom 19. Mai ist nicht der Schlußpunkt der Geschichte, und unverdiente Wahlsiege können einer Partei gefährlicher werden als unverdiente Niederlagen. Wir haben die These vertreten, dass die primären Ursachen der sudetendeutschen Not die Weltkrise, die Störungen in der europäischen Wirtschaft sind. Ihr von der anderen Seite habt die Hauptschuld auf die tschechische Staatspolitik seit dem Kriege gewälzt. In einer Versammlung in Schönlinde war es Herr Sandner, der sagte, jeder sei ein Idiot, der die sudetendeutsche Not primär auf die Weltkrise zurückführe. (Abg. Sandner: Lassen Sie das Wort "ausschließlich" nicht weg!) Bitte schön. Aber Sie geben

den Zusammenhang zu. Die Sache war in den Zeitungen wiedergegeben, Herr Sandner, Sie haben dies nicht im Geringsten bestritten.

Meine Herren von der sudetendeutschen Partei, ich habe mich während des ganzen Wahlkampfes auf ein Wiedersehen im Parlamente gefreut, denn ich war neugierig, ob diese kühnen Thesen von der Alleinschuld der Innenpolitik am sudetendeutschen Elend auch hier von dieser Tribüne Aug in Aug mit den anderen vertreten werden. Und ich kann nicht umhin, meine Befriedigung darüber aussprechen, welche bedeutenden Erkenntnisse auf der kurzen Reise zwischen Karlsbad und Prag bereits gewonnen wurden. Herr Sandner sagte gestern hier, die Ursachen des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruches im deutschen Gebiete lägen "nicht ausschließlich" bei der Weltwirtschaftskrise. Seit Schönlinde, Herr Sandner, ein ganz respektabler Fortschritt der Erkenntnis, der zu den besten Hoffnungen berechtigt. Herr Frank hat in seiner Erklärung ebenfalls einen großen Schritt zu unserer Auffassung hingetan, indem er sagte (er liest): "Allerdings ist das Wirtschafts- und Arbeitsproblem nicht von der innerstaatlichen Entwicklung allein abhängig.

Die Čechoslovakische Republik kann einen bedeutenden Teil ihrer Bevölkerung nur durch Arbeit für das Ausland, also nur durch Ausfuhr der Ur-Produktion wie der industriellen Erzeugnisse und durch Fremdenverkehr ernähren."

Man ist also in sehr kurzer Zeit von großen Worten bei sehr nüchternen Tatsachen angelangt, ohne allerdings daraus die notwendigen politischen Folgerungen zu ziehen. Es klingt grotesk, wenn Herr Frank hier die Erweiterung des Handelsvolumens mit Deutschland verlangt, ohne gleichzeitig die Erweiterung des reichsdeutschen Zahlungsvolumens zu fordern. Denn es sollte in der Erklärung eines Klubs mit 44 Mitgliedern, darunter so mancher akademisch graduerter Herr, die primitive Tatsache nicht übersehen werden,

daß unser Handel mit Deutschland stockt, weil uns Deutschland die Zahlungen schuldig bleibt. (Applaus. – Rufe auf der Linken). Es liegt in der gleichen Linie, wenn Herr Sandner hier erklärte, daß die čechoslovakische Staatspolitik die Kurorte zugrunde gerichtet hat. Herr Sandner, machen Sie einmal einen Spaziergang in Karlsbad; auf der Kurpromenade werden Sie eine graphische Darstellung der Besucherzahlen finden. Das ist ein wunderbares Barometer des europäischen Wohlstandes. Geht es Europa gut, dann geht es auch den Kurorten gut. Geht es Europa schlecht, dann spüren es auch die Kurorte und im übrigen, Herr Sandner, hat den schwersten Schlag den Kurorten die Devisenwirtschaft des Herrn Schacht versetzt. (Lärm auf der Linken. Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke). Wir brauchen ja nur die Tatsachen gegenüberzustellen.

Der Čechoslovake kann nach Deutschland 1000 Kč mitnehmen und der Reichsdeutsche in die Čechoslovakei nur 10 Mark. Das beweist, wer an der Unterbindung des Fremdenverkehrs schuld ist. (Verschiedene Rufe). Sie haben keine Ursache, sich in diesem Hause als unbezahlte oder vielleicht auch bezahlte Fürsprecher des Herrn Schacht aufzuspielen. Ich will nur die Methoden einer gewissen Darstellung kennzeichnen und sagen: Die sudetendeutsche Partei schöpft ihre Daseinsberechtigung aus einer grundsätzlich falschen Formulierung des sudetendeutschen Problems. Sie kann auch auf dem Boden dieses Parlaments ohne die Lebenslüge ihrer täglichen Agitation nicht auskommen. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke). Hätte sich Herr Sandner nicht mit "Streiflichtern" begnügt, sondern dem Lichte der Tatsachen in seiner Darstellung Raum gelassen, dann hätte er zu einer ganz anderen Formulierung der sudetendeutschen Probleme kommen müssen. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke). Er hätte vielleicht schon durch seine marxistische Schulung zu dem

Ergebnis kommen müssen, daß die sudetendeutsche Not in erster Linie ein Produkt des ganzen europäischen Verfalles ist. Hier werden sie um die Realitäten nicht herumkommen können. Nach dem geschichtslosen Dasein im Feudalismus haben sich die Sudetendeutschen politisch, sozial und kulturell ihre Positionen mit dem Aufblühen ihrer Industrie errungen. Unsere sudetendeutschen Industrien wurden auf der Grundlage großraumwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung aufgebaut. Beide Voraussetzungen sind fast dahingeschwunden. In einer Zeit der autarken Nationalwirtschaften, in der Epoche des ganzen Strukturwandels der Weltwirtschaft hängt das Dasein unseres Industrievolkes an einem dünnen Faden. Meine Herren! Wir stehen vor dem tragischen Tatbestand, daß unsere von Export lebenden Menschen - hoffentlich nur vorübergehend - von dem Tisch Europas, von dem Gabentisch der Weltwirtschaft weggestoßen sind. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke). Diese Tragik verpflichtet jeden, der hier als Vertreter dieses Volkes das Wort ergreift, zu ernster Sachlichkeit. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke). Das ist unsere Anklage, die wir Ihnen entgeschleudern, daß sich die sudetendeutsche Partei mit Konrad Henlein an der Spitze als die politische Nutznießerin, als die politische Inflationsgewinnerin der sudetendeutschen Not etabliert hat. (Lachen.) Lachen Sie nicht, meine Herren, es wäre ein interessantes Rechenexempel zu prüfen, wieviele von Ihnen in diesem Haus wären, wenn es keinen Hitler, keine Goebbelspropaganda und keine Aufrüstung im Dritten Reich gäbe. Sie rühmen sich eines großen Sieges, aber die Mittel dieses Sieges mahnen zur Bescheidenheit. Sie haben alle Erscheinungen einer großen Entwicklungsepoche, die Industrialisierung der Agrarländer, die englischen und amerikanischen Zölle, die japanische Konkurrenz, die Rationalisierung, die Konzentrationspolitik der Doderers, die

Verdrängung der Kohle durch die Elektrizität, die wirtschaftliche Absperrungspolitik Hitlerdeutschlands, alle diese Erscheinungen haben Sie auf die einfache Formel gebracht, daß 15 Jahre Parteipolitik das sudetendeutsche Volk auf den Hund gebracht haben. So ist im ganzen Land ein Psychose erzeugt worden, daß die Čechen, die Sozialdemokraten und in weiterer Linie auch die Landbündler Schuld wären, wenn die Schlote nicht rauchen, wenn die Arbeitslosen hungern, wenn die junge Generation keinen Ausweg sieht. Sie haben den Glauben genährt, daß Ihre Partei das Wunderrezept in der Tasche hat, um diese Dinge nach dem Wahltag zu wenden. (Rufe des Abgeordneten Sandner). Das Interessanteste an dem wirtschaftlichen Teil der Erklärung des Herrn Frank ist für mich, dass das berühmte Arbeitsbeschaffungsprogramm, mit dem man hausieren gegangen ist, mit keinem einzigen Wort darin erwähnt ist. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet die Glocke) Es ist wahr, Sie haben drei Viertel der Sudetendeutschen hinter sich, aber Sie haben diese drei Viertel des sudetendeutschen Volkes in die Sackgasse geführt. Sie sind heute die Gefangenen Ihrer eigenen Versprechungen. (Abg. Dr. Zippelius: Wir sind drei Tage hier, Sie sind 6 Jahre da gesessen.) Entschuldigen Sie, weil Sie sagen, wir seien 6 Jahre hier gesessen ... (Stimmen: Noch länger!) Sie haben damit argumentiert: 15 Jahre haben die anderen geredet, jetzt werden wir handeln. (Stimmen: Jawohl!) Was sind Eure Handlungen? Die Einstellung der Volkshilfe nach dem Wahltag war die erste Tat, die Reise des Führers an den Genfer See war die zweite Tat und die Wahl des Herrn Bradáč zum Präsidenten des Hauses war die dritte Tat. Das sind die Handlungen, auf die Sie die Wähler so neugierig gemacht haben. Heute machen Sie Komplimente nach der čechischen Seite hin, in Ihren Wählern aber haben Sie den Glauben getötet, daß nationale Zusammenarbeit einen Ausweg aus der wirtschaftlichen und sozialen Bedrängnis schaffen könnte. (Verschiedene Rufe. – Stellv. Vorsitzender

Taub läutet die Glocke). Ich sage Ihnen: Sie sind heute die Gefangenen Ihrer eigenen Agitation. Ich rufe die Zeugenschaft des ganzen deutschen Gebiets dafür auf, daß Ihre Wähler nichts erwarten von dem, was Sie aus Prag bringen. (Verschiedene Rufe)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Der größte Teil Ihrer Wähler hat Ihnen die Stimme gegeben als Auftrag, den Anschluß an Deutschland durchzuführen. (Rufe: Das ist eine Lüge. Pfui!)

Was Sie hier rufen, dieses Pfui, das ist die Antwort an die Wähler, die Sie in diesem Glauben gewählt haben. (Rufe des Abgeordneten Sandner) Die Rettung unserer Existenz ist nur möglich, wenn wir mit dem Staat und mit dem tschechischen Volke den Aufbau neuer wirtschaftlicher Grundlagen beginnen. Eure Menschen aber warten auf die Arbeit, die Ihr ihnen in Deutschland versprochen habt. Eure Menschen warten auf den Einmarsch der braunen Armeen (Verschiedene Rufe), man prophezeit, die deutschen Motorbatterien werden in 24 Stunden in Pilsen sein, im Tachauer Bezirk wird gesagt, daß die Čechen aus den Grenzgebieten ein Wettrennen bis nach Časlav veranstalten werden. (Lärm.)

Meine Herren von der sudetendeutschen Partei, Sie müssen vor meinen Ausführungen eine ganz gewaltige Angst haben, weil Sie mich fortwährend unterbrechen. Es droht ein furchtbarer Zusammenstoß zwischen den Illusionen,

die Sie geweckt haben und zwischen der Realität, die Sie nicht zu ändern vermochten. (Rufe.) Ihre Politik ist: Tanz auf einem Seil, welches zwischen Prag und Berlin gespannt ist. Sie können die ideologische Verbindung mit dem Hitlerreich nicht abschneiden, ohne am nächsten Tag - in den Abgrund der Bedeutungslosigkeit zu stürzen. (Lärm. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet). Sie sagen, Sie hätten keine Verbindung mit Hitler. Herr Sandner hat gestern hier Beweise verlangt. Es genügen die Beweise, die Sie selber durch Ihre Methoden geliefert haben. Leugnen Sie nicht, daß Sie das ganze Arsenal Ihrer Agitation vom Hitlerreich ausgeborgt haben. Sie haben sich den Satz Hitlers von den 14 Jahren verderblicher Parteipolitik zurechtgeschustert, Sie haben das Führerprinzip übernommen, Sie haben die Barnumreklame des Nationalsozialismus übernommen. Sie haben das Schlagwort wörtlich abgeschrieben: "die Bonzen im Speck, die Arbeiter im Dreck". Ob Sie es jetzt noch sagen, nachdem Herr Henlein am Genfersee sitzt, weiß ich nicht. Sie haben den Schwur von Eger geleistet. Bedarf es mehr Analogien, um Ihre Gesinnungsverwandtschaft mit dem Dritten Reich nachzuweisen? Sie haben positive, aber auch negative Beweise geliefert. Die Reden Henleins in Leipa und Franks an dieser Stelle haben keine Zweifel darüber gelassen, daß Sie mit der Außenpolitik Hitlers vollkommen einverstanden sind. (Applaus der Abgeordneten der Deutschen Sozialdemokratischen Partei). Meine Herren, wir lassen Sie aus der Zange nicht heraus. Die besten Beweise haben Sie uns geliefert durch Ihre Haltung, die Sie gegenüber den Opfern des Hitlerismus einnehmen, durch Ihre Hetze gegen die Emigranten. (Lärm.) Ja, sehen Sie, das ist der Gipfel der deutschen Schmach, wenn Menschen, die den Folterkammern und dem Tod entronnen sind und die hier ein Obdach gefunden haben, in einem anderen Lande, von den eigenen Volksgenossen beschimpft und verhöhnt werden. (Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Herr Konrad Henlein hat in Znaim in der Form eines Interviews höchstpersönlich eine Epistel gegen die Emigranten vom Stapel gelassen. In dem Falle waren Österreicher gemeint. Darauf gebe ich eine Antwort: Ein Mann, der in Marienbad zu seinen Anhängern sagt: "Nach dem Einsperren kommt das Freilassen, der aber gleichzeitig Abolitionsgesuche an den sozialdemokratischen Justizminister richtet, dieser Mann kann keinem österreichischen Schutzbündler und keinem Wallischhelden auch nur die Schuhriemen lösen. (Applaus.)

In diesem Punkt wird die sudetendeutsche Tragödie ein Teil des gesamtdeutschen Dramas und die Frage ist berechtigt, was denn heute in der deutschen Seele vorgehen mag, wenn auch begriffsstutzige Schriftleiter darauf mit Verdrehungen antworten.

Meine Herren! Ich hatte am Sonntag Gelegenheit, mir die Kasematten des Brünner Spielbergs anzuschauen, eine Ausstellung von Folterwerkzeugen, lichtlose Gefängnisse, wo man die Eingekerkerten zugrunde gehen ließ.

(Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Als ich diese Gefängnisse am Spielberg sah, die fast schon 100 Jahre ihrem ursprünglichen Zweck entzogen sind, da habe ich gedacht an Dachau und Oranienburg, da habe ich gedacht an die Betonsärge, in denen man die politischen Gefangenen lebendig begräbt, an die lichtlosen

Gefängnisse im Konzentrationslager von Dachau, wo die Menschen in Ketten geschmiedet zugrunde gehen, und da habe ich die Größe der deutschen Schmach von heute empfunden, daß Sie von der sudetendeutschen Partei ein Regime verteidigen, welches die Schrecken des Spielbergs im XX. Jahrhundert überbietet. (Rufe. - Lärm.) Sie schweigen dazu, wenn der Bergarbeiterführer Husemann gemordet wird. Sie schweigen zur Ermordung Stellings, zur Ermordung eines Gregor Strasser, Sie schweigen zur Ermordung eines Klausener und eines Jung. Dagegen finden Sie kein Wort des Einspruchs. (Rufe. - Lärm.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Ich bitte den Herrn Redner fortzufahren.

Abg. Jaksch (fährt fort): Ich habe mit einigem Erstaunen in der Erklärung des Herrn Frank gehört, daß man sich gegen "Polizeimethoden" in der čechoslovakischen Schulaufsicht wendet. Zeigen Sie mir, ob Sie ein Wort gesagt oder geschrieben haben gegen die Ausrottung der freien Wissenschaft in Deutschland, sagen Sie mir, ob Sie ein Wort gefunden haben gegen die Schulknebelung in Österreich und in Deutschland? Wir Deutsche in der Čechoslovakei haben das freieste Schulwesen im ganzen deutschen Gebiet. (Rufe.) Sie reklamieren die Demokratie? Sie klagen über Persekution? Eine schreckliche Persekution, wenn sich Herr Konrad Henlein die Gendarmerie noch vor die Schlafzimmertür hinstellen läßt. So schaut die Persekution aus. Und an die Adresse der Parlamentarier der sudetendeutschen Partei möchte ich nur dieses sagen: Euere Anhänger sind aufrichtiger und mutiger als Ihr. Ich habe bei den Wählerversammlungen junge Gegenredner gehabt. Fragen Sie Ihre Ortsparteiführung in Salnau, wo junge Menschen auftraten und offen

erklärten: Jawohl, wir sind Anhänger Hitlers. So sprechen Ihre eigenen Leute; Sie verleugnen Ihre eigenen Anhänger, aber einmal müssen Sie Farbe bekennen. Man kann die Wähler täuschen, aber die Weltgeschichte kann man nicht beschwindeln. Man kann sich in diesem Staate nicht auf jungfräuliche Loyalität berufen und gleichzeitig vom Nachbarsohn Kinder kriegen. Die Klarstellung muß erzwungen werden, sonst sehe ich die größte politische Katastrophe kommen, die das Sudetendeutschtum je erlebt hat. Heute beherrschen zwei politische Tatsachen das Denken dieser deutschen Bevölkerung: die Hoffnung auf einen Krieg und die Furcht vor dem Kriege. Das sind zwei beherrschende Tatsachen im Grenzgebiete. Eure Anhänger freuen sich über Deutschlands Aufrüstung. Alles geschieht selbstverständlich nur zum Zwecke der Friedenserhaltung. Hitler und Goering sind bekanntlich Friedenspolitiker. (Lärm hält an.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Ja, meine Herren, was die deutsche Aufrüstung anlangt, kann man wohl sagen; wer sich ein Grammophon kauft, der will es auch spielen lassen, und die Kanonen, die gegossen werden, die Flugzeuge, die gebaut werden, werden nicht zu dem Zwecke geschaffen, um ins alte Eisen zu wandern. Die Menschen in Deutschland kennen die Gegenkräfte nicht, mit denen das aufgerüstete Hitlerreich zu rechnen hat, aber die Grenzdeutschen tragen eine riesenhafte Verantwortung. Für sie gibt es keine mildernden Umstände. Deshalb ist es ein selbstmörderischer Frevel, wenn sich sudetendeutsche Menschen an den angeblichen Erfolgen Hitlers berauschen. Wie sehen diese Erfolge aus? Bombenflugzeuge, eine Kriegsflotte, strategische Autostraßen. (Lärm hält an – Stellv. Vorsitzender Taub läutet.) Je größer diese

Fortschritte, umso ferner die europäische Gesundung, von der auch das Schicksal der Sudetendeutschen abhängt. (Lärm)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Fortschritt könnte man es nennen, wenn ein wirtschaftliches Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland zustande käme, ein Fortschritt wäre es, wenn wir zu einem Präferenzregime im Donaauraum gelangen würden, ein Fortschritt wäre es, wenn wir wirtschaftliche Brücken in größten Ausmaßen schlagen könnten zwischen Westeuropa und dem riesenhaften wirtschaftlichen Neuland Sowjetrußland. Davon ist aber Deutschland mit seiner heutigen Politik weit entfernt. (Lärm. – Verschiedene Rufe.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Wir sehen die Gefahr des Untergangs der Nation, wenn sie alles auf die Karte des launischen Kriegsglückes setzt. Die Gesetze des europäischen Raumes lassen sich auch nicht von einem Goering außer Kraft setzen. Deutschland ist im Osten und Südosten umgeben von einem Kranz junger Völker, aufsteigender Völker, die das deutsche Volk durch die Stärke ihrer Population überragen. Diese Erscheinungen lassen sich mit keiner Kriegsrüstung beseitigen, durch keinen Sieg aus der Welt schaffen. Einem militärischen Siege Hitler-Deutschlands würde in 15 Jahren eine neue vernichtende Revanche auf dem Fuße folgen.

Die deutsche Frage in Europa ist nicht mit dem Schwerte zu lösen und gegen den Druck des jungen aufstrebenden Ostens kann sich das deutsche Volk im Reiche nur behaupten, wenn es den Übergang zu höheren Lebensformen findet, wenn es über die Ruinen des Feudalismus und Kapitalismus hinwegschreitet zur sozialistischen Volks- und Werksgemeinschaft. In dieser ernsten Stunde, da sich die Wolken eines welthistorischen Konflikts über Europa zusammenballen, empfinden wir es als sittliche Pflicht, vor dem unabsehbaren Unheil zu warnen, welches hereinbrechen würde, wenn sich Eure Hoffnungen erfüllen. Wir haben die Aufgabe, von dieser Tribüne laut auszurufen, daß niemand einen Krieg gegen Deutschland führen will. Aber im Interesse Europas muß der Krieg des Hakenkreuzes gegen das eigene Volk ein Ende finden. Die Deutschen im Reiche mögen wissen, daß sie einem blinden Machtzwecke hingeopfert werden, genau so, wie die deutschen Minderheiten in Polen, in Danzig, in Südtirol und in Ungarn hingeopfert wurden. Mit jedem Grade, mit dem die Freundschaft zwischen Hitler und Gömbös wächst, wächst auch der Grad der Schändlichkeit, mit dem die ungarischen Deutschen behandelt werden.

Wir sehen nicht nur die Konstellation von heute, wir sehen auch die Gestaltung von morgen. Darauf richten wir unsere Politik ein. Und darum bekennen wir uns zu den Verfolgten und Verbannten, darum grüßen wir die Unbeugsamen, die in Nacht und Grauen des Hitlerregimes die Fahne des sozialistischen Widerstandes hochhalten. Wir kämpfen weiter auch als geschwächte Partei in dem festen Glauben, dass das bessere Deutschtum eines Tages wie ein Vogel Phönix siegreich auferstehen wird aus den Trümmern des Hitlerregimes, dass dann das Erwachen eines neuen Europa kommt, an dem wir in unseren bescheidenen Möglichkeiten mitarbeiten wollen als Brückenschläger zwischen dem deutschen Volke und dem Slawentum. Wir stellen wahre Volkspolitik

gegen Eure Katastrophenpolitik. Zum Schluß noch ein Appell an die čechischen Republikaner. (Verschiedene Rufe.)

Stellv. Vorsitzender Taub (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Wir wollen unsere ganze Kraft einsetzen, daß die drohende politische und soziale Katastrophe des Sudetendeutschums verhindert wird. Daß diese Katastrophe verhindert wird, liegt auch im Interesse des Staates, liegt im Interesse der weiteren Zusammenarbeit zwischen den fortschrittlichen Kräften des sudetendeutschen und des čechischen Volkes. (Rufe des Abgeordneten Dr. Neuwirth) Wir brauchen die Hilfe der čechischen Republikaner, um die Katastrophe abzuwehren. (Lärm. – Stellv. Vorsitzender Taub läutet.) Ich möchte einen Wunsch aussprechen: Die Parteien der Koalition mögen einen Expertenausschuß in unsere Randgebiete entsenden, um festzustellen, was auf sozialem, aber auch politischem Gebiete im Interesse des Staates notwendig ist. Diesen Appell richte ich an das Lager der čechischen Republikaner.

Die Entscheidung aber muß im deutschen Lager ausgekämpft werden. Dazu treten wir an und wie die Dinge liegen, muß eine neue Gruppierung im sudetendeutschen Lager kommen, die sich nach der Fragestellung richtet: Krieg oder Frieden? Aufbau oder Chaos? (Applaus.) Dadurch wird die sudetendeutsche Partei vor ihre innere Entscheidung gestellt sein, denn die Herren Unternehmer haben Euch nicht ihr Geld für den Wahlfond gegeben, (Abg. Dr. Neuwirth: Überhaupt haben sie nichts gegeben!) um ihre Betriebe dem Erdboden gleichmachen zu lassen, die Bauern haben Euch nicht gewählt, weil sie wollen, daß ihre Höfe in Flammen aufgehen. Es müssen einmal auch die deutschen Christlichsozialen Farbe bekennen, sie können sich nicht totstellen,

wenn es sich um die Schicksalsfrage ihres Volkes handelt. Auch sie werden sagen müssen, ob sie mit uns auf dem Wege der positiven Arbeit gehen wollen oder ob sie ein armseliges Anhängsel der sudetendeutschen Partei sein wollen. Auch die Landjugend wird sich nicht in die Verantwortungslosigkeit eines unpolitischen Daseins zurückziehen können (Stimmen: Sie steht ja schon bei uns.), sie wird sich entscheiden müssen unter eigener Verantwortung. Wie sie sich entscheidet, das ist ihre Sache und das soll sie nach bestem Gutdünken tun. Die deutsche Sozialdemokratie aber ist der Kern der kommenden Friedens- und Aufbaufront im sudetendeutschen Lager. (Applaus.) Wir rufen nach Zusammenfassung der sozialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte im deutschen Volke. Die unabwendbare Katastrophe der Partei Henleins darf nicht zur Katastrophe der Sudetendeutschen werden. (Applaus.)

Rede vom 29. April 1936 zu einem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zum Schutz der Republik und zum Gesetz zur Verteidigung des Staates

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die einschneidende Bedeutung der Vorlage erfordert die eingehende Stellungnahme aller parlamentarischer Delegationen dieses Hauses. Jede Partei handelt bei ihrer Stellungnahme zu diesem Gesetz unter großer geschichtlicher Verantwortung. Wir deutschen Sozialdemokraten weichen dieser Verantwortung nicht aus. Darin sind wir uns mit der Mehrheit dieses Hauses einig, dass das Land nicht schutzlos einem räuberischen Überfall von außen preisgegeben werden darf.

Der absolute Friedenswille unserer Außenpolitik ist vor aller Welt offenbar. Daraus ergibt sich der Charakter des Gesetzes als einer ausgesprochenen Defensivmaßnahme. Das ist auch das entscheidende Motiv unserer

prinzipiellen Zustimmung. Wir stehen zu diesem Gesetz in der Erwartung, daß die Vernunft der Völker seine Anwendung bis zur letzten bitteren Konsequenz überflüssig machen wird. Diesen heißen Wunsch sprechen wir hier aus im Interesse aller Bürger, aller Völker dieses Staates. Wir sprechen diesen Wunsch aber auch aus im Interesse der Nachbarstaaten und der ganzen europäischen Völkerfamilie.

In einem modernen Krieg gibt es weder Sieger noch Besiegte, sondern nur geschlagene und aus tausend Wunden blutende Völker. Der Krieg löst kein soziales Problem, der Krieg schafft kein Brot, der Krieg bringt auch keine nationale Gerechtigkeit. Die Gewinner eines europäischen Waffenganges wären der japanische Imperialismus und der junge Kapitalismus Nordamerikas. Das würde bedeuten, daß die Fabriksschlote in Nordböhmen, in den nordmährisch-schlesischen Gebieten niemals mehr zu rauchen beginnen.

Aus dieser Erkenntnis wenden wir uns leidenschaftlich gegen jene Stimmen und Strömungen, die den Krieg als Helfer und als Erlöser herbeisehnen. Noch blüht in unserem Lande der Frühling, noch leben die Menschen, die die Opfer des künftigen Krieges sein könnten. Noch ist es Zeit, den Frieden zu verteidigen und zu retten.

Auf die Frage, was getan werden könnte für die Rettung des Friedens und was auch wir als sudetendeutsche Politiker dazu beitragen können, gibt es nur eine Antwort: ein einmütiges Friedensbekenntnis, ein einmütiges Bekenntnis zur Friedensmission dieses Landes und zu seiner friedenswilligen Außenpolitik. Auch wenn ein sudetendeutscher Politiker im Außenministerium sitzen würde an Stelle des derzeitigen Vertreters unserer außenpolitischen Interessen, so könnte er keine andere Linie beziehen als die Linie der bisherigen und heutigen Außenpolitik. Ich frage das sehr geschätzte Haus und ich frage vor allem die

Delegation der Sudetendeutschen Partei: was soll diese Attacke gegen die Sowjetunion, die draußen im Lande geritten wird und die hier auch wiederholt wurde? Was hat diese Attacke mit sudetendeutschen Interessen zu tun? Haben wir als Sudetendeutsche eine Ursache, uns vor einem Angriff Sowjetrußlands zu fürchten? Haben wir eine Ursache, die Hetze gegen die Sowjetunion mitzumachen, die vom Nürnberger Parteitag ausgegangen ist und die täglich von Goebbels weiter inspiriert wird? Man muß doch bedenken, daß wir dadurch an die Seite des japanischen Imperialismus getrieben werden. Das ist eine projapanische und keine sudetendeutsche Politik, die sich darin ausdrückt und ich frage: was liegt im Interesse der Sudetendeutschen? Braucht die sudetendeutsche Industrie russische Aufträge oder braucht sie eine zehnfache Verschärfung der japanischen Konkurrenz? Auf diese Frage müssen Sie vom Standpunkt unserer Menschen und unserer wirtschaftlichen Interessen Auskunft geben.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei in diesem Hause hätte der Sache des Friedens einen großen Dienst erweisen können durch eine eindeutige Absage an alle Spekulationen auf einen sudetendeutschen Irredentismus. Eine solche eindeutige Absage aller sudetendeutschen Parteien in diesem Hause wäre eine Warnung gewesen an jene, die auf diesen Irredentismus spekulieren und die dadurch in ihrem Kriegswillen gestärkt werden. Der Sprecher der Sudetendeutschen Partei hat sich aber darauf beschränkt, dunkle Andeutungen zu machen und an den einzelnen Punkten des Gesetzes Detailkritik zu üben. Sandner bemängelte es, dass durch das Gesetz in den Grenzzonen zweierlei Recht geschaffen wird. Ich möchte hier betonen, dass darin keine böswillige Absicht der Gesetzgeber gesehen werden kann. Auch Frankreich muß seine nördliche Grenzzone befestigen, auch Nordfrankreich ist mehr gefährdet als der französische Süden und das ist es, dessen wir uns hier bewußt werden

müssen: der Krieg und auch jede Kriegsgefahr erhöhen automatisch das Risiko der Grenzzonen und mit diesem Tatbestand muß sich jeder sudetendeutsche Politiker auseinandersetzen. Wir leiten daraus die Verpflichtung ab, gerade aus der ungeheuren Gefährdung unserer Grenzgebiete im Falle einer europäischen Verwicklung, wir leiten daraus die Verpflichtung ab, alle selbstmörderischen Hoffnungen zu bekämpfen und alle jene Illusionen zu zerstören, die darauf hinauslaufen, daß es sich vielleicht wieder um einen kleinen Spaziergang handeln würde, wie man im Sommer 1914 angenommen hat, als die österreichischen Truppen in Serbien einrückten. Wir sprechen es hier offen aus: wir zittern für den Kriegsfall um die physische Existenz der Sudetendeutschen, wir fürchten zugleich um den Weiterbestand Deutschlands und um die künftige Geltung Europas in der Weltpolitik. Niemand von uns kann sich das Grauen eines Krieges ausmalen, bei dem unser Grenzland Kriegsschauplatz wäre und bei dem das zentral gelegene Deutschland die Zielscheibe der europäischen Luftflotten würde. Jeder deutsche Patriot muß diesen Gefahren gegenüber seine warnende Stimme erheben und muß es als seine höchste Pflicht betrachten, den wahnwitzigen Aberglauben zu bekämpfen, der darin gipfelt, daß die sudetendeutsche Frage durch das Schwert gelöst werden könne. Meine Damen und Herren! Was die innerpolitische Seite der Vorlage anlangt, hat Herr Sandner in seiner Rede die Aufgabe und die Position der deutschen Regierungsparteien bedeutend erleichtert, indem er selbst sagte: "Wir behaupten nicht, daß konkrete Absichten bestehen, mit diesem Gesetz nationalpolitischen Mißbrauch zu betreiben." Herr Sandner hat die Frage der Garantien aufgeworfen. Darauf möchte ich zur Antwort geben, die beste Garantie ist es, wenn sich die ganze deutsche Bevölkerung dieses Landes als Garant einschaltet, indem sie durch ihr eindeutiges Verhalten in dieser Frage keinen Anlaß zu Mißdeutungen gibt.

(Sehr richtig!) Dadurch würden wir das Recht eintauschen, uns gegen eventuelle Mißbräuche vom Standpunkte unserer staatsbejahenden Gesinnung kraftvoll zur Wehre zu setzen und unseren Einfluß dagegen geltend zu machen. Freilich, diese Aufgabe wird erschwert, wenn von deutscher oppositioneller Seite dem deutschen Aktivismus jede Bedeutung, jede Kraft abgesprochen wird. Wir deutschen Aktivisten verlangen von den tschechischen Parteien Verständnis für unsere schwere Aufgabe. Freilich dürfen wir nicht übersehen, dass dieses Verständnis auf der deutschen oppositionellen Seite bisher am wenigsten vorhanden war.

Hohes Haus! Wir haben gerade an der Behandlung des § 19 durch Herrn Sandner dafür ein Beispiel vorgelegt bekommen. Herr Sandner hat hier behauptet, jene ominöse Stelle, welche die Unzuverlässigkeit automatisch rückwirkend auf alle Anhänger der aufgelösten oder eingestellten Parteien ausdehnt, sei nicht beseitigt, sondern nur aus dem Gesetzestext in den Motivenbericht zurückgestellt worden. Ich muß diese Darstellung hier in aller Form richtig stellen, ich muß vor allem sagen, daß wir uns in den Verhandlungen über die einzelnen Bestimmungen dieser Vorlage mit vollem Einsatz bemüht haben, um zu verhindern, daß der Begriff der staatspolitischen Unzuverlässigkeit auf die Minderheitsbürger dieses Staates kraft ihres nationalen Bekenntnisses ausgedehnt wird. Wir haben eine klare Bestimmung gefordert, daß sich der Begriff "Unzuverlässigkeit" nicht gegen den deutschen oder ungarischen Staatsbürger oder gegen eine konfessionelle Minderheit richtet. Dieser Forderung wurde in den Koalitionsberatungen Rechnung getragen und darin erblicken wir eine wesentliche Verbesserung der Vorlage, darin erblicken wir auch eine Beruhigung für die deutsche Bevölkerung dieses Landes, damit sie erkenne, daß dieses Gesetz nicht an und für sich einen antideutschen oder antiminderheitlichen Zweck verfolgt. In der Interpretation

des § 19, in der näheren Umschreibung des Begriffes "Unzuverlässigkeit" war in der erarbeiteten Fassung tatsächlich die Bestimmung enthalten, dass als unzuverlässig die Mitglieder der aufgelösten oder eingestellten Parteien zu betrachten wären. Wir vertraten den Standpunkt, dass man keine Rachepolitik betreiben dürfe gegenüber irregeführten Menschen, auch keine Rachepolitik gegenüber harmlosen Mitläufern und schon gar nicht gegen Menschen, die durch ihre Unternehmer in diese Parteien hineingezwungen wurden. Diese Bestimmung ist aus dem Gesetzestext entfernt worden. Ich habe hier den Auszug aus dem Motivenbericht und möchte Ihnen den genauen Wortlaut zur Bekräftigung meiner Ausführungen vorlesen. Wenn Sie ein Interesse für das Thema haben, dann bitte ich um ihre geneigte Aufmerksamkeit. Diese Stelle des Motivenberichtes lautet in deutscher Übersetzung (liest): "Ferner können die Behörden bei der Entscheidung über die staatliche Unzuverlässigkeit auch die Zugehörigkeit zu einer Partei in Erwägung ziehen, die aufgelöst oder deren Tätigkeit eingestellt wurde, ehe das Gesetz über die Staatsverteidigung in Kraft trat," (Rufe: Ein Standpunkt!) - Pardon, meine Herren! - "besonders wenn es um Funktionäre der Partei, oder um Personen geht, die sonstwie eine besondere Tätigkeit in dieser Partei entfalten, es sei denn, daß Tatsachen eingetreten wären, die dafür sprechen, daß sich ihr Verhältnis zum Staate geändert hat." Wenn auf tschechischer Seite noch immer ernste Zweifel in die staatspolitische Zuverlässigkeit der Mitglieder der früheren nationalsozialistischen Partei gesetzt werden, so ist das nicht unsere Schuld, da tragen die Herren Krebs und Jung die Hauptschuld daran; denn die Angehörigen einer Partei oder die Mitarbeiter jener Herren, die heute draußen im deutschen Reichstag sitzen, haben es nicht so leicht, die tschechische Seite von ihrer staatspolitischen Verlässlichkeit zu überzeugen. Deswegen möge man nicht die Kritik einseitig gegen die deutschen Regierungsparteien wenden,

sondern man möge sie an jene Herren adressieren, die die Politik der Unverlässlichkeit inauguriert und die es vorgezogen haben, ihre Anhänger hier zurückzulassen und sich als Politiker und Abgeordnete des Dritten Reiches zu etablieren. (Rufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei: Deutsch und Bauer!) Ich werde Ihnen etwas sagen. Mir scheint, Sie scheinen zu bedauern, daß Deutsch und Bauer nicht das Schicksal eines Wallisch erreicht hat. Wenn Herr Krebs hier geblieben wäre, hätte ihn wahrlich nicht das Schicksal eines Wallisch getroffen. Von dieser Tribüne aus hat Herr Krebs behauptet, dass er sich nicht vor einer Anklage fürchte, von dieser Tribüne aus hat Herr Krebs verlangt, dass er ausgeliefert werde, und als sein Wunsch erfüllt wurde, ist er über die Grenze gegangen. Deshalb möchte ich den Unterschied hervorgehoben haben zwischen denen, die von der Rache der Sieger eines Bürgerkrieges bedroht waren und zwischen denen, die ihre Anhänger in den Kerker gebracht, sich selbst aber vor einigen Monaten Arrest gefürchtet haben.

Hohes Haus! Wir haben von der Sudetendeutschen Partei immer gehört, die Zeiten der einseitigen und engstirnigen Parteienpolitik seien vorüber, jetzt beginne eine Ära der großzügigen Volkspolitik. Alle Einzelfragen werden in Hinkunft nur vom Standpunkt des höchsten nationalen Interesses betrachtet. (Abg. Sandner: Haben wir Sie nicht zu einer Besprechung eingeladen?) Schauen Sie, Herr Sandner, ich habe keine Einladung bekommen und also auch keine Ursache, einer solchen Einladung zu folgen. (Verschiedene Rufe.)

Stellv. Vorsitzender Langr (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Die Stellungnahme, die Herr Sandner hier bezogen hat, war keine gerechte Würdigung dessen, was wir an Verbesserungen erzielt haben. Das ist die alte Politik des Konkurrenzneides, das ist die Diffamierung

des deutschen Aktivismus um jeden Preis, indem Sie behaupten, dass der Vorwurf der staatlichen Unzuverlässigkeit durch diesen Teil, der in den Motivenbericht übernommen wurde, alle Mitglieder der nationalsozialistischen oder deutschen Nationalpartei trifft. Dadurch rufen Sie jene Psychose hervor, über die Sie sich hier beschwert haben, dadurch tragen Sie Beunruhigung in die Bevölkerung, dadurch bringen Sie den Menschen fälschlich zum Bewußtsein, dass man nur darauf spekuliert, sie in Unruhe zu bringen und in ihrer Existenz zu gefährden. (Rufe der Abgeordneten der Kommunistischen und der Sudetendeutschen Partei.)

Stellv. Vorsitzender Langr (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Es ist wahrlich keine Unterstützung des schweren Ringens der deutschen Regierungsparteien, wenn uns Herr Sandner die vollständige Bedeutungslosigkeit bescheinigt, wenn er unsere Legitimation bestreitet, überhaupt im Interesse des Sudetendeutschtums zu sprechen. Herr Sandner, wir haben von Ihnen niemals eine Legitimation verlangt und wir wissen, dass es für uns eine sehr bedenkliche Legitimation wäre, die wir von Ihnen ausgestellt bekämen. Unsere Legitimation haben wir von unseren Wählern und Wählerinnen empfangen! Denen sind wir Verantwortung schuldig und niemand anderem und es wäre für uns der schlimmste Tag in diesem Hause, wenn wir mit unserer Politik auf die Zustimmung des Herrn Sandner stoßen, und vom Herrn Sandner ein Lob ernten würden. (Abg. Kundt: Halten Sie diese Rede in Bodenbach!) Sehr geehrter Herr Kundt, ich werde ihnen darauf antworten. Ich habe Montag bewiesen, dass ich auch vor einem tschechischen Forum eine offene Sprache zu führen verstehe. Das ist der Unterschied zwischen uns und Euch. Warum? Sie bescheinigen dem Herrn

Landesverteidigungsminister im Ausschuß, dass Sie zu ihm volles Vertrauen haben und gleichzeitig bringen Sie Ihre Völkerbundbeschwerde in Genf vor. Das ist, wie gesagt, der Unterschied zwischen uns und Euch.

Die Sudetendeutsche Partei hat bei den Verhandlungen des verfassungsrechtlichen Ausschusses wahrlich kein übermäßiges Interesse für dieses Gesetz bekundet. Ihre Vertreter haben nicht einmal die Anträge begründet, die sie überreichten und die Herren Dr. Peters und Dr. Neuwirth waren bei der Abstimmung über die eigenen Anträge zumeist nicht anwesend. (Abg. Dr Neuwirth: Das ist nicht wahr!) Dass Sie nicht dort waren, das kann der ganze Ausschuß bezeugen. (Abg. Kundt: Herr Jaksch ist oft gar nicht dort gewesen!) Das ist eine Unwahrheit, Herr Kundt. Ich möchte vor allem feststellen, es ist ein sehr gefährliches Argument, wenn Herr Sandner hier sagt, die deutschen Aktivisten haben nichts zu reden, weil sie eine Minderheit im Volke sind. Die deutschen Aktivisten sind eine viel größere Minderheit im Volke, als die Deutschen eine Minderheit im Staate sind. Wenn Sie den totalitären Standpunkt gegenüber der deutschen aktivistischen Minderheit im sudetendeutschen Volk anstreben, dann geben Sie dem tschechischen Nationalismus die Legitimation in die Hand, die er braucht, um die Frage der sudetendeutschen Minderheit zu bagatellisieren. (Lärm dauert an.)

Die Demokratie besteht darin, dass sie auch das Recht der Minderheiten verbürgt, nur die totalitäre Gesinnung besteht darin, dass sie der Minderheit kein Recht zuerkennen will und es war nicht das letzte Wort einer Entscheidung, wenn Herr Sandner auf die Quantität der Stimmen pocht, die Sie am 19. Mai vorigen Jahres erhalten haben. Das Wahlgluck ist bekanntlich unbeständig und die letzten Wahlen haben nicht bis ans Ende der Welt

entschieden, sondern diesen Wahlen werden andere Wahlen folgen, die ein anderes Ergebnis zeitigen könnten. Ich begreife es, dass Herr Sandner den Qualitätsbegriff ganz aus der sudetendeutschen Politik ausschalten möchte, dass er das Gesetz der Zahl gelten lassen will. Wie weit das mit einer geistigen Fundierung der Politik zu vereinbaren ist, möge er sich selbst sagen. Wir können uns darauf berufen, dass die Realisten im tschechischen Volk eine viel kleinere Partei gewesen sind, als es die deutschen aktivistischen Parteien heute im sudetendeutschen Volk sind. Die Realisten waren nur eine kleine Gruppe, aber sie haben der Politik des tschechischen Volkes in entscheidenden Stunden ihren Stempel aufgedrückt, und nicht die Männer haben sich durchgesetzt, die mit dem Strom geschwommen sind, nicht die Demagogen haben sich durchgesetzt, die der Menge nach dem Munde redeten, sondern die Minderheit hat sich durchgesetzt, die ihre Politik aus sittlichen Grundlagen, auf einer konstruktiven Idee aufgebaut hatte. Nicht allein auf die zahlenmäßige Mehrheit kommt es in der Politik an, das haben früher Sie selbst oft genug bestritten. Sie haben der Demokratie vorgeworfen, dass sie nur ein Rechenkunststück der Zahl ist und die Qualitätswerte verdirbt. Nicht auf die Zahl allein kommt es an, sondern auf die Idee, der die Politik dient, auf die Idee, von der eine Bewegung erfüllt ist. Und was den Wettbewerb der Ideen anlangt, den nehmen wir mit Ihnen getrost auf und wir werden diesen Kampf mit Ihnen durchzufechten wissen.

Unsere Zuversicht ist darauf gegründet, dass wir für die gleichen Ideen kämpfen, wie die Begründer dieses Staates: für Menschlichkeit, für soziale und nationale Gerechtigkeit. Deswegen sagen wir, dass der Kampf um die Verteidigung des Staates auch ein Kampf um die Erfüllung der Prinzipien sein muß, auf die der Staat gegründet ist. Deswegen haben wir es als unsere Aufgabe betrachtet, auch im Rahmen dieser Debatte auszusprechen, dass das

Staatsverteidigungsgesetz noch wesentlicher Ergänzungen durch soziale Maßnahmen, durch industriellen Wiederaufbau, durch Rücksichtnahme auf die begründeten Beschwerden der deutschen Bevölkerung in den Grenzgebieten bedarf. An die Adresse der Heeresverwaltung möchte ich in diesem Zusammenhange noch sagen, dass sie eine ungeheuer bedeutsame Funktion übernommen hat. Die Heeresverwaltung wird durch die Handhabung dieses Gesetzes beweisen müssen, dass sie eine Hüterin der nationalen Gerechtigkeit in diesem Staate ist. Die Heeresverwaltung hat durch ihre Praxis den Beweis zu erbringen, dass das Gesetz ausschließlich der Verteidigung des Staates dient und keiner anderen Absicht. Die tschechische Politik steht vor der großen Aufgabe, die deutsche und die ungarische Bevölkerung im Interesse der Festigung des Staates und der Erhöhung seiner Sicherheit in das Gefüge des Staates organisch einzugliedern. Es hat ein oppositioneller Redner hier den Vorwurf erhoben, das Gesetz sei nicht vom Willen zur Lösung des nationalen Problems getragen. (Rufe.)

Stellv. Vorsitzender Langr (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): Darauf antworte ich: Wehrgesetze bringen keine Lösung des nationalen Problems, aber der Krieg bringt erst recht nicht eine Lösung der Nationalitätenfrage. Die Lösung des nationalen Problems kann nur die Steigerung des gegenseitigen Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses auf beiden Seiten bringen.

Unsere Aufgabe als deutsche Aktivisten ist es, die Erhaltung und Verbreitung der Vertrauensbasis zwischen Čechen und Deutschen in unsere Obhut zu nehmen. Schätzen Sie unsere Arbeit nicht zu gering, denn es ist eine große Leistung, dass wir in diesem Staate bisher auf demokratischem Boden das

Zusammenleben der Völker zu gestalten versuchten. Blicken Sie hinüber in die Länder der Diktatur, wie dort die Lage der nationalen Minderheiten ist. Üben Sie nicht Kritik an unserer Innenpolitik, sondern fragen Sie sich, was der Fascismus den Deutschen Südtirols, den Deutschen in Polen gebracht hat. Fragen Sie sich, ob die Diktaturstaaten uns das Beispiel für die Lösung der nationalen Frage gegeben haben. Wir als deutsche Aktivisten haben versucht, jenen Schutt wegzuräumen, der durch die Kriegs- und Nachkriegspolitik zwischen Deutschen und Čechen aufgehäuft wurde. Es war ein schwieriges, es war ein mühseliges Werk. Die Aufgabe ist noch nicht erfüllt. Aber die Voraussetzungen des Friedensschlusses zwischen Deutschen und Čechen haben wir aufrechterhalten, den Boden der Demokratie, den verfassungsmäßigen Boden des demokratisch-republikanischen Systems. Wir betrachten es als unsere Mission, die Vertrauensbasis zwischen den beiden wichtigsten Völkern dieses Staates zu verbreitern. Die Aufgabe der čechischen Patrioten in diesem Lande ist es, Beweise ihres Verständnisses für die berechtigten Wünsche und Forderungen auch der deutschen Mitbürger in diesem Lande zu liefern.

So werden wir die Prüfung überstehen. So werden wir unsere ganze Kraft einsetzen, diese Republik ihrer europäischen Friedensmission und ihrer europäischen Verständigungsaufgabe zu erhalten. (Verschiedene Rufe.)

Stellv. Vorsitzender Langr (läutet): Ich bitte um Ruhe.

Abg. Jaksch (fährt fort): In diesem festen Glauben an den Sieg der Menschlichkeit, an den Sieg der sozialen Gerechtigkeit, an den endlichen Sieg der politischen Vernunft bei allen Völkern dieses Landes werden wir für dieses Gesetz stimmen. (Applaus.)

Rede vom 3. Dezember 1937 zum Staatshaushalt, Bereich Wirtschaften, Verkehr und Finanzen sowie zur Erklärung des Finanzministers Dr. Kalfus vom 9. November 1937

Hohes Haus! Die Debatte zum Staatsvoranschlag sowohl im Budgetausschuß als auch hier im Plenum war ein getreues Spiegelbild der politischen Strömungen in unserem Staate. Damit hat unser Parlamentarismus erneut eine wichtige Funktion der Demokratie erfüllt. Es ist sowohl die Mehrheit als auch die Opposition hier von der Tribune des Landes in ausgiebigster Weise zu Worte gekommen. In der Debatte zum Staatsvoranschlag nahm diesmal das nationalpolitische Problem einen außerordentlichen breiten Raum ein. Es ist bei so manchem Zuhörer der Eindruck zurückgeblieben, dass das Trennende vielfach allzu stark betont wurde und das Verbindende manchmal in den Hintergrund getreten ist. Vielleicht ist nunmehr gegen Abschluß der Budgetdebatte zu diesem Punkt ein erklärendes Wort notwendig.

Ich möchte sagen: Wir dürfen uns nicht gegenseitig in einen nationalen Verfolgungswahn hineinreden. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob alle Čechen nur darauf lauern, die Deutschen dieses Landes an die Wand zu drücken und es darf auch auf čechischer Seite nicht der Eindruck erweckt werden, als ob alle Deutschen dieses Landes darauf eingeschworen sind, den Staat zu zerstören und jedes positive Verhältnis zum čechischen Nachbarvolke abzulehnen. In den nationalpolitischen Auseinandersetzungen - das ist meine Überzeugung - dürfen die höheren sittlichen Gesichtspunkte nicht verlorengehen. Es sind Schicksalsfragen vor uns aufgerollt, die Deutsche und Čechen gleichermaßen tangieren.

Eine dieser Schicksalsfragen lautet: Wie lange noch halten wir und unsere Nachbarn das heutige Wettrüsten aus? In aller Anerkennung der besonders für

unser Land gegebenen Zwangsläufigkeiten müssen wir uns dessen klar bewußt sein, dass das heutige gigantische Wettrüsten eine gewaltige Fehllenkung der Kräfte der Völker, eine unerhörte Fehlinvestition des nationalen Wohlstandes und ich möchte hinzufügen, auch eine tragische Unterbrechung der wirtschaftlich sozialen Aufbauarbeit bedeutet. Die europäische Entwicklung treibt der Alternative entgegen, ob die Lasten des bewaffneten Friedens bis zur Schwelle eines neuen Krieges weitergeschleppt werden sollen oder ob es möglich ist, vorher noch eine umfassende Friedensregelung zu finden. Es scheint mir eine unbestreitbare Tatsache zu sein, daß ohne eine neue Friedenslösung, sei es im Zustande des bewaffneten Friedens, sei es im Katastrophenfalle eines neuen Krieges unser Kontinent immer mehr ins Hintertreffen kommen muß. Wir leben in einer geschichtlichen Periode der anscheinend freiwilligen Abdankung Europas in der Weltpolitik.

Der sogenannte Antikomintern-Pakt ist eine Etappe dieser Entwicklung. Er bietet Japan die erwünschte Rückendeckung für einen Raubkrieg gegen das chinesische Volk und ich wage zu sagen, es ist weder vom sudetendeutschen noch vom čechoslovakischen oder europäischen Standpunkt einzusehen, welchen Gewinn uns diese Rückendeckungspolitik gegenüber dem japanischen Raubkrieg bringen soll. Gelingt es Japan, die militärische Kraft und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des chinesischen 400-Millionen-Volks zu organisieren, dann hat der europäische Industrialismus seine Rolle in der Weltwirtschaft ausgespielt. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Sudetendeutschen Freude an einer Bedrohung der Sowjetunion empfinden sollen, welche als das zwangsläufige Ergebnis der Dreieckspolitik Berlin-Tokio-Rom erscheint. Mag man zu Rußland stehen wie immer, Rußland wird einer der wichtigsten Märkte der Zukunft sein, auch für unsere čechoslovakische und sudetendeutsche Industrie. Mag man das System drüben ablehnen oder

anerkennen, niemand kann bestreiten, dass das gewaltige aufstrebende russische Volk in aller Zukunft eine große politische und ökonomische Rolle zwischen Europa und Asien spielen wird.

Darum legen wir unter Hinweis auf die Erklärung des Herrn Henlein in Franzensbad, die seine Partei als drittgrößte antibolschewistische Einheit proklamiert, von dieser Stelle aus schärfste Verwahrung dagegen ein, dass im Namen des Sudetendeutschtums eine projapanische, eine antieuropäische und damit auch eine antideutsche Politik gemacht wird.

Eine weitere Frage, die in der Debatte aufscheint und nach Beantwortung heischt, ist das Verhältnis Englands zu Zentraleuropa. Wieder möchte ich dafür plädieren, dass wir ein richtiges Mittelmaß der Betrachtung finden. Wir begrüßen jedes aufrichtige und objektive Interesse englischer Kreise für unsere Lebensfragen in der tiefen Überzeugung, dass ohne die tatkräftige Mitwirkung Englands der Friede auf dem Kontinente nicht zu retten ist. Auf der andern Seite möchte ich davor warnen, dass wir vielleicht die ganze Konzeption der sudetendeutschen Politik auf irgend welche englische Zeitungsstimmen aufbauen. Wir würden damit einem Feldherrn gleichen, der seine Armee über dünnes Eis führt, welches jede Minute zerschmelzen oder einbrechen kann. Ein Beispiel für die Aufgabe, die Dinge nüchtern abzuschätzen, scheint mir der vielzitierte Artikel der "Times" zu sein, der vor kurzer Zeit erschien. Die "Times" schreibt, dass die französische Politik, obwohl sie gewisse Verpflichtungen übernommen hat, in keiner Weise auf ihre verhängnisvolle Haltung festgelegt ist, die in der Vergangenheit dazu beigetragen hat, die Weimarer Republik zu vernichten. Diese Stimme der "Times" hätte wahrscheinlich größeres moralisches Gewicht, wenn dieses große englische Blatt eine so mutige Sprache geführt hätte, solange die Weimarer Demokratie noch zu retten war, so lange

nicht Deutschland auf die Bahn einer neuen Rüstungspolitik getrieben wurde. Auch gilt es heute festzustellen, dass das offizielle England in den ersten Jahren der Nachkriegszeit Fragen des kontinentalen Minderheitenschutzes ziemlich gleichgültig gegenüberstand, obwohl es mit seiner Unterschrift an den Vertrag zum Schutze der Minderheiten gebunden ist. England hat auch hier seine Initiative vermissen lassen, solange in einer ganz anderen europäischen Atmosphäre die Lösung ziemlich leicht zu finden war. Wir haben auch gesehen, daß die Danziger antinazistische Mehrheit preisgegeben wurde, wir haben erlebt, dass kein Hahn der österreichischen Demokratie nachgekräht hat, als sie blutig niedergerungen worden ist. Jetzt besteht kein Anlaß, an dem guten Willen weiter englischer Kreise zu zweifeln, an der Befriedung Zentraleuropas mitzuhelfen. Doch es drängt mich als sudetendeutschen Politiker, die Frage aufzuwerfen, wie lange das britische Interesse für Zentraleuropa und für unsere engeren Probleme andauern wird. Konkret gesprochen, ich werfe die Frage auf: Wird sich der Kreis um die "Times" auch dann noch für die Sudetendeutschen interessieren, wenn, theoretisch angenommen, ein Abkommen Berlin-Prag zustandekommen sollte, bei welchem die Lebensinteressen der Sudetendeutschen den außenpolitischen Interessen des Dritten Reiches geopfert werden? Die Frage lautet also, ob von der Čechoslovakei Konzessionen an das Recht, oder Konzessionen an die kriegsdrohende Gewalt gefordert werden.

Ein weiteres Problem, das ich noch kurz streifen möchte, ist das Verhältnis der Sudetendeutschen zum Reiche. Nüchterne Erwägung muß uns sagen, dass wohl kein Jota der außenpolitischen Reichsinteressen für die sudetendeutschen Lebensinteressen und Lebensrechte geopfert werden wird. Geben wir uns in dieser Hinsicht keinen Illusionen hin. Wir haben unlängst den Abschluß des deutsch-polnischen Minderheitenabkommens erlebt, welches die "Zeit" als

"weitgehendes Abkommen" bezeichnet hat. Im Text dieser Vereinbarungen, den ich im Wortlaut nicht vorzulesen brauche, weil er bekannt ist, werden derart grundstürzende Abmachungen getroffen, des Sinnes, daß die Deutschen Polens untereinander deutsch reden und schreiben dürfen. Es wird das Recht der Minderheiten statuiert, daß sie eigene kulturelle und wirtschaftliche Organisationen gründen dürfen, daß sie sich selbst Schulen erhalten dürfen und in ihren Versammlungen die Muttersprache gebrauchen können. Das hat die "Zeit", das Organ der Sudetendeutschen Partei, als weitgehendes Minderheitenabkommen bezeichnet. Wir verzichten auf eine solche Unterstützung aus Deutschland, die uns Errungenschaften derartigen Ausmaßes brächte. Gegen das deutsch-polnische Minderheitenabkommen, welches die "Zeit" als weitgehend bezeichnete, ist der vielgelästerte 18. Feber wohl eine große nationale Tat.

Sie werden einwenden, er ist noch nicht verwirklicht. Sie wissen auch nicht, was Polen und Deutschland von diesem Abkommen verwirklichen werden. Jedenfalls darf ich sagen, dass wir als sudetendeutsche Aktivisten aus eigener Kraft mehr erreicht haben als jene deutschen Minderheiten, die sich auf die Hilfe Berlins verlassen haben. (Ausrufe.) Hohes Haus! Solange uns kein besseres Erfolgsbeispiel vorgehalten wird, sind wir entschlossen, den Weg unserer aktivistischen Realpolitik fortzusetzen. Wir erwarten von der Sudetendeutschen Partei keine Unterstützung. (Ausrufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei: Nein! Nein!) Wir erwarten kein Verständnis und keine Objektivität von ihr. Aber wir fordern von ihr eines, dass sie die Sache unseres Volkes nicht durch Jonglieren mit Prinzipien diskreditieren solle.

Es sitzen in den Bänken der Sudetendeutschen Partei Gäste des Nürnberger Parteitages (Ausrufe. – stellv. Vorsitzender Langr läutet.), die hier von dieser

Tribune aus als Verfechter der Humanität, als Pioniere einer klassischen Demokratie auftreten. (Lärm. - stellv. Vorsitzender Langr läutet.) Die Gastdelegierten des Nürnberger Parteitages ersterben in Ehrfurcht vor der Politik, die jede Selbstverwaltung und jede Wahlfreiheit kassiert hat. Bei uns aber sollte nach ihrer Meinung am liebsten Tag und Nacht gewählt werden. (Ausrufe.) Sie lieben und bevorzugen Wahlen mit ausländischer Einmischung, verschönert durch die Teplitz-Schönauer Katzenmusik. Demgegenüber reklamieren wir das Notwehrrecht der Demokratie. Nach innerpolitischen Gesichtspunkten zu wählen sind wir jeden Tag bereit. Die Demokratie ist aber nicht verpflichtet, ihren Gegnern Vorwände für Reichstagsbrändeleien zu bieten. (Ausrufe.)

Es ist ein Schauspiel für Götter, meine Herren von der Sudetendeutschen Partei, wenn die gleichen Leute für das heilige Recht der Opposition streiten, die es selbstverständlich finden, dass im angebeteten Nachbarreiche die Opposition zum Richtblock geschleift oder ins Konzentrationslager geworfen wird. (Ausrufe.) Als eine besondere Sensation haben es die Pioniere der Totalität empfunden, dass auch einige Sprecher der deutschen Regierungsparteien in der Budgetdebatte sich kritische Feststellungen erlauben konnten, ohne dass ein 30. Juni in Funktion trat. (Ausrufe: Aber beschlagnahmt wurde es!) Ich kann mich nicht beschweren.

Meine Herren! Aus diesem Anlaß wurde ich auch einige Male in der Debatte von Kollegen der Sudetendeutschen Partei zitiert und ich wiederhole das als Antwort, was ich unlängst im Budgetausschuß sagte: Die Herren von der Sudetendeutschen Partei müssen sich endlich entscheiden, ob sie mich nach der Diktion der "Zeit", die hier in holder Eintracht mit dem "Völkischen

Beobachter" vorgeht, als einen tschechischen Agenten hinstellen, oder ob Sie mich als sudetendeutschen Kronzeugen reklamieren sollen. (Abg. Birke: Warum treten Sie dann gegen ein eventuelles Bündnis mit Berlin auf?) Zu einem Bündnis gehören zwei, die den Frieden wollen. Aber ein Bündnis zwischen einem, der den Frieden will und einem, der den Krieg will, ist nach unserer Überzeugung nur eine Augenauswischerei.

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die geringste Neigung dazu, als Kronzeuge der Sudetendeutschen Partei zu fungieren, weil ich wohl den Mut habe, nach der tschechischen Seite hin meine Meinung auszusprechen, weil ich mich aber niemals dazu hergeben werde zu verleugnen, dass der deutsche Mensch hierzulande noch immer mehr Freiheiten genießt als in Deutschland, in Danzig, in Österreich, in allen Ländern Europas, mit Ausnahme der demokratischen Schweiz. (Applaus.) Hier gibt es noch Pressefreiheit, hier gibt es noch Organisationsfreiheit, hier gibt es noch Streikfreiheit, hier gibt es Freiheit des Geistes und des kulturellen Schaffens. Hier gibt es noch rechtsstaatliche Sicherungen der Einzelpersönlichkeiten. (Ausrufe: Freiheit des Geistes!) Ich weiß nicht, mein sehr verehrter Herr Kollege, was Sie unter Geist verstehen! (Heiterkeit.) Gewiß, die Demokratie hat Mängel, die wir nicht leugnen. Aber andererseits darf ich wohl sagen, dass Sie gewisse Gebrechen des autoritären Regimes heute am eigenen Parteikörper studieren können. In Böhmischem Leipa sitzt in diesen Tagen das Führerprinzip auf der Anklagebank. Nicht diese armen jungen Leute sind schuldig, sondern diejenigen sind schuld, die in vollem Bewußtsein der unglücklichen Veranlagung solche Menschen zu Jugendführern bestellt haben. (Applaus. - Ausrufe: Das ist die Partei der Sauberen und Anständigen!) Schauen Sie, wenn ich gut unterrichtet bin, hat ja heute wiederum ein Kollege von der Sudetendeutschen Partei Abschied genommen. Kollege Wagner, der in diesen Tagen aus dem Parlamentsklub der

SdP ausgeschieden ist (Hört! Hört!), hat wohl die Überzeugung gewonnen, dass er sich ohne die Führung Konrad Henleins in der čechoslovakischen Politik besser durchfindet.

Daraus möchte ich zum Schlusse noch eine Folgerung ziehen: Keine Partei, kein Volk kann einen totalitären Anspruch darauf erheben, allein Vernunft, Sauberkeit und Wahrhaftigkeit gepachtet zu haben. Immer wird in diesem Lande ein Bündnis der vernünftigen, der besonnenen, der anständigen Menschen beider Völker notwendig sein. Wir quittieren daher mit Genugtuung, dass sowohl in der Resolution des Budgetausschusses als auch in den Erklärungen der Sprecher der großen čechischen Parteien die Prinzipien des 18. Feber vorbehaltlos akzeptiert wurden. (Abg. Kundt: Die Zeminová und Herr Ježek waren vorbehaltlos?) Schauen Sie, den Herrn Kollegen Ježek werden Sie mir nicht anhängen. Das hat uns in unserer Überzeugung bestärkt, dass das nationalpolitische Problem aus dem Stadium der Diskussion in das Stadium der praktischen Lösung hinübergebracht werden konnte und die SdP wird noch manchen Vorwurf gegen die sogenannten Splitterparteien zurücknehmen müssen, sobald die Grundsätze der Resolution, für die auch Sie im Budgetausschuß gestimmt haben, praktisch durchgeführt werden.

Gestatten Sie mir, nachdem ich einige Male die Ehre hatte, von Kollegen der SdP zitiert zu werden, zum Abschluß zur Unterstützung und zur Bekräftigung meines Optimismus ein Wort meines Kollegen Rosche zu zitieren, welches ich zu meinem Erstaunen aus der "Zeit" entnehmen konnte (liest): "Jeder würde irren, wenn er auf die Wiederkehr eines bürgerlich kapitalistischen Liberalismus warten würde. Die Zeit reift unbedingt für den humanitären Sozialismus." Ich bin tief überzeugt, daß Kollege Rosche gegen Sie recht behalten wird. (Applaus.)

Rede vom 5. April 1938 zum Gesetz über das Gebührenäquivalent

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Regierungsentwurf regelt eines der kompliziertesten Gebiete unseres öffentlichen Abgabewesens. Es war schon längst der Wunsch der Bevölkerung, das Ausmaß ihrer Verpflichtungen möglichst genau kennenzulernen und dadurch eine Grundlage für ihre Auseinandersetzungen mit den Finanzbehörden zu gewinnen. Der Entwurf bringt in manchen Punkten eine erwünschte Präzisierung, wenn auch die von meinem Herrn Vorredner bedauerte Möglichkeit des freien Ermessens nicht ganz ausgeschaltet werden kann. Immerhin ist bei den Verhandlungen des Budgetausschusses erreicht worden, dass in dem nunmehr vorliegenden Antrag eine Reihe von Verbesserungen aufgenommen worden sind. Wir begrüßen diese Verbesserungen, die es uns erleichtern, zu dem vorliegenden Entwurf positiv Stellung zu nehmen und für ihn zu votieren.

Es ist nun, meine Damen und Herren, eine alte Gepflogenheit des Parlamentarismus, dass die Gesetzgeber bei Verhandlungen über Verpflichtungen der Bevölkerung auch die Wünsche dieser Bevölkerung an den Staat zum Ausdruck bringen, und so betrachte ich es, meine Damen und Herren, als meine Aufgabe, in dieser Aussprache einige Probleme wirtschaftlicher und sozialer Natur zur Sprache zu bringen. Es möge allerdings nicht der Eindruck entstehen, als ob wir Ursache hätten, von der Tribüne dieses Hauses aus einer politischen Aussprache über aktuelle Fragen etwa auszuweichen. Wir wollen uns in dieser ernsten Situation an ein Wort des britischen Staatsmannes Chamberlain halten, der in einer seiner Reden erklärte, es gebe Situationen, wo der Politiker in gedämpftem Tone sprechen

müsse, weil die Gefahr bestehe, dass eine laute Sprache eine Lawine mit unabsehbaren Konsequenzen ins Rollen bringen könnte.

Diesen Standpunkt des britischen Ministerpräsidenten will ich, bevor ich auf die wirtschaftlichen und sozialen Dinge übergehe, den geschätzten Kollegen von der Sudetendeutschen Partei ausdrücklich in Erinnerung bringen. Ich glaube, es war Kollege Dr. Neuwirth, der unlängst in einer Kundgebung in Reichenberg ungefähr erklärte: "Wir - damit meinte er wohl die Anhänger der Sudetendeutschen Partei - sind das Heu auf dem Dache des liederlichen Hausherrn; es ist nicht unsere Schuld, wenn dieses Heu eines Tages zu brennen beginnt." Ich zitiere hier nicht wörtlich sondern aus dem Gedächtnis und möchte nicht, dass sich daraus etwa ein Wortstreit entspinnen soll.

Meine Damen und Herren, der Vergleich ist bezeichnend. Ich sage hier vom Standpunkt meines Klubs und der 300.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, die wir zu vertreten die Ehre haben: Es ist kein Trost für uns, um bei dem Bilde des Kollegen Dr. Neuwirth zu bleiben, wenn wir mitverbrennen, sobald das Feuer ausgebrochen ist. Wir wollen nicht, dass das Haus, das wir nun einmal gemeinsam mit den Čechen und Slovaken bewohnen, in Flammen aufgehe. Wir bejahen vielmehr die Aufgabe, es freundlich und wohnlich einzurichten für alle seine Bürger und Bürgerinnen, ohne Unterschied der Nationalität. Die deutsche Sozialdemokratie ist und bleibt eine Vorkämpferin der Verständigung zwischen freien und gleichberechtigten Völkern. Darum sind wir in eminentester Weise daran interessiert, daß im Zuge der mit dem 18. Feber 1937 aufgenommenen Bemühungen und der nunmehr auf breiterer Basis vorgesehenen Verhandlungen eine umfassende und dauernde Regelung des tausendjährigen Nachbarschaftsverhältnisses der Čechen und Sudetendeutschen erzielt werde.

Soll das Werk gelingen - und wir wünschen es aus ganzem Herzen - dazu ist vor allem eine Beruhigung und Entgiftung der Atmosphäre notwendig.

Damit bin ich, meine Damen und Herren, bei dem wirtschaftlichen Thema angelangt, das zu behandeln meine heutige Aufgabe ist. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir in den nächsten Monaten unsere ganze Kraft und Aufmerksamkeit nur nationalpolitischen Fragen zuwenden würden und dabei übersehen, dass im Interesse des Landes und seiner Völker auch wirtschaftliche und soziale Probleme von allergrößter Dringlichkeit zu lösen sind. Überhaupt muß heute mehr denn je die fundamentale Tatsache in den Vordergrund gerückt werden, dass ein dauernder nationaler Friede nur auf dem Boden aufbauender Wirtschaftspolitik, nur auf der Basis wirtschaftlicher Prosperität zu begründen ist. Die Arbeitslosenziffern, die eben mit dem Stichtag von Ende März in den heutigen Blättern veröffentlicht worden sind, scheinen trotz aller Panikmacherei und aller pessimistischen Prophezeiungen zu einem gewissen maßvollen Optimismus zu berechtigen. Freilich dürfen die Arbeitslosenziffern in ihrer heutigen Höhe auch kein Grund zur Sorglosigkeit sein. Mit der fatalen Tatsache einer dauernden Arbeitslosigkeit von mindestens einer viertel Million arbeitsfähiger Menschen muß auch während der sommerlichen Saisonkonjunktur gerechnet werden. Damit darf sich niemand im Staate, kein verantwortungsvoller Politiker und kein verantwortungsbewußter Wirtschaftler abfinden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte es ganz besonders für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit der tschechischen Kolleginnen und Kollegen auf einen Zustand zu lenken, der eine Quelle der Beunruhigung und der Sorge für uns alle darstellt. Die immerhin noch beträchtliche Restarbeitslosigkeit hat sich entscheidend in den Randgebieten des Staates festgesetzt, in jenen

Randgebieten, die Gegenstand eines politischen und propagandistischen Ringens ohne gleichen geworden sind. Wie sehr das Ausmaß der Arbeitslosigkeit noch immer in nationaler und territorialer Beziehung differenziert ist, wurde am vergangenen Samstag auf der Tagung des Hauptverbandes der Industrie durch den Referenten Mühlig neuerdings unterstrichen. Ich führe nur einige Ziffern an: Im Feber 1938 entsprachen 100 Arbeitslosen in den tschechischen Bezirken 169 Arbeitslose in den Bezirken mit 20 bis 80 Prozent deutscher Bevölkerung und 280 Arbeitslose in Bezirken mit mehr als 80 Prozent deutscher Bevölkerung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diese Ziffern ist ein wahrhaft tragischer Zustand charakterisiert. Längs einer Staatsgrenze von 1000 oder noch mehr Kilometern, die uns nunmehr mit dem vergrößerten Deutschen Reiche verbindet, sehen die Menschen, unsere Menschen, dass es drüben zunächst mehr Arbeit gibt, Arbeit, die zum Teil auch höher entlohnt wird, als bei uns. Es ist daneben unbestreitbar, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten in Prag und in Mittelböhmen - Mähren ist in diesem Zusammenhang als ein Sonderfall auszuschalten - unvergleichlich besser sind, als in den hochindustrialisierten Randgebieten.

So, meine Damen und Herren, befindet sich die demokratisch-republikanische Gesinnung des deutschen Arbeiters, Angestellten und Arbeitslosen unter einem geradezu mörderischen Zangendruck. Der simple Mensch fragt nicht, mit welchen Mitteln im benachbarten Deutschland die Wirtschaftskonjunktur angekurbelt wurde, er fragt nicht, zu welchen Konsequenzen diese Rüstungskonjunktur führen muß, er sieht nur und hört es täglich aus einem Dutzend von Rundfunkstationen, dass es drüben mehr Arbeit gibt, als in seiner Heimat, dass drüben größere Möglichkeiten gegeben sind, sich ein Stück Brot zu verdienen.

Meine Damen und Herren! Ich kenne in meinem Wahlkreise in der Heimat dieser Sachsen und Bayerngänger, in den Bezirken Tachau und Bischofteinitz, Plan, Mies und Marienbad, nicht wenige Fälle, wo alte Gewerkschaftler und alte Sozialdemokraten ein SdP-Mitgliedsbuch in die Taschen stecken mußten, damit sie jenseits der Grenze Arbeit finden, weil die Vorlage dieses Mitgliedsbuches die Voraussetzung der Aufnahme in die Arbeit ist. Diese Menschen sind geblieben, was sie waren, diese Menschen sind nicht mit ihrer Gesinnung zu kaufen für einige Wochenlöhne und sie kommen oft schweren Herzens zu mir und sagen: (Ausrufe: Abtreten!) Nein, sie sagen: Wenn ich hier bei Notstandsarbeiten 120 Kč in der Woche verdienen würde, so würde ich lieber zu Hause bleiben und würde mir hier mein Brot verdienen!

Meine Damen und Herren, vergessen Sie nicht, welche verhängnisvolle Wirkungen der Zustand der dauernden Arbeitslosigkeit auf die heranwachsende Jugend ausübt. Wir begegnen oft jenem tragischen Typ des jungen Menschen, der militärpflichtig geworden ist, ohne dass er drei Monate hintereinander Arbeit verzeichnen konnte, ohne dass er die Voraussetzung erreichte, überhaupt in die Arbeitslosenfürsorge, in die Ernährungsaktion eingereiht zu werden. Diese vielen, seit Jahr und Tag arbeitslosen jungen Leute sind nunmehr fasziniert von der Möglichkeit, dass sie im Auslande Arbeit, Zukunft und Existenz finden können. Meine Damen und Herren, es ist männlich und mutig, begangene politische Fehler zuzugeben und dadurch die Voraussetzung zu ihrer Behebung zu schaffen. Es muß zugegeben werden, dass leider zu wenig geschehen ist in all den zurückliegenden Jahren für die arbeitslose Jugend. (Das Präsidium ruft den stellv. Vorsitzenden Dr. Markovič hinzu.) Es kann nicht verschwiegen werden, dass aus der Ernährungsaktion, die schon bei ihrer Einführung eine bescheidene Form der Krisenfürsorge darstellte gegenüber den Leistungen anderer demokratischer Länder, dass aus dieser

Ernährungsaktion im Zuge geradezu sadistischer Sparmaßnahmen nur der Torso einer wirklichen Krisenfürsorge übrig geblieben ist. Es sei nicht übersehen, dass so manches geschehen ist auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung und der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Freilich aber muß gesagt werden: Was auch geschah, es war zu wenig koordiniert, es ist nicht rechtzeitig und nicht planmäßig getan worden. Nun aber, hohes Haus, pocht die eiserne Notwendigkeit an die Tore der Regierungsämter, rasch zu handeln und großzügig zu helfen.

Anläßlich einer Diskussion, die wir unlängst in Prag vor einem unparteiischen Forum führten, gab ein tschechischer Redner der Regierung den Rat, sie möge vor allem eines tun, um Beruhigung zu schaffen: sie möge vor allem die notleidenden Grenzgebiete mit Brot bombardieren. Das mag vielleicht den Anschein erwecken, wenn ich es hier wiederhole, als ob es Menschen bei uns gäbe, die um ein Almosen betteln wollen. Das ist nicht der Fall und ich kann wohl sagen, soweit ich unsere Arbeitslosen kenne, so wünschen sie einmütig alle Ernährungskarten zum Teufel, wenn sie eine halbwegs bezahlte Beschäftigung finden könnten. Ich habe in Aussig unter frenetischer Zustimmung von 4000 Arbeiterinnen und Arbeitern vor wenigen Tagen erklärt, dass wir angesichts der gegebenen Situation an den Staat drei Forderungen zu richten haben, und die lauten: Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit!

In der Überzeugung, dass keine Stunde versäumt werden darf, hat sich der deutsche sozialdemokratische Klub, den hier zu vertreten ich die Ehre habe, zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Er will mit seiner Initiative die Anregung zur parlamentarischen Aufrollung des ganzen Arbeitsbeschaffungsproblems geben. Bei dem konkreten Vorschlag, den ich anschließend dem Hause zur Kenntnis zu bringen mir erlaube, haben wir uns

von folgenden Erwägungen leiten lassen: Die Erfahrungen der Weltkrise lehrten eines vor allem, dass die Finanzpolitik des Staates als Motor des wirtschaftlichen Auftriebs eingeschaltet werden muß. Das lehrt vor allem das schwedische Beispiel, das lehrt die Erfahrung, die in Amerika, England und Belgien gewonnen wurde. Die Automatik der Wirtschaft allein genügt nicht mehr, um aus dem Tal der Krise herauszuführen. Der tote Punkt muß mit einer Ausweitung des öffentlichen Kredits überwunden werden. Arbeitsbeschaffung als Ankurbelungsfaktor muß in kurzem Zeitraume und mit großen Mitteln eingesetzt werden, um für das soziale und wirtschaftliche Leben der Aufstiegstendenz zum Durchbruch zu verhelfen.

Bei der Struktur unseres Staates ist es weiter erforderlich, ein Sofortprogramm öffentlicher Arbeiten schlagartig mit einer großen Exportförderung zu verbinden. Dabei denken wir an unsere Glas- und Porzellanindustrie, aber auch an unsere Textilindustrie, an die Spielwaren- und Instrumentenerzeugung des Erzgebirges genau so wie an einzelne Spezialexporte, wie es z. B. die Nixdorfer Messer sind. Aus diesen Erwägungen heraus bin ich zur Mitteilung bevollmächtigt und habe den Auftrag, dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, dass heute ein gemeinsamer Antrag der beiden sozialdemokratischen Klubs dem Hause vorgelegt werden wird, der in seinem Kern beinhaltet, die Regierung möge durch geeignete Kreditoperationen mindestens 500 Millionen Kč zur Durchführung volkswirtschaftlich nützlicher Arbeiten bereitstellen. Dabei ist vor allem gedacht an den Ausbau und die Rekonstruktion des Straßennetzes, an den Ausbau der Elektrifizierung und des Telephonnetzes auf dem flachen Lande, an die Erweiterung und den Umbau der Bahnhöfe z. B. in Karlsbad, Bodenbach, Aussig, Troppau, Zwickau, Gablonz, Teichstadt-Kreibitz und Trautenau, an den Bau von Krankenhäusern, Errichtung von Amtsgebäuden, Flußregulierungen, Wildbachverbauungen, Kanalisierungen, vor allem an den

Bau der Talsperre Kreuzberg, weiters an landwirtschaftliche Meliorationen, Wasserleitungen, Düngestätten und dergleichen mehr.

Meine Herren! Dieser ungewöhnliche Vorschlag, dass wir uns zu diesem Initiativantrag zusammenfinden, sei durch die ungewöhnlichen Verhältnisse entschuldigt, unter denen wir leben und arbeiten. Mit diesem Antrag soll kein Mißtrauen gegen die Regierung ausgesprochen werden. Schon deshalb besteht dazu keine Ursache, weil sich die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei nach wie vor als Regierungspartei mit allen Pflichten und mit der ganzen Verantwortung fühlt, die damit verbunden sind. Es soll damit nicht gesagt werden, dass der eine oder andere Staatsfunktionär bisher dem Gebiet der öffentlichen Arbeiten zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Ich weiß, wie sich unser Freund Nečas in dieser Richtung bemüht hat und ich glaube, wenn man ihn im Schläfe aufwecken würde, so würde er von öffentlichen Investitionen und Arbeitsbeschaffung zu reden anfangen. Wir wollen auch durch diesen Vorschlag zum Ausdruck bringen, daß wir Vertrauen zur modernen Auffassung des Herrn Finanzministers Dr. Kalfus haben, der gezeigt hat, dass er in seiner Amtsperiode die schwersten Probleme wohl zu meistern vermag. Es ist auch nicht da ran vorbeizugehen, dass Ministerpräsident Dr. Hodža bei jeder Gelegenheit sein großzügiges Verständnis an den Tag legt und es ist daran die Erwartung zu knüpfen, dass er auch in diesem Fall seine großzügige Bereitschaft bekunden wird.

Dennoch sind wir der Meinung, dass das Parlament in solchen Lebensfragen des Staates und der werktätigen Bevölkerung nicht auf jede Initiative verzichten soll. Es geht nicht allein um den deutschen Arbeitslosen, es geht genau so um den tschechischen, slowakischen, ungarischen und karpatorussischen Arbeitslosen, dem dadurch Arbeit und Brot geschaffen

werden soll. Jeder spürt den Hunger, der das Schicksal der Arbeitslosigkeit seit Jahr und Tag erlebt, ob er nun Sozialist, Katholik oder auch SdP-Wähler ist. Es geht nicht allein um Hilfe für die Industriegebiete, denn nach dem Wortlaut unseres Vorschlags soll auch dem kleinen Mann auf dem Dorfe Hilfe geboten werden durch Arbeitsbeschaffung, dadurch, dass wir die Straßen ausbauen, Meliorationen und Kultivierungen unterstützen, die Errichtung von modernen Düngestätten und Jauchegruben, kurz all das, was in den Bereich der Förderung unserer Gebirgslandwirtschaft gehört. Weil es darum geht, ein Werk zu setzen, das allen Arbeitslosen ohne Unterschied der Nation, den Arbeitslosen der Industriegebiete und des Dorfes ein Stück Arbeit und Brot mehr geben soll, deshalb laden wir alle staatserhaltenden Parteien von links bis rechts ein, diesen Antrag zu unterstützen und uns bei seiner Verwirklichung zu helfen. Der kleine Mann im Lande ohne Unterschied der Nation soll nicht das bittere Gefühl haben, dass im Streit um Sprachenfragen und Beamtenposten er vergessen wird. Es wäre eine verheißungsvolle Einleitung des nationalen Friedenswerkes, wenn sich alle konstruktiven Kräfte dieses Parlaments zusammenfänden zu einer Manifestation des Vertrauens zu den wirtschaftlichen Kräften und großen Zukunftsmöglichkeiten des Landes, zu einer Manifestation des guten Willens, dem Volke Brot und Arbeit zu schaffen und ihm den Frieden zu erhalten. Ich glaube, wir könnten keine schönere Osterbotschaft von diesem Parlamente aus in das Land hinaussenden als die, daß hier der gute Wille zum Durchbruch kommt, die ganze Kraft, die ganze Aufmerksamkeit der nächsten Monate auf die Arbeitsbeschaffung, auf die Behebung des sozialen Notstandes unserer werktätigen Bevölkerung zu konzentrieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Ausführungen noch einen Appell an die Kollegen auf den Bänken der Sudetendeutschen Partei hinzuzufügen, sie

mögen diesen ehrlichen Versuch, die Lage in den deutschen Gebieten mit positiven Mitteln zu meistern, durch keinen Parteihaß erschweren. In der Öffentlichkeit und gerade in den Kreisen der Wirtschaft ist in den letzten Tagen ein verhängnisvolles Kablogramm aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika bekannt geworden, welches den Handelskammern von Eger und Reichenberg und den Organisationen der Wirtschaft wohl bekannt ist, ein Kablogramm, das uns vor der Gefahr warnt, daß die sudetendeutschen Exportindustrien in eine große Boykottbewegung einbezogen werden, wenn man in Amerika den Eindruck gewinnen sollte, dass unsere Wirtschaft und Bevölkerung genau so gleichgeschaltet sind wie die Bevölkerung Deutschlands oder Österreichs. Man soll sich vor Augen halten, was das bedeutet, wenn unserer schwerringenden Exportwirtschaft, die nun mit ganzem Krafteinsatz wiederum einen Teil der verlorenen Märkte zurückgeholt hat, dadurch neue Schläge versetzt würden. Es geht dabei um das Stück Brot, um die Existenz des einfachen Mannes, um die Entscheidung zwischen dem Wege des Chaos und dem Wege des positiven Aufbaues.

Wir gehen den Weg des Friedens, wir gehen den Weg der positiven Arbeit, wir gehen den Weg der Rekonstruktion der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen unserer Menschen. Es ist wahr, wir sind die letzte deutsche aktivistische Partei geblieben. Es ist wahr, daß unsere Lage durch den Abfall des Bundes der Landwirte und der deutschen Christlichsozialen aus dem aktivistischen Lager nicht leichter geworden ist, und unsere treuen Menschen draußen stehen inmitten eines furchtbaren Terrors, sind umgeben von den Wogen des Hasses, sind ausgesetzt der Gefährdung ihrer Existenz und oft auch der Bedrohung ihres nackten Lebens. (Ausrufe der Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei.) Es ist eine schwere, aber ruhmvolle Aufgabe, die sich die letzte Partei des deutschen Aktivismus gesetzt hat, die Aufgabe, dass

jemand da sein muß, der das Banner der Freiheit, der demokratischen Gesinnung und der europäischen Friedenspolitik in schweren Tagen hochhält, wo so viele dieses Banner verlassen haben, wie der Herr Kardinal Innitzer, der berufen gewesen wäre, seinen Gläubigen ein anderes, ein tapferes Beispiel zu geben.

Wir weichen vor diesem Kampfe keinen Zoll breit zurück und, gestützt auf die herrliche Treue unserer Arbeiterschaft, werden wir aufrecht durch diesen Sturm gehen in dem Bewußtsein, dass sich an der deutschen Sozialdemokratie als der letzten Partei des deutschen Aktivismus das Wort erfüllen wird: Die Letzten werden wieder die Ersten sein. (Applaus.)

Rede vom 12. Mai 1938 zum Gesetz zur Stationierung von langdienenden Unteroffizieren, ebenso zum Nationalitätenstatut

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Gesetzentwurf, der zur Beratung steht, habe ich eine Reihe von Bemerkungen sachlicher und grundsätzlicher Art hier vorzutragen. Durch die Ergänzung des Gesetzes vom 8. April 1927 soll den Wünschen der Militärverwaltung Rechnung getragen werden, welche der Meldung von Soldaten zum Stande der länger dienenden Unteroffiziere einen verstärkten Anreiz geben will. Dieses Bedürfnis ist grundsätzlich anzuerkennen, umsomehr als andere Staaten, und Staaten in unserer nächsten Nachbarschaft, den Waffenträgern der Nation, wie sie sie nennen, gleiche oder größere Privilegien einräumen. Wir haben mehrfach unter Beweis gestellt, dass wir für die Erfordernisse der Landesverteidigung vollständiges Verständnis haben und bereit sind, dem demokratischen Staate zu seiner Selbsterhaltung das zu geben, was er braucht. Diese unsere Einstellung besteht unverändert fort. Es liegen aber zwingende Gründe vor,

gegenüber der zur Verhandlung stehenden Regierungsvorlage Vorbehalte sachlicher und politischer Art geltend zu machen.

Nach der sachlichen Seite hin habe ich klarzustellen, dass ein aktuelles Bedürfnis zur Ergänzung des Gesetzes vom Jahre 1927 nicht besteht. Nach den bisherigen Erfahrungen ergeben sich jährlich aus dem Stande der länger dienenden Unteroffiziere etwa 2.000 bis 2.500 Bewerber um Stellen im öffentlichen Dienst, in der öffentlichen Verwaltung. Nach verlässlichen Informationen aber stehen in den zunächst interessierten staatlichen Personalämtern, bei der Gendarmerie und bei der Grenzfinanzwache, jährlich etwa 4.500 offene Stellen zur Verfügung, so dass also die Möglichkeit vorhanden ist, die bisherige Zahl von Anmeldungen im Rahmen dieser Ressorts zu befriedigen. Es besteht also keine sachliche Notwendigkeit, das Gesetz über die Versorgung der länger dienenden Unteroffiziere auf weitere Institutionen, wie z. B. auf Krankenkassen und Gemeinden auszudehnen. Wir bestreiten also die sachliche Begründung der Vorlage und haben dazu ernste grundsätzliche Bedenken hinzuzufügen.

Durch diese Vorlage wird die nationalpolitische Seite des Arbeitsplatzproblems wieder in den Vordergrund gerückt. Die Vereinbarungen vom 18. Feber 1937 haben den Deutschen und den übrigen Nationalitäten der Republik den Anspruch auf Proportionalität im öffentlichen Dienste feierlich zugesichert. Dieser Grundsatz der Proportionalität im öffentlichen Dienste fand die parlamentarische Genehmigung durch eine Resolution des Budgetausschusses vom 25. November 1937 und durch die Annahme der gleichen Resolution Jaksch-Mayr-Harting-Viereckel im Plenum des Abgeordnetenhauses am 4. Dezember 1937. Diese Vorlage bedeutet also einen klaren Verstoß gegen das Prinzip der Proportionalität, gegen den Geist des 18. Feber, gegen alle

Bemühungen zur demokratischen Bereinigung der nationalpolitischen Streitfragen. Es wurden allerdings in einer Ausschlußresolution Einschränkungen vorgenommen, die aber keine hinreichende Garantie gegen eine einseitige Handhabung des Gesetzes darstellen.

Entscheidend für unsere Stellungnahme ist aber ein anderes schwerwiegendes Moment. Der Vorgang, eine derart umstrittene Gesetzesvorlage in diesem kritischen Zeitpunkte einzubringen, ist ein neuer Beweis für den absoluten Mangel an Psychologie (Zustimmung der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten), mit welchem die nationalpolitischen Probleme seit Jahr und Tag behandelt werden. (Ausrufe.) Man kann nicht übersehen, oder ich würde es noch schärfer sagen, man müßte blind sein, um es zu übersehen, dass in der deutschen Bevölkerung ein unerhörtes geistig-seelisches Ringen im Gange ist, ein Ringen, in welchem alle bösen Geister der Versuchung losgelassen sind auf die deutschen staatsstreuen und demokratisch gesinnten Menschen. (Ausrufe des Abgeordneten Dr. Neuwirth.) Es wäre das Gebot weiser Staatskunst, alles zu tun, was staatsbejahende Gesinnung zu stärken und antistaatliche Agitation zu erschweren in der Lage ist. Diesen Geist weiser Staatskunst haben wir schon sehr oft bei der Durchführung des Feberabkommens schmerzlich vermißt. (Abg. Dr. Neuwirth: Das Abkommen ist in keinem Punkte durchgeführt worden!) Es ist sehr oft und sehr bestimmt von maßgebenden Männern die lückenlose Durchführung des Feberpaktes versprochen worden und es ist kein Geheimnis, und wir haben nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass auf Grund dieser Versprechungen zu wenig geschehen ist. (Abg. Dr. Neuwirth: Gar nichts!)

Zur Illustration sei angeführt, daß bis heute nicht einmal die Durchführungs-Richtlinien zum Feberabkommen vom Ministerrat definitiv verabschiedet

wurden, dass also vom Abkommen des 18. Feber nur das effektuiert werden konnte, was durch die Einsicht einzelner Stellen und durch die unermüdliche Arbeit von aktivistischer Seite realisierbar war.

Wenn der verehrte Kollege Kundt vor einem Augenblick einwandte, dass auf Grund des Feberabkommens gar nichts geschehen sei, (Abg. Dr. Neuwirth: Das habe ich gesagt!), so muß ich Sie an die Adresse Ihrer heutigen Klubmitglieder der ehemaligen christlich-sozialen Partei und des Bundes der Landwirte verweisen, die mehrfach unseren Standpunkt unterstrichen haben, daß der 18. Feber einen praktischen Fortschritt bedeute, dass er aber nicht in vollem Umfang zum Ausdruck gekommen ist. (Abg. Dr. Neuwirth: Und die dann die Konsequenzen gezogen haben!)

Meine Damen und Herren! Unter diesen Umständen darf man sich nicht wundern, dass der überwiegende Teil der Deutschen, dass auch ein großer Teil unserer Anhänger dem angekündigten Nationalitätenstatut der Regierung mit äußerster Skepsis entgegblickt. (So ist es!) Nach wie vor bin ich tief überzeugt, dass ein erheblicher Teil der Sudetendeutschen für eine ehrliche demokratische Lösung zu gewinnen ist. (Abg. Dr. Neuwirth: Alle sind zu gewinnen, wenn die Lösung ehrlich ist!) Niemand will aber eine Wiederholung der Geschichte des 18. Feber erleben. Es kommt also nicht allein auf den substanziellen Inhalt des Statuts, sondern auf die Garantien an, die für eine faire und seriöse Durchführung gegeben werden können. Die Situation ist nur zu bessern, wenn nicht nur Zusagen, sondern Beweise des guten Willens gegeben werden. (Abg. Dr. Neuwirth: Das ist zu wenig!) Ich bin tief überzeugt, dass dieser gute Wille in den breiten Massen des čechischen Volkes vorhanden ist. Wir sehen im čechischen Lager eine Generation heranwachsen, die im

europäischen Geist orientiert ist, welche den Staat nicht als Instrument der Revanche oder als Werkzeug nationaler Expansion betrachtet, sondern bereit ist, den Staat als Instrument geregelter Zusammenarbeit zwischen allen Nationen und Nationalitäten des Staates auszugestalten. (Abg. Dr. Neuwirth: Also Generationenwechsel, das verlangen wir schon seit 3 Jahren!) Viel wird davon abhängen, ob diese staatsgestaltende Generation, die heute noch vor den Toren der Entscheidung steht, ihre historische Rolle rechtzeitig anzutreten vermag.

Das Vertrauen zwischen den Völkern unseren Landes hängt an einem dünnen Faden. Alles hängt von der Wiederherstellung und von der Vertiefung dieses Vertrauens ab. Für meinen Teil bin ich nach wie vor fest überzeugt, dass heute noch alle Möglichkeiten gegeben sind, die Situation mit demokratischen Mitteln durch eine kombinierte und progressive Aktion nationalpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Lösungen zu meistern. Es kommt aber auf die Lösungen an, nicht auf Projekte, und darum ist jeder Tag, der mit Detailberatungen vergeudet wird, ein verlorener Tag und bedeutet eine schwerwiegende Verantwortung der Regierung vor der Geschichte. Vielleicht wird es in absehbarer Zeit notwendig sein, von unserer Seite das Schweigen über gewisse innerpolitische Vorgänge der letzten Zeit zu brechen. Doch soviel kann ich schon heute sagen: Das Schicksal der Völker darf nicht dem Spiele hinter den Kulissen ausgeliefert werden. (Zustimmung.)

In einem Punkte ist aber das Aufgeben der Zurückhaltung notwendig und es muß ausgesprochen werden: So wie bisher kann es in den Grenzgebieten nicht mehr lange weitergehen. Ich habe gestern abends von einer Massenversammlung der Warnsdorfer Arbeiter den Auftrag übernommen, hier

zu verdolmetschen, dass die Verhältnisse einen Grad der Unhaltbarkeit erreicht haben, der nach Abhilfe schreit. Wir rufen nicht nach Polizei und geben uns nicht der Täuschung hin, dass mit Sicherheitsmaßnahmen alles getan werden kann. Was wir aber von der Regierung und ganz besonders vom Herrn Innenminister fordern, ist, dass die demokratisch gesinnten Bürger dem faszistischen Terror in den Grenzgebieten nicht als Freiwild ausgeliefert werden. (Abg. Dr. Neuwirth: Jetzt haben Sie verleumdet! - Widerspruch. - Lärm.)

Es ist in diesem Zusammenhang die Feststellung notwendig, dass die sogenannten Erfolge der SdP in den letzten Wochen mit allen Mitteln schamloser Erpressung unter Ausnützung der Kriegsangst und der wirtschaftlichen Abhängigkeit der deutschen demokratischen Bevölkerung erzielt worden sind. (Abg. Dr. Neuwirth: Gestatten Sie, daß das ein Unsinn ist!) Gestatten Sie, dass ich mit Belegen antworte. Ich könnte hier Berge von Belegen vortragen, will aber das Haus mit zuviel Einzelheiten nicht belasten und bringe hier nur 2 Dokumente zum Vortrag. (Den Vorsitz übernimmt der stellv. Vorsitzende Dr. Markovič.)

Das erste Dokument betrifft eine Eingabe vom 4. Mai 1938 an die staatliche Polizei-Expositur in Elbogen, von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann, dessen Namen ich hier nicht bekanntgebe, aber bereit bin, ihn jeder Behörde mitzuteilen Sie hat folgenden Wortlaut (liest): "Ich mache Sie auf folgendes Vorkommnis aufmerksam: Herr Adolf Schimmer, Holzwarenerzeuger in Schönfeld, hat in den letzten Tagen seinen Arbeitern erklärt, dass er mit Rücksicht auf die ständigen Drohungen der SdP ihnen nahelegen muß,

unbedingt der SdP beizutreten, andernfalls er jene Arbeiter, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten, entlassen muß. Tatsächlich sind infolge dieser Drohung die Arbeiter Franz Lorenz und Josef Götzl der sudetendeutschen Partei beigetreten. Ich bemerke ausdrücklich, dass Adolf Schimmer keineswegs ein exponiertes Mitglied der SdP ist und dass anzunehmen ist, dass tatsächlich Schimmer unter dem Druck der SdP so gehandelt hat." (Abg. Dr. Neuwirth: Nennen Sie Namen!) Ich nenne hier die Namen der Beteiligten. "Ebenso hat sich Herr Franz Schimmer, Holzwarenerzeuger in Schönfeld, verhalten. Seinem Arbeiter Walter Fischbach hat er nahegelegt, der SdP beizutreten. Fischbach ist dieser Aufforderung nachgekommen, weil aber Fischbach die Beiträge an die SdP nicht regelmäßig bezahlt hat, soll er aus diesem Grunde entlassen worden sein.

Gestern sollte der Zimmermann Josef Zahn beim Bau des Bäckermeisters Anton Dennl in Schönfeld eingestellt werden. Die Maurer Ernst Klement und Franz Köhler und der Hilfsarbeiter Josef Gräf haben sich geweigert, mit Zahn zusammenzuarbeiten und aus diesem Grunde konnte Zahn die Arbeit nicht antreten. Ich bemerke, dass Josef Zahn Mitglied der Verwaltungskommission der Stadtgemeinde Schönfeld ist." Soweit das Meritum dieser Eingabe. (Ausrufe nach den Worten Dr. Neuwirths.)

Und nun, Herr Kollege Dr. Neuwirth, gestatten Sie mir, dass ich trotz Ihrer aufgelegten Zwischenrufe ein weiteres Dokument zum Vortrag bringe, ein Dokument, welches die Seriosität Ihrer Agitation in den Grenzbezirken illustriert. In meinem Wahlkreis, in der Gerichtsbezirksstadt Ronsperg, ist folgendes Plakat angeschlagen worden, dessen Wortlaut ich hier zur Verlesung bringe. Es ist in Reimen gehalten und verzeihen Sie, meine Damen und Herren, wenn die Orthographie nicht immer stimmt, aber das ist zumeist bei

Dokumenten deutschvölkischer Gesinnung der Fall. (Abg. Dr. Neuwirth: Das ist eine unerhörte Frechheit!)

Das Plakat lautet (liest): [] (Abg. Dr. Neuwirth: Nun sagen Sie, was hat damit die Politik, was hat damit der Ausgleich und was hat die SdP damit zu tun?)

Was Ihr Treiben noch mit Politik zu tun hat, Herr Dr. Neuwirth, das müssen Sie selbst erklären. Das kann nicht ich erklären.

So wird die Bevölkerung mit allen Mitteln eingeschüchtert und mit allen Mitteln verrückt gemacht. Eine weitere Duldung dieser Zustände bedeutet eine freiwillige Abdankung der Staatsautorität. Dabei bin ich überzeugt, dass ein klares Wort und eine feste Haltung die Nebel zerstreuen könnte, die über dem Grenzlande liegen. (Ausrufe. – stellv. Vorsitzender Dr. Markovič läutet.) Dies wünschen wir im Interesse des Staates genau so wie im Interesse der deutschen Bevölkerung. (Abg. Dr. Neuwirth: Für die Sie nicht mehr das Recht zu sprechen haben!)

Ich habe die innere Verpflichtung, gerade den Kollegen von den tschechischen Bänken zu sagen, dass sie nicht mehr viel Zeit zu verlieren haben. (Ausrufe des Abg. Dr. Neuwirth.) Herr Kollege Dr. Neuwirth, im Dritten Reiche werden Sie mir das Reden verbieten können, in diesem Parlamente noch nicht! Ich bin genau so durch das Vertrauen der Wähler hieher geschickt wie Sie. Wir sind noch nicht im Dritten Reich, Herr Kollege Neuwirth. (Abg. Dr. Neuwirth: Es ist eine Gemeinheit, so zu reden in dieser Situation! Schämen Sie sich!) Wenn wir

die Dinge, und das sage ich wieder an die Bänke der tschechischen Kollegen, nicht innerpolitisch zu lösen vermögen, so wachsen in unserem Grenzgebiete die Voraussetzungen für einen europäischen Konflikt. Tschechen und Sudetendeutsche tragen in dieser Stunde eine unerhörte Verantwortung vor der Geschichte und vor Europa. Sollte es dahin kommen, daß die letzten Brücken zwischen den Völkern unseres Landes zerbrechen, dann könnte ein gewaltiger Konflikt zwischen der deutschen und der slawischen Welt heraufziehen. Weil ich überzeugt bin, dass eine bessere Zukunft des Kontinents nur auf der dauernden Freundschaft zwischen Deutschen und Slawen begründet werden kann, darum kämpfen wir bis zur letzten Konsequenz für einen friedlichen Ausweg. Die deutsche Sozialdemokratie steht und fällt mit den humanistischen Prinzipien Masaryks, mit der Idee des Friedens und der nationalen Verständigung. (Ausrufe. - Lärm. – stellv. Vorsitzender Markovič läutet.) Darum aber erwarten wir auch, dass die Tapferkeit und der Mut unserer deutschen sozialdemokratischen Arbeiter ihr Echo finden wird in der Politik des Landes, dass die Tschechen uns Sudetendeutschen ihren Beitrag leisten für den friedlichen Aufbau der Republik zu einer freien Völkerheimat, ihren Beitrag zur Rettung des Friedens und der Freiheit in Europa.

Zur Vorlage selbst habe ich zu erklären, dass sich der deutsche sozialdemokratische Klub unbeschadet seiner positiven Einstellung zum Staat und zu seinen demokratischen Grundlagen an der Abstimmung über diesen Regierungsantrag nicht beteiligen wird. (Applaus der Abgeordneten der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei)

8

Herausgeber:

Thomas Oellermann, Seliger-Gemeinde e. V.

Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten

Oberanger 38, 80331 München

Prag, 1. Auflage 2017